

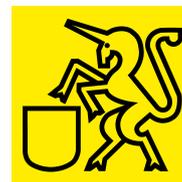
11. Sitzung des Gemeinderates

Datum, Zeit	Montag, 9. Dezember 2019, 19:00 Uhr bis 22:59 Uhr
Ort	Katholisches Pfarreizentrum Leepünt
Vorsitz	Reto Heeb (BDP/CVP/EVP), Gemeinderatspräsident
Anwesend	39 Gemeinderatsmitglieder
Entschuldigt abwesend	Paul Steiner (SVP)
Protokoll	Mathias Vogt, Gemeinderatssekretärin-Stv.
Stimmzähler	Andreas Sturzenegger: Mitte inkl. Bürotisch Angelika Murer Mikolasek: Bereich glp/GEU und SP/Grüne Cornelia Schwarz: Bereich SVP



Traktanden

1. Mitteilungen
2. Interpellation Flavia Sutter (GP) und Hanna Baumann (SP) „Interpellation zum Ombudsbericht 2018“ / Beantwortung
GR Geschäft Nr. 88/2019
3. Budget 2020 / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 121/2019
4. Bürgerrechtsgesuche
 - 4.1. Gandolphe Mathis Julien, französischer Staatsangehöriger, Gockhausen / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 89/2019
 - 4.2. Trajkovic Slavisa sowie die Kinder Maksim und David, serbische Staatsangehörige, Dübendorf / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 93/2019
 - 4.3. Groh Max (deutscher Staatsangehöriger) und Groh Ksenia (russische Staatsangehörige) sowie die Kinder Kai und Agafia (deutsche Staatsangehörige), Dübendorf / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 100/2019
 - 4.4. Loan Andrew und Dominique sowie die Kinder Alexander und Cameron James, britische Staatsangehörige, Dübendorf / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 101/2019
 - 4.5. Neziri Irfan sowie das Kind Seid, serbische Staatsangehörige, Dübendorf / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 102/2019
5. Ersatzwahlen
 - 5.1. Ersatzwahl eines Mitglieds der Sozialbehörde für den Rest der Amtsdauer 2018 - 2022
GR Geschäft Nr. 124/2019
 - 5.2. Ersatzwahl Gemeinderatssekretärin ad interim
GR Geschäft Nr. 143/2019



1. Mitteilungen

Mitteilung des Gemeinderatspräsidenten

Gemeinderatspräsident Reto Heeb (BDP/CVP/EVP) begrüsst die Mitglieder des Gemeinderates und des Stadtrates sowie die Medienvertreter und das Publikum zur 11. Sitzung der Legislaturperiode 2018-2022.

Er macht darauf aufmerksam, dass als Dank für die gute Zusammenarbeit in diesem Jahr jedem einen Tirggel mit dem Dübendorfer Wappen auf den Tisch gelegt wurde. Das Geschenk wurde von der St. Jakobsstiftung hergestellt.

Gemeinderatspräsident Reto Heeb (BDP/CVP/EVP) informiert, dass die Einladung zur Sitzung mit der Traktandenliste rechtzeitig versandt und im Glattaler als amtliches Publikationsorgan veröffentlicht wurde.

Er orientiert, dass die Abnahme des Protokolls der letzten Sitzung für diese Sitzung nicht traktandiert wurde. In der nächsten Gemeinderatssitzung werden deshalb zwei Protokollabnahmen traktandiert.

Es werden keine Einwände gegen die Reihenfolge der Traktanden erhoben.

Für die Sitzung hat sich Paul Steiner (SVP) entschuldigt. Finanzvorstand Martin Bäumle hat angekündigt, dass er mit ca. 10 Minuten Verspätung eintrifft. Es sind somit 39 Gemeinderatsmitglieder anwesend.

Gemeinderatspräsident Reto Heeb (BDP/CVP/EVP) teilt mit, dass nach Rolf Biggel (FDP) auch Charlotte Meyer (SVP) per Ende Jahr ihren Rücktritt als Gemeinderätin eingereicht hat.

Gemeinderatssekretärin Edith Bohli kann schwangerschaftsbedingt nicht an der Sitzung teilnehmen. Ihr Stellvertreter Mathias Vogt führt das Protokoll.

Neue Geschäfte seit der letzten Sitzung

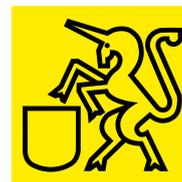
Der Stadtrat hat seit der letzten Sitzung folgende Sachgeschäfte dem Gemeinderat überwiesen:

- Bewilligung eines einmaligen Unterstützungsbeitrages von Fr. 89'000.00 sowie eines jährlichen Unterstützungsbeitrages von Fr. 60'000.00 für drei Jahre für den Fussballclub Dübendorf
- Bewilligung eines einmaligen Unterstützungsbeitrages von Fr. 100'000.00 sowie eines jährlichen Unterstützungsbeitrages von Fr. 105'000.00 (bisher Fr. 75'000) für vier Jahre für den Eishockey-Club Dübendorf
- Fusion der Trägerschaften der Spitäler Uster und Wetzikon zur gemeinnützigen "Gesundheitsversorgung Glattal und Zürcher Oberland AG"
- Genehmigung Baukredit "Aufwertung Zugang Bahnhof Stettbach Nordseite"
- Teilrevision Verordnung über die Wasserversorgung
- Umnutzung der Station B0 im Alters- und Spitexzentrum Dübendorf zu einer gerontopsychiatrischen Abteilung; Bewilligung Bruttokredit Fr. 510'000.00

Diese Geschäfte werden zurzeit in der GRPK beraten.

Politische Vorstösse

Vom Stadtrat sind die Antworten auf folgende politische Vorstösse beim Ratsbüro eingegangen:



- Interpellation von Stefanie Huber (glp/GEU) „Langfristige Ausrichtung der Stiftung der Pensionskasse der Stadt Dübendorf“
- Motion von Theo Johner (BDP/CVP/EVP) "Tempo 30 auf Quartierschliessungsstrassen"
- Postulat von Julian Croci (GP) und 11 Mitunterzeichnende "Treibhausgas-Emissionen Dübendorf"

Die Behandlung dieser Vorstösse ist für die nächste Gemeinderatssitzung geplant.

Neu eingereicht worden sind seit der letzten Sitzung folgende Postulate:

- Postulat Julian Croci (GP) und 9 Mitunterzeichnende „Mehrweggeschirr an bewilligungspflichtigen Veranstaltungen“
- Postulat Tanja Boesch (BDP/CVP/EVP) und 12 Mitunterzeichnende betreffend Koordinations- und Beratungsstelle für Alters- und Pflegefragen

Die Behandlung dieser Postulate ist für die nächste Gemeinderatssitzung geplant.

Fraktions- und persönliche Erklärungen

Fraktionserklärung Theo Johner (BDP/CVP/EVP)

"Die Fraktion BDP/CVP/EVP hat von der Pressemitteilung des Eidgenössischen Departementes für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) bezüglich "Neue Ausgangslage beim Flugplatz Dübendorf" Kenntnis genommen. Wir sehen darin die Bedenken, die wir bezüglich des Betriebes von zwei kommerziellen Flugplätzen so nahe beieinander gehegt haben, bestätigt, insbesondere, was die daraus resultierende Lärmbelastung angeht. Etwas verwundert sind wir darüber, dass nicht schon früher bemerkt wurde, dass für zivile und militärische Flüge nicht die gleichen Regeln gelten, schreibt doch selbst die Flugplatz Dübendorf AG in ihrer Medienmitteilung folgendes: "Es handelt sich um ein Grundsatzproblem, dass bereits bei der Ausschreibung die Anflugwege für einen zivilen Betrieb auf dem Flugplatz Dübendorf nicht gesichert wurden. Die Ausgangslage ist mithin unverändert." Vorteilhaft für die Anliegergemeinden ist, dass das Bundesamt für Justiz in seinem Gutachten zum Schluss gekommen ist, dass für eine Betriebskonzession eine neuerliche Ausschreibung erforderlich wäre, was die Chancen für die "Werkflugplatz Dübendorf AG" verbessert".

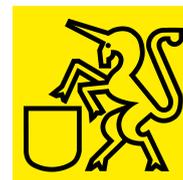
2. Interpellation Flavia Sutter (GP) und Hanna Baumann (SP) „Interpellation zum Ombudsbericht 2018“ / Beantwortung GR Geschäft Nr. 88/2019

Stellungnahme Flavia Sutter (GP)

"Ich beginne mein Votum mit einem Rückblick, wie es (aus meiner Sicht) zur Schaffung einer Ombudsstelle kam in Dübendorf: Vor drei Jahren gelangte an die Öffentlichkeit, dass die Leiterin der Sozialhilfe Posts mit rechtsextremem Inhalt auf Facebook geteilt hatte. In den Medien wurde berichtet, dass ein rüder Ton herrsche auf dem Sozialamt und die Hilfesuchenden schikaniert werden.

Die Stadt Dübendorf stand plötzlich im Rampenlicht und was da an die Öffentlichkeit kam, war wenig schmeichelhaft. Zu diesem Zeitpunkt hätte der Stadtrat meiner Meinung nach reagieren müssen. Er hätte die Sache in aller Ruhe genau anschauen und untersuchen sollen. Auch personelle Konsequenzen wären nötig gewesen. Der Stadtrat machte weder das eine noch das andere, leider. Trotzdem aber sah er sich wegen des öffentlichen Drucks gezwungen, etwas zu unternehmen und schaffte eine Ombudsstelle. Im Dezember 2016 übernahm Anton Frauenfelder die Stelle als Ombudsmann der Stadt Dübendorf.

Kleiner Einschub: Anton Frauenfelder ist seit 2011 Ombudsmann in Wallisellen und hat bis zu seiner Pensionierung über 30 Jahre als Gemeindeschreiber in Rümlang gearbeitet.



Noch ein kleiner Einschub: Eine Ombudsstelle bietet kostenlose, neutrale und unabhängige Hilfe bei Problemen mit der Stadtverwaltung, sie steht auch den städtischen Mitarbeitenden bei Konflikten am Arbeitsplatz zur Verfügung.

Die Schaffung dieser Stelle war sicher ein vernünftiger Schritt, insbesondere wegen der vielen Klagen betreffend das Sozialamt. Die Jahresberichte des Ombudsmannes wollte der Stadtrat zuerst nicht veröffentlichen, trotz Nachfragens von verschiedenen Seiten. Dies weckte unser Misstrauen. Was der Stadtrat wohl zu verbergen hat, wenn er die Berichte nicht veröffentlichen will? Schlussendlich veröffentlichte er die Berichte 2017 und 2018 doch noch, im Frühling dieses Jahres. Allerdings existiert ein Zusatzbericht zum Bericht 2018, der nach wie vor nicht öffentlich ist. Es zeigte sich dann, dass der grosse Teil der Anliegen tatsächlich aus dem Ressort Soziales kamen. Gemäss Jahresbericht betrafen im Jahr 2017 44 von 61 Anfragen das Sozialamt, 2018 waren es 21 von 31, die Zahlen aus dem Zusatzbericht nicht mitgezählt.

Bis anhin war der Ombudsmann dem Stadtrat unterstellt, was unüblich ist. In Zürich und Winterthur ist die Ombudsstelle dem Gemeinderat unterstellt. Das heisst, er (oder sie) gibt den Bericht jeweils zuhänden des Gemeinderates ab. Für unseren Ombudsmann war die Zusammenarbeit mit dem Stadtrat und der Sozialbehörde offenbar sehr mühsam. Da seine Stelle innert kürzester Frist als Notfallmassnahme geschaffen wurde, ist sie rechtlich nicht verbindlich geregelt. Allerdings gibt es gesetzliche Grundlagen, welche beschreiben, dass eine Ombudsstelle unabhängig von der Stadtverwaltung arbeite und dem Parlament Rechenschaft geben soll. Die Verwaltung habe die Pflicht, bei konkreten Anfragen dem Ombudsmann Einsicht zu gewähren in die betreffenden Dokumente und Prozessabläufe. Unser Ombudsmann, Herr Frauenfelder, musste für all diese rechtlichen und strukturellen Bedingungen, welche die Erfüllung seiner Aufgaben erfordern, kämpfen. Es ist gelungen, die internen Abläufe zu verbessern, jedoch blieb ihm die Akteneinsicht für Fälle, welche das Sozialamt betreffen, öfters verwehrt. Schliesslich hat er sich Mitte dieses Jahres entschlossen, dem Gemeinderatsbüro Rechenschaft über seine Arbeit abzulegen. Denn er wolle fortan dem Gemeinderat unterstellt sein, und nicht mehr dem Stadtrat. Auf längere Frist könne er seine Arbeit nur unter diesen Voraussetzungen wahrnehmen. Es gebe verschiedene Hindernisse, welche seine Arbeit erschwerten, zum Beispiel, dass er kein Fachpersonal habe beiziehen dürfen, wenn er etwas fachlich klären wolle.

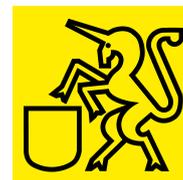
Die Untersuchung, die nach erneuten Medienberichten in diesem Februar vom Stadtrat eingeleitet wurde, wollte dieser zuerst vom Abteilungsleiter Soziales durchführen lassen. Auf Herrn Frauenfelders Hinweis, sie könnten nicht sich selber untersuchen, haben sie eine Firma dafür engagiert. Seltenerweise eine Firma, die spezialisiert ist auf finanztechnische Prüfungen. Auf Geheiss des Stadtrats und der Sozialbehörde hatte Herr Frauenfelder keinen Kontakt mit der Person, welche die externe Untersuchung leitete.

Kurz gesagt, der Ombudsmann wurde massiv in seiner Arbeit behindert. Nun konnten Gemeinde- und Stadtrat sich darauf einigen, dass der Ombudsmann provisorisch dem Gemeinderat untersteht und dem Büro Bericht erteilt. Eine Unterkommission der GRPK arbeitet zurzeit einen Vorschlag zuhänden des GR aus, wie die Ombudsstelle für Dübendorf definitiv und langfristig in der Gemeindeordnung verankert werden kann.

Nun komme ich zur Stellungnahme zu den Antworten zu unserer Interpellation. Wir bedanken uns beim Stadtrat und der Sozialbehörde für die rechtzeitige Beantwortung unserer Fragen.

Ich werde zu den Antworten auf die Fragen 2 und 4 Stellung nehmen, Hanna Baumann anschliessend zu den Antworten 1 und 3.

In Frage 2 geht es um die „Persönliche Hilfe“. Vor drei Jahren habe ich schon eine Interpellation gemacht zu diesem Thema. Schon damals beklagten verschiedene Sozialarbeitende in Dübendorf, u.a. von kirchlichen, kantonalen und unabhängigen Sozialdienst-Stellen, dass Dübendorf keine persönliche Hilfe leiste. Wir sprechen hier von Beratung und Hilfe zur Selbsthilfe ausserhalb der wirtschaftli-



chen Hilfe. Das Sozialamt ist per Gesetz verpflichtet, diese Hilfe anzubieten. Der Stadtrat empfiehlt der Sozialbehörde gemäss Bericht des Ombudsmannes, das Angebot der persönlichen Hilfe zu definieren und zu kommunizieren. Das ist offenbar nicht geschehen.

Die Sozialbehörde liefert in ihrer Antwort auf unsere Frage eine ausführliche Definition des Begriffes der ‚persönlichen Hilfe‘. Uns interessiert jedoch, wie Ratsuchende über ihre Möglichkeiten informiert werden. Die öffentliche Information zum Angebot der persönlichen Hilfe beschränkt sich auf einen Hinweis in einem Nebensatz auf der Homepage der Stadt Dübendorf unter der Rubrik Sozialhilfe. Auf den Homepages von umliegenden Gemeinden, zum Beispiel Wallisellen und Kloten, ist „persönliche Hilfe“ ein eigener Begriff und wird besser erklärt und ausformuliert.

Es sind keine besonderen Schritte eingeleitet worden, um die Zusammenarbeit mit Sozialdiensten von Dübendorfer Institutionen wie der Schulsozialarbeit oder der Sozialdienste der beiden Landeskirchen zu verbessern. Dies ist bedauerlich, da es wohl die nachhaltigste Möglichkeit wäre, das Angebot persönliche Hilfe innerhalb von Dübendorf zu gewährleisten. Die KoSoDü (Koordination Soziale Arbeit Dübendorf), eine locker organisierte Arbeitsgruppe von Leuten, die im sozialen Bereich arbeiten, gibt es seit ca. einem Jahr nicht mehr. Leute aus der KoSoDü wollten Lücken aufdecken im Sozialamt, haben recherchiert und sind beim Sozialamt vorstellig geworden mit ihren Resultaten. Dies kam offenbar nicht gut an, im Gegenteil. Die eigenen Mitarbeitenden durften daraufhin nicht mehr an den KoSoDü-Sitzungen teilnehmen, auch die Schulsozialarbeiter, die sich über die Schule hinaus vernetzen wollten, wurden zurückgepiffen. Schade um diese verpassten Chancen, sich zu vernetzen.

In der vierten Frage wollten wir vom Stadtrat wissen, warum der Zusatzbericht zum Jahresbericht 2018, welcher den Beginn des laufenden Jahres betrifft, der Abteilung Soziales vorbehalten bleibt. Der Stadtrat schreibt, dass der Zusatzbericht Angaben zu Einzelpersonen enthalte, weshalb dieser zur Wahrung des Persönlichkeitsschutzes nicht veröffentlicht werden könne. Die Mitglieder der GRPK konnten unterdessen vertraulich Einblick in den Zusatzbericht nehmen. Ich gehöre da nicht dazu, ich habe aber gehört, dass gar keine Namen in dem Zusatzbericht stehen. Schon die Jahresberichte 2017 und 2018 hat der Stadtrat nicht veröffentlicht mit dieser Begründung. Jetzt konnte er diese Berichte ja trotzdem öffentlich machen. Dieses Vorgehen wirkt seltsam und erweckt den Eindruck, dass der Stadtrat etwas verbergen will."

Stellungnahme Stadtrat / Sozialvorständin Jacqueline Hofer (SVP)

"Die Firma, welche die Überprüfung gemacht hat, ist spezialisiert auf den Fachbereich Soziales. Aus diesem Grund haben wir sie gewählt.

Zu den Vorwürfen gegen den Bereich Soziales, welche offenbar durch den Ombudsmann eingebracht wurden: Bei allen Fällen, welche dem Sozialamt gemeldet wurden, wurde immer sofort Rückmeldung an den Ombudsmann gemacht. Bei sämtlichen Fällen sind keine Massnahmen daraus resultiert.

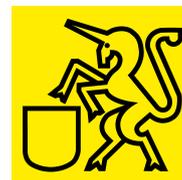
Die Interpellation wurde ausführlich beantwortet. Ich verzichte daher auf nähere Ausführungen.

Das Sozialamt ist dem Sozialhilfegesetz und den SKOS-Richtlinien unterstellt. Würden allgemeinverbindliche Richtlinien nicht eingehalten, würde der Bezirksrat und der Kanton mit Sanktionen eingreifen und das ist nicht der Fall. Fakt ist, es wird korrekt gearbeitet."

Stellungnahme Hanna Baumann (SP)

"Auch ich bedanke mich für die gewissenhafte und rechtzeitige Beantwortung unserer Fragen zum Ombudsbericht 2018 und nehme Stellung zur ersten und dritten Frage unserer Interpellation.

Bei der ersten Frage wollten wir vom Stadtrat wissen, ob gemäss ihrem Beschluss vom 5. Okt. 2017 die Empfehlungen des Ombudsmannes, dass die Mitarbeitenden Weiterbildungen besuchen und einen Verhaltenskodex erarbeiten, inzwischen umgesetzt worden ist. Wir erfahren in der Antwort, dass bereits im November 2017 alle Mitarbeitenden eine Weiterbildung von anderthalb Tagen zum



Thema „Herausfordernde Persönlichkeiten/ Persönlichkeitsstörungen und psychotische Klientinnen und Klienten in der Sozialhilfe“ absolviert haben. Und dass die Mitarbeitenden zudem laufend individuelle Weiterbildungen besuchten, die in ihrem Tätigkeitsbereich hilfreich sind.

Hingegen wurde leider kein Verhaltenskodex erarbeitet. In der Erläuterung zu dieser Frage werden die SKOS-Richtlinien zitiert, dort heisst es, soziale Gerechtigkeit und die Wahrung der Menschenwürde gehöre zu den Grundlagen eines modernen Verständnisses von Sozialhilfe, wobei die meisten Hilfesuchenden nach Kräften mit den Sozialhilfeorganen zusammenarbeiten. Es erstaunt, dass in dieser Antwort das Verhalten der Hilfesuchenden in den Fokus gerät, während sich ein Verhaltenskodex doch primär auf das Verhalten der Angestellten richten würde. Ein solcher Verhaltenskodex dient als Hilfsmittel, damit Mitarbeitende auch in Stresssituationen und gegenüber herausfordernden Klientinnen und Klienten deren Menschenwürde besser wahren und respektvoll mit ihnen umgehen können. Nach wie vor finden wir die Erarbeitung eines Verhaltenskodex unabdingbar, um den Umgangston und das professionelle Handeln auf der Abteilung Sozialhilfe zu fördern und zu stärken.

Unsere dritte Frage bezieht sich auf die Rechtmässigkeit von unangemeldeten Hausbesuchen. In der Antwort wird Bezug genommen zum Verwaltungsrechtspflegegesetz und zum Sozialhilfegesetz im Sinne von: in Zweifelsfällen sei eine Untersuchung von Amtes wegen angezeigt, um zu prüfen, ob die gemachten Angaben zu Adresse, Einkommensverhältnissen u.ä. korrekt seien. Unter gegebenen Umständen könnten Hausbesuche auch unangemeldet durchgeführt werden, da sonst die Gefahr einer Verfälschung der Tatsachen vorliege. Im Sozialhilfegesetz steht auch, die Abklärung müsse verhältnismässig und durch geeignete Personen erfolgen. In Dübendorf seien Sozialdetektive im Einsatz. Bisher gebe es keinen schriftlichen Prozessablauf für den Einsatz von Sozialdetektiven, doch das werde neu als Pendenza im Qualitäts-Management-System geführt.

Wir begrüssen es, dass unsere Frage in dem Sinne ernstgenommen wird, und hoffen, dass die Pendenza bald abgebaut wird. Dazu geben wir gerne noch folgende Überlegung mit auf den Weg:

Ist es verhältnismässig und nötig, dass eine alleinerziehende Mutter oder eine alleinstehende Frau von zwei Männern besucht wird, wenn sie sich beim Sozialamt anmeldet? Die Schilderungen von Betroffenen, die ich als Sozialdiakonin zu hören bekam, zeigte mir jedenfalls, dass die Frauen ob dem Erscheinen der Sozialdetektive an ihrer Haustüre ordentlich erschrocken sind. Mir scheint, es wäre angemessener, in solchen Fällen den Gender-Aspekt zu berücksichtigen, und für die Abklärung wenigstens auch eine Sozialdetektivin zu beauftragen. Bei der gängigen Praxis könnten sonst Traumata von Missbrauchserfahrungen reaktiviert und die Frau psychischen Belastungen ausgesetzt werden, was nur schadet und niemandem dient.

Schlusswort:

Gemäss unserer Einschätzung liegt in der Abteilung Soziales immer noch vieles im Argen. Es gibt nach wie vor keinen Verhaltenskodex, persönliche Hilfe findet ausserhalb der wirtschaftlichen Hilfe nicht statt, unangemeldete Hausbesuche sind ein gängiges, kaum hinterfragtes Instrument.

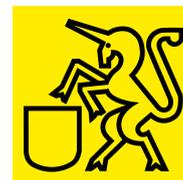
Ob der Ombudsmann in Zukunft seiner Arbeit nachgehen kann und die benötigten Auskünfte und Unterlagen erhält, wird sich in nächster Zeit zeigen.

Wir begrüssen es, dass es eine Ombudsstelle gibt, und dass der Ombudsmann neu dem Gemeinderat unterstellt ist und plädieren dafür, dies auch so in der Gemeindeordnung zu verankern."

Die Interpellation ist damit abschliessend behandelt und abgeschrieben.

3. Budget 2020 / Genehmigung GR Geschäft Nr. 121/2019

Gemeinderatspräsident Reto Heeb (BDP/CVP/EVP) erklärt den Verhandlungsablauf sowie das Abstimmungsverfahren. In der Eintretensdebatte wird zuerst das Eintreten oder Nichteintreten beschlossen. Bei Eintreten wird anschliessend die Detailberatung durchgeführt. Wenn in der Detailberatung zu den einzelnen Abschnitten in der Erfolgsrechnung sowie in der Investitionsrechnung keine Anträge gestellt werden, gelten sie als genehmigt. Nach der Detailberatung über die Erfolgsrechnung und die



Investitionsrechnung findet jeweils eine Zwischenabstimmung über die bereinigte Erfolgsrechnung bzw. über die bereinigte Investitionsrechnung statt. Anschliessend wird über die Höhe des Steuerfusses befunden. In einer Schlussabstimmung wird dann gesamthaft über die Annahme bzw. Ablehnung vom Budget abgestimmt. Gegen dieses Vorgehen werden auf Nachfrage des Gemeinderatspräsidenten keine Einwände erhoben. Aufgrund der hohen Anzahl der Änderungsanträge bittet Reto Heeb die Gemeinde- und Stadtratsmitglieder ihre Voten möglichst kurz zu halten.

Eintretensdebatte

Referat GRPK-Präsident Patrick Schärli (BDP/CVP/EVP)

"Ein Budget zu prüfen, das mit einem negativen Vorzeichen daher kommt ist immer eine delikate Angelegenheit. Dazu kommt, dass der Stadtrat schon letztes Jahr ein Verlust-Budget vorgelegt hat. Die Ausrichtung der Budgetprüfung war also schon durch diese Ausgangslage gegeben.

Prüfansatz konstant

Die GRPK studiert jeweils eingehend das von der Verwaltung erstellte Budget, welches vom Stadtrat überarbeitet und zu Händen des Gemeinderates verabschiedet wurde. Die während dem Aktenstudium aufkommenden Fragen werden in einem Fragenkatalog zusammengefasst. Dieser wird von Verwaltung und Stadtrat beantwortet und an die GRPK zurück überwiesen. Diese Antworten werden wiederum einer Prüfung unterzogen und allenfalls werden Anschlussfragen formuliert. Diese werden von einer Delegation des Stadtrats mündlich beantwortet.

Die GRPK hat dieses Jahr sehr viele Fragen zum Budget gestellt. Wahrscheinlich noch mehr als in den Vorjahren wo der Fragekatalog schon beachtlich war. Die Fragen lassen sich grundsätzlich in vier Kategorien einteilen:

1. Grundsätzliches Interesse an einer Budget Position bzw. Verständnisfragen
2. Unklarer oder unvollständiger Differenzenkommentar
3. Formelle oder Darstellungsfragen
4. Klärung von möglichen Budget-Reduktionen

Grundsätzliches Interesse an einer Budget Position

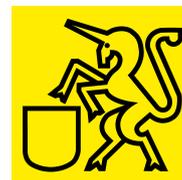
Als Präsident bin ich immer froh, wenn meine Kommission nicht nur auf die Abweichung einer Position zum letzten Budget oder zur letzten zur Verfügung stehenden Ist-Zahl schaut, sondern auch Positionen grundsätzlich hinterfragt, um zu ergründen, was hinter den Zahlen steckt.

Dies ist vor allem bei der Investitionsrechnung der Fall. Diese ist für die GRPK auch deshalb nur schwer lesbar, weil es keinen Differenzen-Kommentar dazu gibt. Zudem ist immer nur der fürs Budget-Jahr fällige Anteil der Investition sichtbar. Diese Ausschnitte aus dem Investitionsprogramm zu beurteilen ist sehr aufwendig und führt zu vielen Fragen.

Hier wäre eine andere Darstellung mit Verknüpfung zum Finanzplan äusserst hilfreich und würde sicher die Anzahl Fragen reduzieren.

Unklarer oder unvollständiger Differenzenkommentar

Leider lässt die Qualität des Differenzenkommentars bei vielen Positionen noch immer zu wünschen übrig, auch wenn gesagt werden muss, dass die grosse Mehrheit der Abweichungen gut erläutert wurden.



Einige Abteilungen haben in der jüngeren Vergangenheit aus der konstanten Nachfrage der GRPK gelernt und die Qualität der Kommentare verbessert. Dementsprechend sind auch die Anzahl Fragen und Anschlussfragen der GRPK zurückgegangen.

Leider hat es aber noch zu viele Positionen die ungenügend oder sogar falsch begründet werden. Dies generiert selbstverständlich Fragen und Anschlussfragen unsererseits. Wenn es dem Stadtrat und der Verwaltung also gelingt, die Kommentierung auf Anheb aussagekräftig zu gestalten, so reduziert sich auch die Anzahl Fragen der GRPK.

Klärung von möglichen Budget-Reduktionen

Da das Budget mit einem Minus daherkommt, dürfte es keine Überraschung sein, dass diesbezüglich auch einige Fragen formuliert wurden.

Der Finanzvorstand hat uns schon in der letzten Budgetberatung den Auftrag gegeben, keine pauschalen Kürzungen zu machen, sondern die Streichung in konkreten Positionen zu beantragen.

Daher wurde bei vielen Positionen das Potential für Kürzungen erfragt und die Haltung des Stadtrats zu einem allfälligen Antrag abgeholt.

Aufteilung auf Abteilungen

Betrachtet man den Fragekatalog noch auf Abteilungsebene, stellen wir fest, dass die Abteilung Soziales mit Abstand am meisten Fragen zu beantworten hatte. Die Mehrheit beeinflusst vom Differenzenkommentar, der an vielen Stellen nicht aussagekräftig ist und zum Teil unmotivierte Anmerkungen enthält.

Auch das Präsidial-Departement hatte viele Fragen zu beantworten. Jedoch standen hier die möglichen Budget-Änderungen im Vordergrund.

Bei der Bildung bzw. der Primarschule waren die Fragen hauptsächlich auf den Inhalt des Budgets gerichtet.

Die Situation bei der Investitionsrechnung habe ich bereits erwähnt.

Gesamtsicht

Kommen wir nun aber zum eigentlichen Budget. Betrachten wir zuerst die Gesamtzahlen so zeigt sich, dass der betriebliche Aufwand um 6.5% ansteigt. Dies hat mit einer Kostenzunahme im Personalaufwand zu tun, welcher massgeblich vom ASZ mit Fr. 2,2 Mio. und der Primarschule mit Fr. 1,1 Mio. verursacht werden.

Auch die Zunahmen beim Sach- und übrigen Betriebsaufwand sowie bei den Abschreibungen werden hauptsächlich vom ASZ und der Primarschule ausgelöst.

Auf der Ertragsseite schlagen die Einnahmen aus dem Ressourcenausgleich von netto Fr. 5,1 Mio. zu Buche. Aber auch die Erweiterung des ASZ hat Mehreinnahmen zur Folge.

Die budgetierten Steuereinnahmen für das Rechnungsjahr sind um 2,2% höher veranschlagt als im letzten Budget und sind auf höhere Einnahmen sowohl bei natürlichen Personen wie auch bei Firmen zurückzuführen.

Die Annahmen zur Grundstückgewinnsteuer sind unverändert zum - vom Gemeinderat angepassten - Budget 2019 bei Fr. 11 Mio.

Betrachten wir die Werte je Abteilung, sehen wir nochmals die Zunahme beim Sozialen und der Primarschule. Die Erweiterung des ASZ, die Änderungen bei der Pflegefinanzierung und die steigenden



Schülerzahlen sind nur einige der Gründe weshalb die Kosten in beiden Abteilungen dermassen ansteigen.

Die Abweichung bei den Finanzen ist hauptsächlich dem Ressourcenausgleich geschuldet.

Wenn wir die Kostenentwicklung der einzelnen Departemente über die letzten vier Jahre ansehen (hier die Brutto Aufwände ohne Abschreibungen) veranschaulichen sich zum einen die Kosten-Dimensionen der verschiedenen Abteilungen und zum anderen verdeutlicht sich, dass die Aufwände in den beiden aufwandstärksten Rubriken über die letzten Jahre kontinuierlich angestiegen sind und zusammen seit 2017 um fast Fr. 11 Mio. zugenommen haben.

Eine klare und transparente Führung dieser Betriebe ist also essentiell, wenn wir das Vertrauen in die uns präsentierten Zahlen haben möchten. Denn eine Entspannung ist hinsichtlich der demografischen Entwicklung unserer Gesellschaft und dem starken Anstieg der Einwohnerzahlen von Dübendorf nicht zu erwarten.

Ein paar Details

Kommen wir an dieser Stelle nun noch zu ein paar Details, auf welche die GRPK bei der Prüfung gestossen ist und die uns eine Erwähnung hier im Gemeinderat wert sind.

Dienstleistungen Dritter

Ein Dauerbrenner im Budget sind die Dienstleistungen Dritter. Diese beinhalten Honorare für externe Berater aber auch für Fremdpersonal und Springereinsätze. Hier haben über die gesamte Stadtverwaltung die Kosten in den letzten Jahren massiv zugenommen. Im Budget 2019 waren es noch gesamthaft Fr. 6,9 Mio. Im vorliegenden sind es nun Fr. 9,5 Mio. Kein Wunder also, dass bei einem budgetierten Gesamtergebnis von minus Fr. 3,1 Mio. diese Position in den Fokus kommt.

Da sich diese aber auf über 280 verschiedene Positionen verteilen ist ein Änderungsantrag nicht so einfach. Pauschale Budgetkürzungen auf einer Kostenart sind nicht zulässig.

Daher hat sich die Mehrheit der GRPK dafür ausgesprochen eine 5%-Kürzung auf alle Konti mit Dienstleistungen Dritter zu beantragen, welche eine Einsparung ab mindestens Fr. 7'500.00 mit sich bringen. Davon ausgenommen sind die Spezialfinanzierungen, da es sich dabei um in sich geschlossene Rechnungen handelt.

Dies als Zeichen gegenüber dem Stadtrat, dass Aufträge an Dritte vermehrt überprüft und optimiert werden sollen.

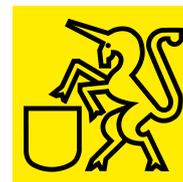
Anpassung Stellenplan

In verschiedenen Abteilungen ist eine Erhöhung des Stellenplans vorgesehen. Insgesamt 580 Stellen-%. Diese Stellenplananpassung wurde in der Kompetenz des Stadtrates bereits im 2019 beschlossen und bewilligt.

Im Gespräch mit dem Stadtrat hat dieser der GRPK für nächstes Jahr eine Leistungsüberprüfung der Stadtverwaltung in Aussicht gestellt. Er wollte sich aber über den möglichen Ausgang bzw. Kosten(spar)effekt einer solchen Überprüfung (noch) nicht äussern.

Der Stadtrat sagte, falls aber der Gemeinderat dem Stadtrat einen klaren Auftrag zum Sparen geben möchte, solle er die 300 Stellen-%, welche für das Budget 2020 zentral bei den Personaldiensten eingestellt sind, streichen und von den bereits bewilligten 580 Stellen-% absehen.

Genau dies wird die GRPK in den Änderungsanträgen vorschlagen.



Digitalisierung

In einigen Abteilungen sind Massnahmen zur Digitalisierung vorgesehen. Einiges ist ja auch schon umgesetzt, wie z.B. der eUmzug wo die Einwohner ihre Adressänderungen elektronisch melden können. Erstaunlich ist aber die Tatsache, dass durch den hohen Aufwand der Nachbearbeitung dieser Meldungen keine grossen Effizienzgewinne bei der Stadtverwaltung möglich sind.

Die GRPK ist mit Blick aufs Budget der Digitalisierung skeptisch eingestellt. Zudem sehen wir nicht, dass der Stadtrat ein Konzept hat, wie er die Digitalisierung angehen und bewältigen will. Wir stellen eher einen Flickenteppich von Massnahmen und Systemen, verteilt über alle Abteilungen, fest.

Sonderdividende ZKB

Die ZKB schüttet im Jahr 2020 eine Jubiläumsdividende von Fr. 30.00 pro Einwohner an die Gemeinden aus. Für Dübendorf fallen rund Fr. 850'000.00 an. Der Stadtrat hat keine spezielle Verwendung der Sonderdividende und auch keine speziellen Projekte vorgesehen. Er betrachtet diese wie andere Erträge und Steuereinnahmen in der Erfolgsrechnung, die sich positiv auf das geplante Budgetdefizit auswirken.

Parkplatz-Bewirtschaftung

Sowohl bei der Abteilung Liegenschaften wie auch bei der Primarschule sind Kosten und Investitionen für die Bewirtschaftung der Parkplätze vorgesehen. Leider sieht die GRPK nicht, dass die Abteilungen ihre Bemühungen koordinierten oder, was bei einer Einheitsgemeinde eigentlich logisch wäre, von den Vorarbeiten und Erkenntnissen des anderen profitieren.

Alterszentrum

Verschiedene Fragen rund ums ASZ haben die GRPK nicht erst seit diesem Budget beschäftigt. Die Einhaltung des Businessplans des ASZ, aufkommende Konkurrenz durch Dritte, Regelung der Pflegefinanzierung oder höhere Fall-Zahlen sind nur einige Themen, welche uns beschäftigen und auch das Budget stark beeinflussen können.

Die GRPK wird sich in der kommenden Zeit stark mit diesen Themen auseinandersetzen müssen, um künftig Budget und Rechnung sauber beurteilen zu können. Dazu sind wir auf die Zusammenarbeit mit der Sozialvorsteherin, der Sozialbehörde und der Leitung des ASZ angewiesen.

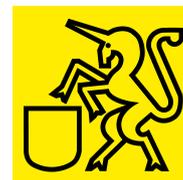
Springer Einsätze

Wie schon in den letzten Budgets, aber auch bei der Prüfung der letzten Rechnungen, haben uns die Kosten für externe Springereinsätze beschäftigt. Der Einsatz von externen Ressourcen ist um den Faktor 2,7 teurer im Vergleich mit einem Festangestellten.

Der Stadtrat hat uns zugesagt, dass bei genügend vorhandenem Personal und Einhaltung des Stellenplans keine Springertätigkeiten von Nöten seien. Einzig bei unvorhergesehenen Engpässen sollte mit einem Springereinsatz notmässig gearbeitet werden.

Wir werden bei der Behandlung der nächsten Rechnung sehen, was an dieser Aussage dran ist.

Mehr bei den Änderungsanträgen



Es gab noch eine ganze Menge von weiteren Punkten. Einige haben zu Änderungsanträgen der GRPK geführt. Ich werde mich also bei deren Behandlung dazu äussern.

Dank

Nun habe ich einige Punkte erwähnt und dabei auch Kritik geübt. Aber es ist die Aufgabe der GRPK genau hinzuschauen.

Wir haben auch dieses Jahr viele Fragen gestellt, es wurde sehr gründlich gearbeitet. Ich möchte mich bei der GRPK für die Beharrlichkeit und Ausdauer bei den Sitzungen bedanken.

Zum Abschluss möchte ich mich bei der Verwaltung und beim Stadtrat bedanken. Auch wenn die Zahl von Anträge um einiges grösser ist als in den Vorjahren, stellen wir fest, dass grossmehrheitlich seriös und gut gearbeitet wurde und uns ein seriöses Budget präsentiert wurde.

Gerne bedanke ich mich auch für die offene und ehrliche Zusammenarbeit, die bei einer solchen Prüfung wichtig und unabdingbar ist.

Gesamtbeurteilung

Wir haben ein sorgfältig erarbeitetes Budget 2020 vor uns. Das negative Ergebnis hat den Umfang des Fragekataloges stark beeinflusst und schlussendlich zu einigen Änderungsanträgen geführt.

Die erhaltenen Antworten und die dazugehörigen Beilagen waren fast immer nachvollziehbar. Es besteht jedoch noch Verbesserungspotential beim Abfüllen des Differenzen-Kommentars. Wenn hier sorgfältiger gearbeitet wird und sich die Autoren in die Lage des Lesers versetzen würden, können viele Fragen vermieden werden, was die Arbeit von Verwaltung und Stadtrat erleichtern würde.

Die GRPK stellt zu Budget und Investitionsrechnung 37 Änderungsanträge. Die grosse Mehrheit ist vom geplanten Verlust in der Erfolgsrechnung getrieben und widerspiegelt den Auftrag des Stadtrats konkrete Anträge zu stellen, falls gespart werden soll.

Die GRPK beantragt Eintreten aufs Budget 2020."

Stellungnahme Mitglieder GRPK

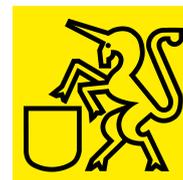
Keine

Stellungnahme Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU)

Der Finanzvorstand erklärt anhand seiner Powerpoint-Präsentation folgende Entwicklungen:

- Aufwandentwicklung und Landesindex 1992-2023
- Nettoaufwand und Schülerzahlen 1990-2020
- Gesetzliche wirtschaftliche Hilfe 1998-2020
- Zusatzleistungen zur AHV/IV 1998-2020
- Pflegefinanzierung 2012-2020
- Steuern 1992-2023
- Steuerfussbereinigte Steuern 1991-2023
- Steuerfussverlauf mit Grundsteuern 1992-2023
- Steuerkraftentwicklung Dübendorf vs. Kanton 1989-2019
- Nettoschuld 1992-2023
- Entwicklung verzinsliche Schuld 1992-2023
- Entwicklung verzinsliche Schuld relativiert um ASZ 1992-2023
- Selbstfinanzierungsgrad und Steuerfuss Planperiode

Die Hochrechnung der Zahlen des aktuellen Jahres 2019 zeigt folgendes:

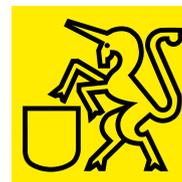


- Die Laufende Rechnung lag im August etwa 3.6 Mio. über dem Voranschlag
- Die Investitionsrechnung lag im August ca. 6 Mio. unter dem Voranschlag, heute (9.12.) liegt die Investitionsrechnung ca. 10 Mio. unter dem Voranschlag. Dies entspricht ca. 60% der budgetierten Investitionen
- Der Steuerertrag 2 Mio. minus bei den ordentlichen Steuern
- Die Grundsteuer liegen plus 4.3 Mio
- Die Verschuldung des politischen Gutes (ohne ASZ Darlehen) bleibt Ende 2019 im Vermögensbereich
- Der Stadtrat hat beschlossen 2019 keine Massnahmen zu treffen.

Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU) führt folgende Schlussfolgerungen zum Voranschlag 2020 aus:

- Die Wachstumsprognose der Steuererträge 2019 sind tiefer als im Budget. Der Finanzplan wird aber trotzdem vergleichbar eingeschätzt wie im Vorjahr.
- Die Grundsteuern werden auf 11 Mio. nochmals höher erwartet
- Der Aufwand aus der Laufenden Rechnung ist nach Budgetüberarbeitung mit rund + 4 Mio. (+2.36 Mio. inkl. FIA) markant über der Finanzplanung (Basis) va. PS und EL/Pflegefinanzierung
- Die Zukunft der Steuerreform 17 ist offen und wurde deshalb vorderhand weiter nicht berücksichtigt. Dynamisch werden die potentiellen Einbussen bis 2023/25 auf 0-3 Steuer-% geschätzt.
- Die Investitionsrechnung wird ab 2020 wegen Einzelposten ansteigen bzw. hoch bleiben.
- ASZ wird im Finanzplan über 30 Mio. (75%) weiter als zu refinanzierendes Darlehen geführt, was den Finanzplan entlastet. Diese Annahme ist gefährdet bei Nichteinhaltung des Businessplans oder Steigerung der EL/Pflegefinanzierung.
- Das Basisszenario ist unter diesen Annahmen mit leicht erhöhten Risiken behaftet wie im Vorjahr
- Die Zielvorgaben des Stadtrates und die Budgetphase für den Voranschlag 2020 wirkten ausser im Bereich der Primarschule und der EL/Pflegefinanzierung leicht aufwanddämpfend
- Die aktuelle Schuldenfreiheit ist temporär, aber die Investitionsrechnung 2020 kann wohl noch teilweise aus den Vorjahresresultaten finanziert werden.
- Dübendorf ist finanziell nach positiven Jahren v.a. auch mit Einmaleffekten 2015 und 2017 – gut aufgestellt – (Ende 2017/18/19 faktisch mit einem kleinen Vermögen) und kann so eine gewisse Neuverschuldung verkraften.
- Das Ende 2017 erwartete " Vermögen" liess auf den Voranschlag 18 hin eine Steuersenkung von 5% zu – mit einem temporären und einem bedingt nachhaltigen Teil.
- Von der beschlossenen 5%-Steuerfussenkung sind 3-4% ohne zusätzliche Massnahmen temporär im Sinne einer "Dividende" bis ca. 2022.
- Weitere 1-2% sind nur dann nachhaltig, wenn ein Teil des Baurechtzinses "Hoffnig" dauerhaft in diese Steuersenkung investiert wird.
- Die rund 1-2% der 5%igen Senkung des Steuerfusses 2018 und die Senkung von 2012 können nur beibehalten werden, wenn
 1. eine Refinanzierung des ASZ-Kredites zu rund 75% erfolgen kann und begleitende Folgekosten (EL/Pflegefinanzierung) im Rahmen bleiben
 2. die übrigen hohen Investitionen aus dem Nachholbedarf (u.a. Schulen, Tiefbau) priorisiert und zeitlich optimal gestaffelt werden können
 3. zusätzliche und neue Projekte (wie z.B. Mehrzwecksaal, Hallenbad, Bushof) mit entsprechende Steuererhöhung finanziert werden.

Der Finanzvorstand zeigt die Ziele des Stadtrates im Finanzplan 2019-2023 auf und erklärt welche erreicht werden könnten und welche nicht:



1. Reduktion des Wachstums beim Nettoaufwand im der Laufenden Rechnung (bedingt möglich)
2. Selbstfinanzierung von möglichst 100% im 5-Jahresmittel (nicht möglich)
3. Die Verschuldung beträgt am Ende der Legislatur maximal Fr. 50 Mio. (möglich)
4. Es besteht keine Nettoschuld (möglich)
5. Erhaltung eines langfristig stabilen und attraktiven Steuerfusses (bedingt möglich).

Allgemeine Diskussionen

Patrick Walder (SVP)

"Mit grossem Bedauern nimmt die SVP Fraktion zur Kenntnis, dass der Stadtrat uns ein Budget mit einem extrem hohen Minus von Fr. 3'179'100.00 vorlegt. Dieses Minus von über Fr. 3 Mio. ist aber nur die halbe Wahrheit. Nehmen wir nämlich noch die Einnahmen weg, welche ausserordentlich sind, wird es erst so richtig schlimm.

Wir haben ausserordentliche Einnahmen von über Fr. 5'161'100.00 durch den Finanzausgleich – also Geld, welches uns nicht zusteht und einfach von anderen Gemeinden im Kanton Zürich weggenommen wird.

Dann haben wir ausserordentliche Einnahmen über Fr. 850'000.00 von der Jubiläums-Dividende der ZKB. Geld, welches in den nächsten Jahren nicht mehr fließen wird.

Und als letztes haben wir noch Baurechts-Einnahmen von Fr. 2'320'000.00, welches gemäss damaliger Debatte im Rat nicht einfach in die laufende Rechnung fließen soll, sondern am Besten in einen Vorfinanzierungsfonds.

Wenn wir diese ausserordentlichen Einnahmen im Budget 2020 abziehen, zeigt sich ein Minus von Fr. 11'510'200.00. Ein Budget vorzulegen, welches eigentlich ein Minus von über Fr. 11 Mio. aufzeigt, ist unseriös und zeugt nicht von finanzieller Verantwortung des Stadtrats.

Wenn der Stadtrat zu viel Geld ausgeben möchte, dann ist die GRPK und der Gemeinderat gefordert. Aus diesem Grund hat die SVP in der GRPK diverse Kürzungsanträge gestellt. Vor einem Jahr hat der Stadtrat und auch das Parlament uns aufgefordert zu sagen, wo wir kürzen wollen. Wir haben schon damals darauf hingewiesen, dass dies für das Parlament nicht einfach ist, da wir die Details zu wenig beeinflussen können und dies eigentlich die Aufgabe des Stadtrats wäre. Da der Stadtrat hierfür offensichtlich nicht willens ist, haben wir nun halt die Kürzungen vorangetrieben. Ich möchte nun aber in der heutigen Debatte vom Stadtrat nicht hören, dass man bei all unseren Vorschlägen nicht kürzen könne, weil auch in diesem Jahr ist diesbezüglich von Stadtrat sehr wenig gekommen.

Im Gegenzug zur berechtigten Kritik am Stadtrat möchte ich der GRPK ein grosses Lob aussprechen. Die GRPK Mehrheit teilt die Meinungen, dass in diesem Budget Kürzungen notwendig sind und hat viele Kürzungen, welche zum Teil sicher auch politisch für die einzelnen Parteien weh tun, mitgetragen. Dies zeugt von einer verantwortungsvollen Finanzpolitik dieser Kommission. Ich hoffe nun, dass der Gemeinderat den Empfehlungen der GRPK folgt und auch unsere weiteren Fraktionsanträge unterstützt.

Der Stadtrat ist für die zukünftigen Jahre aufgefordert eine generelle Leistungsüberprüfung voranzutreiben. Um dies sicherzustellen, wird die SVP Fraktion im Anschluss an diese Ratssitzung eine Motion einreichen, welche genau dieses fordert.

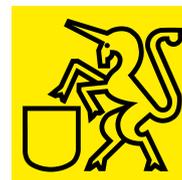
Bei den Ausgaben muss sich in unserer Stadt für die Zukunft etwas ändern. Wir können nicht jedes Jahr ein Budget von effektiv Minus Fr. 11 Mio. verkraften, vor allem jetzt nicht, wo dieser Rat leider die Schuldenbremse abgelehnt hat.

Ich freue mich auf eine interessante Budgetsitzung und beantrage in diesem Sinne im Namen der SVP Fraktion eintreten.

Bei der Detailberatung wird die SVP Fraktion bei den Anträgen der GRPK nur das Wort ergreifen, wenn die Fraktion anderer Meinung als der GRPK-Sprecher ist oder, wenn seitens Gegnerschaft Falschaussagen getätigt werden."

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen aus dem Rat. Das Eintreten ist somit beschlossen.

Detailberatung



1a) Erfolgsrechnung

Kapitel 1 Präsidium

Die GRPK hat in diesem Bereich zehn Änderungsanträge gestellt.

1. ANTRAG

Konto 1020.313200 (Exekutive) Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten usw.
Antrag Stadtrat Fr. 122'000.00
Antrag GRPK Fr. 77'000.00 (Abweichung: - Fr. 45'000.00 S)

GRPK-Präsident Patrick Schärli (BDP/CVP/EVP)

"Die GRPK Mehrheit beantragt die Streichung der Kosten für das CI/CD Redesign und somit die Reduktion um Fr. 45'000, da dies unnötiger Luxus ist und in Anbetracht des negativen Budgets keinen Platz hat. Zudem ist die GRPK Mehrheit der Meinung, dass ein Redesign des CI/CD ein Fass ohne Boden werden kann und die geplanten Kosten nicht ausreichen könnten. Zudem sehen wir die Stadt nicht in einem Konkurrenz-Wettbewerb, weshalb wir den Nutzen grundsätzlich anzweifeln."

Stellungnahme Mitglieder GRPK

Keine

Stellungnahme Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU)

"Der Stadtrat wird dieser Kürzung nicht opponieren oder nicht mehr opponieren und zwar mit folgender Begründung: Wir sind nach wie vor der Meinung, dass so ein Auftrag zur Überprüfung ab und zu Sinn macht. Wir verstehen aber den Wink der GRPK und würden die Kostenfolge, sollte der Antrag angenommen werden, mit dem nächsten Budget transparent aufzeigen. Wir haben jetzt eigentlich nur eine erste kleine Aktion gestartet. Eventuell brechen wir die Übung selber ab. Und in dem Sinne opponiert der Stadtrat dieser Kürzung nicht mehr."

Allgemeine Diskussion

Keine

Abstimmung über den Änderungsantrag der GRPK

Zustimmung zum Antrag der GRPK	28
Ablehnung des Antrages der GRPK	9

Dem Änderungsantrag der GRPK wird mit 28 zu 9 zugestimmt.

2. ANTRAG

Konto 1030.313010 (Behördendienste) Transaktionen (Porto, Transporte, Telekommunikation, Betriebskosten)
Antrag Stadtrat Fr. 290'600.00
Antrag GRPK Fr. 276'070.00 (Abweichung: - Fr. 14'530.00 S)

GRPK-Präsident Patrick Schärli (BDP/CVP/EVP)

"Dieser Antrag steht wie in der Eintretensdebatte erwähnt im Zeichen der stetig ansteigenden Kosten für Dienstleistungen Dritter. Wir sehen hier wie sich die Kosten über die gesamte Stadtverwaltung in den letzten Jahren massiv gesteigert haben. Im vorliegenden Budget sind es stolze Fr. 9,5 Mio. Wie schon erwähnt, sind pauschale Budgetkürzungen auf einer Kostenart nicht zulässig. Daher hat sich



die Mehrheit der GRPK dafür ausgesprochen eine 5%-Kürzung auf allen Konti mit Dienstleistungen Dritter zu beantragen, welche eine Einsparung ab mindestens Fr. 7'500.00 mit sich bringen. Dies als Zeichen gegenüber dem Stadtrat, dass Aufträge an Dritte vermehrt überprüft und optimiert werden sollen. Dies ergibt 11 Anträge mit einem Gesamteffekt von Fr. 115'425.00. Über diese muss einzeln abgestimmt werden. Ich werde aber nicht jedes Mal eine Begründung abgeben, sondern es gilt immer die gleiche, eben gehörte Argumentation. Eine Kürzung von Fr. 115'000.00 auf ein Gesamtvolumen von Fr. 9,5 Mio. entspricht einer Reduktion von lediglich 1,2%. Dies ist nach der Mehrheit der GRPK keine signifikante Reduktion und sollte über die gesamte Stadtverwaltung gut machbar sein."

Stellungnahme Mitglieder GRPK

Keine

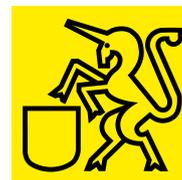
Stellungnahme Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU)

"Diesem Antrag der GRPIK wird der Stadtrat nicht zustimmen. Es ist mir bewusst, dass es der GRPK darum geht ein Zeichen zu setzen. Der Stadtrat würde dies bei einer Kürzung zumindest als ein Zeichen annehmen, die bevorstehende Leistungsüberprüfung auch in diesem Bereich anzugehen und nochmals genau zu überprüfen, welche Dienstleistungen in welchem Umfang noch benötigt werden. Unter den aufgeführten Konten gibt es einige, bei welchen klar gebundene Ausgaben betroffen wären und die Kürzung um 5% letztlich eine reine Budgetkosmetik sein wird, weil die Ausgaben kommen. Dann gibt es die sogenannten halb-gebundenen Ausgaben: Was meine ich damit? Das ist zum Beispiel Salz. Wenn es nicht schneit brauchen wir kein Salz. Wir budgetieren aber immer einen Mittelwert. Wenn wir 0 budgetieren würden, dann gibt's einen Klimawinter und die Leute würden uns vorwerfen, wir seien unseriös, wenn es doch schneien würde. Ergo machen wir einen Mittelwert. Wenn's kommt dann kommt's, wenn es nicht kommt, nicht. Und dann gibt es nicht gebundene weitere Kürzungen auf diesen Konten und mit diesen wird der Stadtrat wie folgt umgehen: Er wird notwendige Ausgaben auf Dienstleistungen Dritter auf seine Kreditkompetenz nehmen müssen und danach auch entsprechend in der Rechnung begründen warum er dieses Konto um diesen Betrag überzogen hat. Das Zweite ist: er kann gewisse Sachen verschieben. Das ist dann verschoben und nicht aufgehoben. Also Ausgaben nicht machen, welche im Folgejahr allenfalls zu erhöhten Aufwänden führen könnten. Es ist nicht 100%ig sicher, aber es ist eine Variante. Drittens ist es tatsächlich so, dass es Bereiche gibt, wo man sagt, man wird das Geld gekürzt lassen und nicht ausgeben. Ich kann aber heute noch nicht sagen, auf welchen Konten dies sein wird. Wir haben das gleiche Problem wie die GRPK. Dann müssten wir uns ebenfalls lange die Details anschauen. In diesem Sinne bitte ich Sie im Namen des Stadtrates die Kürzung nicht vorzunehmen, weil sie zum Teil Budgetkosmetik ist und wir diese zum Teil quasi übersteuern müssten. Ich möchte Transparenz haben. Wir haben Verständnis, wenn die Streichung quasi eine Zeichensetzung ist. Aber der Stadtrat muss seine Aufgaben trotzdem wahrnehmen."

Allgemeine Diskussion

Theo Zobrist (SP)

Mit einer Budgetkürzung kann man keine Kosten sparen, schon gar nicht bei den Dienstleistungen Dritter. Unser Budget 2020 ist eine zusammenfassende und vollständige Darstellung der zu erwartenden Aufwände und Erträge. Die zu erwartenden Kosten können also nicht genau bestimmt werden. Wenn wir bei den 11 Kostenstellen bei Dienstleistung Dritter Fr. 115'000.00 streichen, beschönigen wir nur unseren Voranschlag. Zum Beispiel, wenn wir beim Konto 1030.313010 (Behördendienste) Transaktionen (Porto, Transporte, Telekommunikation, Betreuungskosten) Fr. 14'000.00 streichen, müssen die Ausgaben trotzdem gemacht werden, wenn es der Auftrag oder die Aufgabe erfordert. Oder beim Konto 6950.313020 (Spitexzentrum Dübendorf) Dienstleistungen Dritter Springertätigkeiten, wenn wir Fr. 9600.00 streichen. Falls vermehrt Krankheitsfälle des Personals, oder andere Umstände eintreten, muss das Geld für die Qualität der Arbeit auf jeden Fall ausgegeben, sogar ev. mehr als die Erwartungen des Stadtrates.



Wie bereits gesagt - das Budget ist eine Darstellung unseres Haushaltsplans mit den zu erwartenden Erträge und Aufwände. Die SP und Grüne Fraktion möchte die städtischen Aufgaben qualitativ und finanziell gesichert wissen und sind gegen alle 11 Streichungsanträge der GRPK bei Dienstleitung Dritter. Wir fordern den SR aber auf diesen Bereich dauernd zu überprüfen und wo immer möglich zu optimieren nicht nur finanziell, sondern auch auf Sinn und Wirksamkeit.

Abstimmung über den Änderungsantrag der GRPK

Zustimmung zum Antrag der GRPK 28

Ablehnung des Antrages der GRPK 10

Dem Änderungsantrag der GRPK wird mit 28 zu 10 zugestimmt.

3. ANTRAG

Konto 1030.313200 (Behördendienste) Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten usw.

Antrag Stadtrat Fr. 36'000.00

Antrag GRPK Fr. 1'000.00 (Abweichung: - Fr. 35'000.00 S)

GRPK-Präsident Patrick Schärli (BDP/CVP/EVP)

"Die GRPK Mehrheit beantragt die Streichung der Kosten für einen Imagefilm und somit die Reduktion um Fr. 35'000.00, da dies unnötiger Luxus ist und in Anbetracht des negativen Budgets keinen Platz hat. Gleich wie beim CI/CD Redesign sehen wir die Stadt nicht in einem Konkurrenzkampf, weshalb wir den Nutzen anzweifeln."

Stellungnahme Mitglieder GRPK

Keine

Stellungnahme Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU)

"Der Stadtrat sieht dies ein bisschen anders. Dübendorf ist durchaus in einem gewissen Konkurrenzkampf. Man spricht ja jeweils auch über gute Steuerzahler, die man anziehen will. Und der Stadtrat ist der Meinung, dass der Stadt Dübendorf als moderne Stadt ein aktualisierter Imagefilm guttun würde. Uns ist es bewusst, dass der Posten mit Fr. 35'000.00 relativ hoch ist. Der Stadtrat gibt auch das Versprechen ab, dass er diesen Posten nicht vollumfänglich ausschöpfen wird und nach einer kostengünstigeren Variante sucht. Der Stadtrat bittet aber, den Posten drin zu lassen, mit der Aussage, dass wir nicht alles ausschöpfen werden."

Allgemeine Diskussion

Keine

Abstimmung über den Änderungsantrag der GRPK

Zustimmung zum Antrag der GRPK 34

Ablehnung des Antrages der GRPK 0

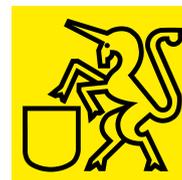
Dem Änderungsantrag der GRPK wird mit 34 zu 0 zugestimmt.

4. ANTRAG

Konto 1055.363600 (Tourismus / Kommunale Werbung) Beiträge an private Organisationen ohne Erwerbzweck

Antrag Stadtrat Fr. 148'400.00

Antrag GRPK Fr. 128'400.00 (Abweichung: - Fr. 20'000.00 S)



GRPK-Präsident Patrick Schärli (BDP/CVP/EVP)

"Die GRPK Mehrheit beantragt die Halbierung des Mitgliederbeitrages an den Verein Flughafenregion Zürich von Fr. 40'000.00 auf Fr. 20'000.00. Der Verein wird als sehr elitär und überdimensioniert wahrgenommen. Allein die Personalkosten belaufen sich auf über Fr. 600'000.00. Da unser Stadtpräsident im Vorstand des Vereins ist, kann die Reduktion auch als Zeichen gegenüber dem Vorstand angeschaut werden, um tätig zu werden und Anpassungen vorzunehmen, damit die öffentlichen Gelder sinnvoller verwendet werden. Die GRPK erachtet die Mitgliedschaft der Stadt Dübendorf in dem Verein als sehr wichtig und strebt keinen Austritt aus dem Verein an. Jedoch müssen Verhandlungen angestrebt werden, um die Mitgliederbeiträge von allen beteiligten Gemeinden reduzieren zu können."

Stellungnahme Mitglieder GRPK

Keine

Stellungnahme Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU)

"Hier wird der Stadtrat die Kürzung ebenfalls nicht akzeptieren. Er wird das wie folgt begründen: Der Mitgliederbeitrag ist kein Bazar, der verhandelbar ist, wie es die GRPK meint. Das ist ein fixer Beitrag. Die Fr. 40'000.00 müssen bezahlt werden. Die Konsequenz, die der Stadtrat prüfen müsste, wäre ein Austritt. Ein Austritt ist aber weder für die GRPK noch für den Gemeinderat oder den Stadtrat ein Thema. Ich gehe mal davon aus, denn ich habe nichts anderes gehört. Das heisst die Kürzung wird aus Sicht Stadtrat wirkungslos bleiben. Wir haben im Stadtrat spasseshalber gesagt, auf diesem Konto haben wir noch andere Posten. Wir könnten diese Fr. 20'000.00 kompensieren, indem wir für die Dübi-Mäss weniger geben würden. Ich glaube, dies will auch niemand. Nein Spass beiseite. Ich bitte Sie wirklich, diese Kürzung nicht zu machen, sondern den Posten drin zu lassen. Ausser Sie haben vor, aus dem Verein auszutreten. Und dann sagen Sie es auch so. Dann ist das der Auftrag. Dann wird der Stadtrat immer noch entscheiden müssen, ob dies verantwortbar ist. Aber eine Halbierung mit dem Auftrag, der Stadtpräsident müsse den Mitgliederbeitrag verhandeln, der fix ist, ist relativ schwierig. Das ist als ob Sie einem Steuerzahler sagen würden: jetzt gehen wir mit dem Finanzvorstand verhandeln, Sie wollen nur noch die Hälfte Steuern zahlen, weil die Steuern in Dübendorf zu teuer sind."

Allgemeine Diskussion

Keine

Abstimmung über den Änderungsantrag der GRPK

Zustimmung zum Antrag der GRPK	19
Ablehnung des Antrages der GRPK	12

Dem Änderungsantrag der GRPK wird mit 19 zu 12 zugestimmt.

5. ANTRAG

Konto 1110.301001 (Personaldienste) Stellenplananpassungen

Antrag Stadtrat	Fr. 260'000.00		
Antrag GRPK	Fr. 0.00	(Abweichung: - Fr. 260'000.00	S)

GRPK-Präsident Patrick Schärli (BDP/CVP/EVP)

"Die GRPK Mehrheit beantragt, dass die budgetierte Stellenplanerhöhung von 300% und Fr. 260'000.00 gestrichen wird. Dies mit dem Auftrag an den Stadtrat, die Leistungen der Stadtverwaltung grundsätzlich zu überprüfen. Auch bei einem Wachstum macht es unserer Ansicht nach Sinn, zuerst die Leistungen und deren Nutzen sowie deren Effizienz zu überprüfen, bevor neue Stellen



bewilligt werden. Einmal geschaffene Stellen wieder abzubauen, ist um ein Vielfaches schwerer, als jetzt erst einmal diese Leistungsüberprüfung abzuwarten bevor Ressourcen eingestellt und aufgebaut werden."

Stellungnahme Mitglieder GRPK

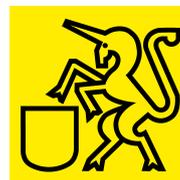
Keine

Stellungnahme Finanzvorstand Martin Bäumle (gjp/GEU)

"Auch hier bittet der Stadtrat die Kürzungen nicht zu machen. Und ich möchte noch eine Korrektur machen von der Aussage des Präsidenten der GRPK, was ich nicht gerne mache. Der Stadtrat hat die GRPK nicht aufgefordert die Stellen aus dem Budget zu streichen. Er hat nur bezüglich der rückwirkenden Kürzung gesagt, dass diese Stellen bereits bewilligt und besetzt sind und deshalb nicht gestrichen werden können. Wir haben aber gesagt, wenn der Gemeinderat dies gegen den Willen des Stadtrates kürzen würde, würden wir das als indirekten Auftrag für eine Leistungsüberprüfung verstehen. Ich habe in der GRPK ebenfalls festgehalten, dass eine solche Leistungsüberprüfung in dieser kurzen Zeit wahrscheinlich nicht möglich sein wird. Auch wenn eine Leistungsüberprüfung irgendwann vielleicht etwas bringen würde, dass wir keinerlei neue Stellen schaffen müssten, dann nicht nächstes Jahr. Die Stellenplankompetenz bleibt in der Kompetenz des Stadtrates. In diesem Sinne kann ich heute nicht sagen, wann diese Kürzung kommt, sie wird aber umgesetzt. Wir haben vor einem Jahr auch mehr Stellen geschaffen als wir im Budget gehabt haben, weil wir eine Priorisierung vornehmen mussten. Wenn man schaut, was an Wünschen oder an Anträgen eingegangen sind bei den neuen Stellen, hat der Stadtrat vor einem Jahr bereits extrem hart priorisiert. Und wenn ich weiss, was heute schon alles angemeldet ist im Rahmen der Budgetdiskussion und was wir effektiv einstellen, ist dies ein Bruchteil davon. Also gehen wir davon aus, dass wir mit 0 nicht durchkommen werden. Ob dies mit 300%, das was angedacht wurde, möglich ist, kann ich heute auch noch nicht abschliessend sagen. Das wird der Stadtrat an den nächsten Sitzungen natürlich erst nach der Genehmigung vom Budget machen. Also hier sagt der Stadtrat klar: Den Antrag würden wir maximal als Auftrag für eine Leistungsüberprüfung annehmen. Aber wir können dies nicht bereits auf das nächste Budgetjahr vornehmen. Natürlich wird sich der Stadtrat bemühen, wenn er jetzt neue Stellen schafft, je nachdem wie der Gemeinderat entscheidet, das sehr ernst zu nehmen und sicher schauen, dass er nicht über die beantragten 300 Stellenprozent geht. Es ist sicher ein Wink, aber ich möchte schon das Verständnis wecken, dass es einfach ist im November zu sagen, wir wollen keine neuen Stellen, aber von Januar bis November Bestellungen aufgeben. Und wir sehen ja auch wie unsere Stadt wächst, sei es im Bildungsbereich, sei es im Sozialbereich, sei es im Alters- und Spitexzentrum, seien es auch verschiedene Projekte, die auf dem Tisch sind. Das alles erfordert Ressourcen in der Stadtverwaltung. Ohne zu sagen, was wir nicht mehr tun, wird es schwierig diese Stellen abzubauen. Ausser wir werden von unseren Leuten sagen, sie müssten 120 Prozent arbeiten für 100 Prozent Lohn. Ich glaube nicht, dass viele Leute in der Stadtverwaltung das machen würden. Es gibt schon jetzt solche die deutlich über der Limite arbeiten und mit Überstunden, die wir auch auszahlen müssen bzw. kompensieren. Es ist heute schon nicht so, dass wir in der Komfortzone sind in der Stadt Dübendorf. Es ist so, dass die Stadtverwaltung ihr bestes gibt, aber es gibt eine Grenze und die Grenze muss der Stadtrat auch wahrnehmen, wenn er sieht, dass die Aufgaben dem Personal über dem Kopf wachsen. Man muss den Leuten auch die entsprechenden Ressourcen geben. Ausser man sagt, du machst nicht mehr dies oder jenes. Dies ist aber meistens nicht von November/Dezember auf den Januar/Februar möglich, sondern das braucht ein, zwei oder drei Jahre. Also besten Dank, wenn Sie die Kürzung nicht machen. Und wenn Sie die Kürzung doch machen, nehme ich sie im Namen vom Stadtrat als Wink für eine Leistungsüberprüfung an und nicht mehr und nicht weniger. Diese hat der Stadtrat ja selber schon angekündigt."

Allgemeine Diskussion

Keine



Abstimmung über den Änderungsantrag der GRPK

Zustimmung zum Antrag der GRPK	20
Ablehnung des Antrages der GRPK	15

Dem Änderungsantrag der GRPK wird mit 20 zu 15 zugestimmt.

6. ANTRAG

Konto 1510.313000 (Friedhof- und Bestattungswesen) Dienstleistungen Dritter externe Aufträge (Reinigung, Handwerker, etc.)

Antrag Stadtrat	Fr. 244'800.00		
Antrag GRPK	Fr. 232'560.00	(Abweichung: - Fr. 12'240.00	S)

GRPK-Präsident Patrick Schärli (BDP/CVP/EVP)

"Dieser Antrag geht ins Kapitel der stetig ansteigenden Kosten für Dienstleistungen Dritter und ist Nummer 2 der 11 Anträge mit einem Gesamteffekt von Fr. 115'425.00 über die einzeln abgestimmt werden muss."

Stellungnahme Mitglieder GRPK

Keine

Stellungnahme Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU)

Keine

Abstimmung über den Änderungsantrag der GRPK

Zustimmung zum Antrag der GRPK	27
Ablehnung des Antrages der GRPK	10

Dem Änderungsantrag der GRPK wird mit 27 zu 10 zugestimmt.

7. ANTRAG

Konto 1601.313010 (SBB Tageskarten) Übriger Betriebsaufwand

Antrag Stadtrat	Fr. 182'000.00		
Antrag GRPK	Fr. 172'900.00	(Abweichung: - Fr. 9'100.00	S)

GRPK-Präsident Patrick Schärli (BDP/CVP/EVP)

"Dieser Antrag geht ins Kapitel der stetig ansteigenden Kosten für Dienstleistungen Dritter und ist Nummer 3 der 11 Anträge mit einem Gesamteffekt von Fr. 115'425.00 über die einzeln abgestimmt werden muss."

Stellungnahme Mitglieder GRPK

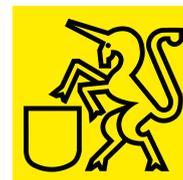
Keine

Stellungnahme Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU)

Keine

Abstimmung über den Änderungsantrag der GRPK

Zustimmung zum Antrag der GRPK	27
Ablehnung des Antrages der GRPK	10



Dem Änderungsantrag der GRPK wird mit 27 zu 10 zugestimmt.

8. ANTRAG

Konto 1700.315800 (Stadtplanung) Unterhalt immaterielle Anlagen

Antrag Stadtrat Fr. 50'000.00

Antrag GRPK Fr. 30'000.00 (Abweichung: - Fr. 20'000.00 S)

GRPK-Präsident Patrick Schärli (BDP/CVP/EVP)

"Die GRPK Mehrheit beantragt, das digitale 3D-Stadtmodell aus dem Budget zu streichen und die Kosten somit um Fr. 20'000.00 zu reduzieren. Stadt- und Gebietsplanung ist eine regionale- bzw. überregionale Angelegenheit geworden. Daher soll das Modell zuerst in einer Zusammenarbeit mit den GLOW-Gemeinden geprüft werden. Wenn ein solches 3D-Modell effektiv einen so hohen Nutzen für alle Beteiligte bei Bauvorhaben und Stadtplanung hat, sollte es keine Herkulesaufgabe sein, die GLOW-Gemeinden dafür zu gewinnen. Ausserdem könnten so auch die Anschaffungskosten auf mehrere Schultern verteilt werden und so jede Gemeinde entlastet werden. Zudem erachten wir es angesichts des negativen Budgets als Nice-to-Have, zumal es sich bei den Fr. 20'000.00 erst um Einstiegskosten handelt und der effektive Betrag viel höher zu stehen kommt. Wie schon in Eintretensreferat erwähnt, fehlt der GRPK eine Gesamtstrategie zum Thema Digitalisierung seitens Stadtrat."

Stellungnahme Mitglieder GRPK

Keine

Stellungnahme Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU)

"Ein bisschen Don Quichotte gegen die Windmühlen im Moment. Ich will einfach hier betonen, dass die GRPK und der Gemeinderat an verschiedenen Orten Streichungsanträge machen, wo es um Digitalisierung, wo es um Modernisierung, wo es um das Stadtbild nach aussen geht, die gewisse Entwicklungsschritte benötigen. Es ist die Frage, ob dies der richtige Ort ist, wenn der Stadtrat sagt: da wollen wir mal was machen für die Zukunft. Irgendwann muss eine von den grossen Städten einen Schritt machen. Sie muss etwas in die Hand nehmen, damit sie abschätzen kann, was da herauskommt, um eine vernünftige und präzisierte Kosten-Nutzenanalyse zu machen, um dies im Folgejahr zu beantragen. Aber jetzt schon in den Anfängen die kleinen Posten, es ist nicht der grosse Brocken, herauszustreichen, welche in Richtung Modernisierung und Digitalisierung gehen, ist aus Sicht des Stadtrates falsch und darum hält er an seinem Antrag fest. Dies im Wissen wie schwierig es heute ist, gegen den Gemeinderat oder die GRPK zu gewinnen."

Allgemeine Diskussion

Keine

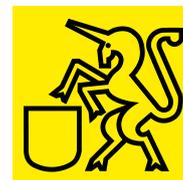
Abstimmung über den Änderungsantrag der GRPK

Zustimmung zum Antrag der GRPK 13

Ablehnung des Antrages der GRPK 18

Der Änderungsantrag der GRPK wird mit 13 zu 18 abgelehnt.

9. ANTRAG



Konto 1750.313200 (Umwelt) Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten usw.

Antrag Stadtrat Fr. 0.00

Antrag GRPK Fr. 100'000.00 (Abweichung: + Fr. 100'000.00 S)

GRPK-Präsident Patrick Schärli (BDP/CVP/EVP)

"Die GRPK Mehrheit beantragt, dass ein kleiner Teil der ZKB-Sonderdividende für das Jahr 2020 von Fr. 100'000.00 für Natur- und Klimaprojekte eingesetzt werden soll.

Die konkrete Verwendung muss mittels einem entsprechenden politischen Vorstoss definiert werden. Es wäre schade, wenn das Geld einfach so versanden würde.

In der Stadt Dübendorf kann und soll ein Zeichen gesetzt werden, dass die öffentlichen Stimmen zum Thema Klimaschutz gehört wurden und mit entsprechend kurzfristigen Projekten zugunsten der Natur und der Bevölkerung umgesetzt werden."

Stellungnahme Mitglieder GRPK

Keine

Stellungnahme Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU)

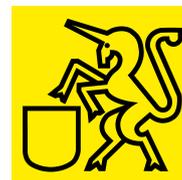
"Ja, jetzt müsste der Stadtrat jubeln. Endlich gibt uns der Gemeinderat mehr Geld zum Ausgeben, welches wir nicht eingestellt haben. Aber ich muss Sie enttäuschen: Der Stadtrat beantragt auch diese Erhöhung nicht anzunehmen. Der Stadtrat ist der Meinung, dass wir an diesen Themen dran sind. Wir haben ein Postulat vom Gemeinderat. In verschiedenen Bereichen hat es kleinere Budgetposten, die in diese Richtung gehen. Wir haben absolutes Verständnis dafür, dass die GRPK mit diesem Antrag eine Art Signal setzen will, dass der ZKB-Beitrag nicht einfach so in der laufenden Rechnung versanden soll. Nach Meinung des Stadtrates ist der richtige Weg, mit einem Vorstoss einen klaren Auftrag zu erteilen, was man machen soll. Und nicht einfach im Budget Fr. 100'000.00 einstellen, bei welchem wir gar nicht wissen, welcher Auftrag dahinter ist. In diesem Sinne kann der Stadtrat diese Erhöhung nicht einfach so annehmen. Sollte diese aber angenommen werden und kommt irgendwann noch ein Vorstoss, was ich schon läuten hörte, dann wird der Stadtrat den Auftrag selbstverständlich annehmen. Aber nochmals, eigentlich ist es falsch einen Budgetposten ohne klaren Auftrag zu erhöhen und im Nachhinein einen Vorstoss einzureichen. Das Umgekehrte wäre besser, dann kann der Stadtrat auch gestützt auf das, das Geld auch entsprechend ausgeben. Natürlich zu Lasten seiner Kreditkompetenz, aber ich glaube, dann würde ihm im Gemeinderat niemand einen Vorwurf machen. Ob es dann das nächste Jahr schon Fr. 100'000.00 sind, kommt auf den Auftrag an. Dies ist relativ schwierig abzuschätzen. Also in diesem Sinne hält der Stadtrat auch hier an seinem Budget fest."

Allgemeine Diskussion

Stefanie Huber (glp/GEU)

"Wir beheben das Problem gerade noch bevor wir jetzt über den Antrag zur Erhöhung des Budgets abstimmen. Ich werde jetzt noch eine Motion einreichen. Ich danke den vielen Fraktionen der GRPK und jetzt im Rat, die mitmachen bei dieser Sache, dass wir im nächsten Jahr Aktivitäten zur Einsparung von Treibhausgasemissionen, zur Anpassung an den Klimawandel, sowie für die Biodiversität umsetzen können. Es ist eine Motion, die jetzt eingereicht wird. Ich gehe davon aus, wir werden im Februar in diesem Fall nochmals darüber sprechen, weshalb ich jetzt nicht ausführlicher werde. Aber den Auftrag erhält ihr parallel mit diesem Erhöhungsantrag und ich freue mich jetzt schon auf bunte und spannende Projekte. Ich glaube, das ist etwas, das Dübendorf guttut. Und dann werden wir auch den Auftrag, den die ZKB mit dieser Dividende gegeben hat, erfüllen. Und wir sind sparsam unterwegs: Wir werden nur die Hälfte der ZKB-Sonderdividende beantragen."

Patrick Walder (SVP)



"Die SVP Fraktion lehnt diese Budgetverschlechterung aus folgenden Gründen ab: Wie Sie heute schon mehrmals gehört haben, liegt uns ein sehr schlechtes Budget vor. Wie ich bereits in der Eintrittsdebatte gesagt habe, haben wir eigentlich ein Defizit von rund Fr. 11.5 Mio. In einem solch schlechten Jahr, indem die GRPK zig Kürzungsanträge anbringt, dürfen wir das Budget auf Seiten Gemeinderat nicht noch mehr verschlechtern. Wenn wir vom Stadtrat fordern, dass er die Leistungen überprüft, können wir nicht in der gleichen Sitzung neue Leistungen beschliessen, welche ja noch gar nicht definiert sind.

Die Sonderdividende der ZKB ist leider nicht in einem Spezial-Fonds oder dergleichen. Diese Fr. 850'000.00 laufen, wie auch die Baurechtszinsen des Areal Hoffnig, in die laufende Rechnung. Die SVP hat dies bereits mehrfach kritisiert und würde es sehr befürworten, wenn eine Mehrheit gefunden werden würde, welche einen solchen Fonds bilden möchte. Nur ist dies mit einem so grossen Defizit ohnehin in diesem Jahr nicht möglich.

Das grosse Defizit bedeutet aber, dass die Fr. 850'000.00 Sonderdividende der ZKB im Budget 2020 bereits mindestens 3.5 Mal wieder ausgegeben wurde. Jetzt Fr. 100'000.00 willkürlich aus diesen Fr. 850'000.00 einzusetzen, widerspricht jeglicher Logik.

Das dritte und letzte Argument dagegen ist, dass der Ablauf falsch ist. Zuerst müsste mittels Vorstoss definiert werden, was denn überhaupt die Aufgabe des Stadtrats mit den Fr. 100'000.00 sein soll. Denn dies ist bis jetzt eine reine Black-Box. Und wenn jetzt heute Abend noch erklärt werden würde, für was diese Fr. 100'000.00 eingesetzt werden sollten, hätten wir im Rahmen der Budgetverhandlung gar nicht die Chance über die Ziele und Aufgaben zu debattieren. Um dies machen zu können, benötigt es einen begründeten Vorstoss und eine entsprechende Traktandierung des Vorstosses. Eine solche Erhöhung macht weder aus Sicht des Budgets, noch aus Sicht der Rechnungslegung und schon gar nicht aus Sicht der parlamentarischen Abläufe Sinn. Sollten Sie das Anliegen unterstützen, bitten wir Sie einen entsprechenden Vorstoss einzureichen, was ja heute angekündigt wurde, damit darüber diskutiert werden kann, bevor einfach Fr. 100'000.00 eingesetzt wird. Wir bitten Sie diesen Antrag aus den erläuterten Gründen abzulehnen, und dann über den Vorstoss, welcher angekündigt wurde, zu debattieren und dem Stadtrat auch entsprechend Kredit mittels Vorstoss freizugeben."

Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU)

"Ich möchte mich nochmals ganz kurz an das Publikum wenden. Und zwar hat der Stadtrat den Vorstoss natürlich läuten gehört, aber ein Vorstoss der noch nicht eingereicht und behandelt wurde, da hat Patrick Walder recht, kann für den Stadtrat nicht ein Grund sein, um eine Budgeterhöhung anzunehmen. Ich möchte aber trotzdem meinen Vorredner in zwei Punkten oder einem Punkt korrigieren: Die Frage der Fonds. Fonds sind leider nach zürcherischem Recht nur in ganz wenigen Ausnahmefällen möglich. Wenn dies möglich wäre, würde auch der Stadtrat den einen oder anderen Fonds bilden. Vom Finanzrecht her ist es leider nicht möglich, dass wir ein solches Verstecken von Nüsschen, was die Eichhörnchen sinnvollerweise machen, damit sie im Winter noch was zu essen haben, ebenfalls vornehmen. Das darf die öffentliche Hand nicht machen. Es wird einfach alles in den allgemeinen Topf geworfen und die Vernunft des Stadtrates und des Parlamentes ist dann, den Topf, auch wenn er voll ist, nicht quasi einfach Honig zu entnehmen, sondern sich zu überlegen ein bisschen Honig drin zu lassen, für den Fall, dass man noch etwas hat, wenn man unbedingt etwas braucht. Vorfinanzierung ist letztlich ein hilfloser Versuch den Honigtopf umzuschichten, aber eigentlich ist es von der linken zur rechten Hosentasche und bringt leider relativ wenig. Die Fonds sind uns verschlossen, Vorfinanzierung ist nicht möglich. Diese kurze Korrektur hätte ich noch gerne gemacht, damit es für das Parlament klar ist."

Abstimmung über den Änderungsantrag der GRPK

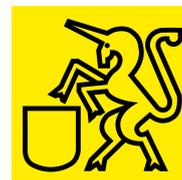
Zustimmung zum Antrag der GRPK

21

Ablehnung des Antrages der GRPK

14

Dem Änderungsantrag der GRPK wird mit 21 zu 14 zugestimmt.



10. ANTRAG

Konto 1760.313000 (Naturschutz) Dienstleistungen Dritter externe Aufträge (Reinigung, Handwerker, etc.)

Antrag Stadtrat Fr. 173'100.00

Antrag GRPK Fr. 164'445.00 (Abweichung: - Fr. 8'655.00 S)

GRPK-Präsident Patrick Schärli (BDP/CVP/EVP)

"Dieser Antrag geht ins Kapitel der stetig ansteigenden Kosten für Dienstleistungen Dritter und ist Nummer 4 der 11 Anträge mit einem Gesamteffekt von Fr. 115'425.00 über die einzeln abgestimmt werden muss."

Stellungnahme Mitglieder GRPK

Keine

Stellungnahme Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU)

Keine

Allgemeine Diskussion

Keine

Abstimmung über den Änderungsantrag der GRPK

Zustimmung zum Antrag der GRPK 27

Ablehnung des Antrages der GRPK 11

Dem Änderungsantrag der GRPK wird mit 27 zu 11 zugestimmt.

Ratspräsident Reto Heeb fragt, ob es weitere Änderungsanträge zu Kapitel 1 gibt.

11. ANTRAG

Konto 1400.313010 (Betreibungskreis Dübendorf (Dübendorf und Wangen-Brüttisellen), Transaktionen (Porto, Transporte, Telekommunikation, Betriebskosten)

Antrag Stadtrat Fr. 160'000.00

Antrag GRPK Fr. 152'000.00 (Abweichung: - Fr. 8'000.00 S)

SVP Fraktion: Patrick Walder

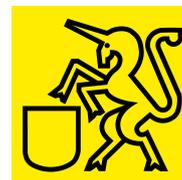
"Wie der Präsident der GRPK bereits erläutert hat, hat sich die GRPK Mehrheit zu einer generellen Kürzung der Dienstleistungen Dritter um 5% geeinigt, sofern der Kürzungsbetrag mindestens Fr. 7'500.00 ausmacht. Leider war im Arbeits-Excel der GRPK die Formel noch auf mindestens Fr. 8'500.00, weshalb in der Abstimmung in der GRPK zwei Anträge vergessen gingen. Dies haben wir leider erst an der Fraktionssitzung bemerkt und bringen daher den Antrag nun als Fraktionsantrag. Wir bitten Sie dieser Ergänzung zum GRPK Kompromiss zuzustimmen."

Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU)

"Dieser Antrag ist dem Stadtrat nicht vorgelegen. Es gilt, falls diese Aussagen von Patrick Walder stimmen würden, die gleich gemachte Aussage für die zusätzlichen Anträge, die ich anfänglich gemacht habe, unter der Annahme, dass er nicht falsch gerechnet hat."

Allgemeine Diskussion

Keine



Abstimmung über den Änderungsantrag der SVP

Zustimmung zum Antrag der SVP 24
Ablehnung des Antrages der SVP 11

Dem Änderungsantrag der SVP wird mit 24 zu 11 zugestimmt.

Es werden keine weiteren Anträge zu Kapitel 1 Präsidium eingebracht. Es gilt somit als genehmigt.

Kapitel 2 Finanzen

Die GRPK hat in diesem Bereich zwei Änderungsanträge gestellt.

1. ANTRAG

Konto 2300.313000 (Übrige Verwaltungsgebäude) Dienstleistungen Dritter externe Aufträge (Reinigung, Handwerker, etc.)

Antrag Stadtrat Fr. 300'000.00
Antrag GRPK Fr. 285'000.00 (Abweichung: - Fr. 15'000.00 S)

GRPK-Präsident Patrick Schärli (BDP/CVP/EVP)

"Dieser Antrag geht ins Kapitel der stetig ansteigenden Kosten für Dienstleistungen Dritter und ist Nummer 5 der 11 Anträge mit einem Gesamteffekt von Fr. 115'425.00 über die einzeln abgestimmt werden muss."

Stellungnahme Mitglieder GRPK

Keine

Stellungnahme Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU)

Keine

Allgemeine Diskussion

Keine

Abstimmung über den Änderungsantrag der GRPK

Zustimmung zum Antrag der GRPK 28
Ablehnung des Antrages der GRPK 10

Dem Änderungsantrag der GRPK wird mit 28 zu 10 zugestimmt.

2. ANTRAG

Konto 2800.313010 (Abteilung Steuern) Transaktionen (Porto, Transporte, Telekommunikation, Betriebskosten)

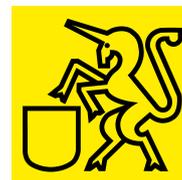
Antrag Stadtrat Fr. 174'000.00
Antrag GRPK Fr. 165'300.00 (Abweichung: - Fr. 8'700.00 S)

GRPK-Präsident Patrick Schärli (BDP/CVP/EVP)

"Dieser Antrag geht ins Kapitel der stetig ansteigenden Kosten für Dienstleistungen Dritter und ist Nummer 6 der 11 Anträge mit einem Gesamteffekt von Fr. 115'425.00 über die einzeln Abgestimmt werden muss."

Stellungnahme Mitglieder GRPK

Keine



Stellungnahme Finanzvorstand Martin Bäumlé (glp/GEU)

Keine

Allgemeine Diskussion

Keine

Abstimmung über den Änderungsantrag der GRPK

Zustimmung zum Antrag der GRPK 27

Ablehnung des Antrages der GRPK 11

Dem Änderungsantrag der GRPK wird mit 27 zu 11 zugestimmt.

Ratspräsident Reto Heeb fragt, ob es weitere Änderungsanträge zu Kapitel 2 gibt.

3. ANTRAG

Konto 2320.313000 (Liegenschaften, Verwaltungsvermögen) Dienstleistungen Dritter externe Aufträge (Reinigung, Handwerker, etc.)

Antrag Stadtrat Fr. 122'000.00

Antrag GRPK Fr. 90'000.00 (Abweichung: - Fr. 32'000.00 S)

Konto 2320.447000 (Liegenschaften, Verwaltungsvermögen) Pacht- und Mietzinse Liegenschaften VV

Antrag Stadtrat Fr. 351'300.00

Antrag GRPK Fr. 306'300.00 (Abweichung: - Fr. 45'000.00 S)

SVP Fraktion: Patrick Walder

"Bei diesen beiden Konten geht es um die Parkplatzbewirtschaftung. Aktuell liegt beim Stadtrat die Vorprüfung einer Volksinitiative in Form einer allgemeinen Anregung zum Dübendorfer Parkplatzzkonzept vor.

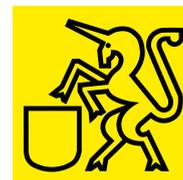
Diese Initiative wird von einer Gruppe aus der Bevölkerung, ohne politische Partei, ergriffen. Wir gehen davon aus, dass diese Initiative sehr gute Chancen vor dem Volk haben wird. Da es sich um eine Initiative in Form einer allgemeinen Anregung handelt, macht es aktuell keinen Sinn, für das Parkplatzzkonzept weiteres Geld auszugeben. Es wäre möglich, dass der Stadtrat auf Grund der Initiative eine Weisung vorlegen muss, welche Teile des Parkplatzzkonzeptes verändern würde.

Aus diesem Grund und mit diesem Wissen, welches der Stadtrat und viele interessierte Bürger haben, sollten keine neuen Investitionen in diesem Bereich getätigt werden. Investitionen, welche mit diesem Wissen getätigt werden, aber nicht nachhaltig sind, lassen sich gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern zurecht nicht rechtfertigen.

Selbstverständlich gilt dies dann auch für die budgetierten Einnahmen, weshalb diese Anträge aus logischer Sicht zusammengehören. Wir bitten Sie, diese Anträge im Sinne der Vorsicht zu genehmigen."

Finanzvorstand Martin Bäumlé (glp/GEU)

"Ich bin erstaunt, dass der gleiche Referent, der vorher folgerichtig gesagt hat, dass etwas, das noch nicht auf dem Tisch liegt und bei dem man zuerst eine Motion machen muss, jetzt eine angekündigte Initiative als Grund nimmt, weil er sich eine Chance ausrechnet, dass man gewisse Ausgaben nicht tätigen soll. Das ist schon formell für mich ein Problem, deshalb kann der Stadtrat bereits deswegen aus formellen Gründen nicht auf das Anliegen eintreten. Ich möchte aber auch materiell bei Ihnen beliebt machen, den Antrag abzulehnen. Es geht nicht darum, dass in den Konten noch irgendwelche Investitionen laufen. Die Investitionen sind abgeschlossen, die Parkplatzbewirtschaftung ist umge-



setzt. Was jetzt folgt, sind laufende Kosten im Betrieb und der laufende Ertrag. Und diesen herauszstreichen kann nachher, sollte eine Initiative irgendwann angenommen werden oder ein Gegenvorschlag sein, zu allfällig anderen Aufwänden und Erträgen führen. Eventuell auch zu mehr Aufwänden und weniger Erträgen. Das kann man heute noch nicht abschätzen, weil ich den Inhalt des Vorstosses noch gar nicht kenne. Also hier geht es nicht um eine Investitionskürzung, sondern um ein Herumfingern beim laufenden Betrieb auf der Aufwandseite und den laufenden Einnahmen auf der Ertragsseite. Ich bitte Sie den Antrag der SVP abzulehnen."

Allgemeine Diskussion

Patrick Walder (SVP)

"Es ist erschreckend für mich, dass der Finanzvorstand von Dübendorf, der ein solch grosses Budget hat, die beiden Voten miteinander vergleicht. Einmal geht es um einen neuen Auftrag, der noch nicht erteilt worden ist und wo Geld eingestellt werden soll. Beim andern geht es um Geld, welches ausgegeben werden soll, das eventuell nicht nachhaltig ist. Das Geld, das ausgegeben werden soll und vielleicht nicht nachhaltig ist, das holen Sie niemals zurück. Und das ist doch ein relativ grosser Unterschied, welcher ein Finanzvorstand der viertgrössten Stadt kennen sollte. Zum andern Kommentar vom Budget steht ganz klar zusätzlicher Aufwand und Unterhalt. Ein zusätzlicher Aufwand ist etwas Neues. Der Unterhalt ist das Unterhalten vom Bestehenden. Deshalb gehen wir davon aus und müssen aufgrund der Angaben des Stadtrates davon ausgehen, dass zusätzlich etwas installiert wird. Ich möchte Ihnen aber auch kundtun, dass wir auch die beantragte Einnahmeseite kürzen um den Betrag, den der Stadtrat im Differenzenkommentar aufführt. Es führt am Schluss zu Minuseinnahmen. Das ist richtig. Aber wir verhindern, dass Geld ausgegeben wird, welches so eventuell nicht werthaltend ist und wo es überhaupt keine Eile hat."

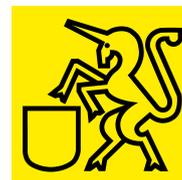
Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU)

"Der Finanzvorstand lässt nicht gerne auf sich sitzen, dass er irgendetwas nicht verstanden hat. Ich glaube der Antragsteller hat nicht verstanden. Es geht nicht mehr um eine Investition, es geht jetzt nach der Einführung um neue, zusätzliche Kosten für diesen Betrieb. Und wir haben neue zusätzliche Erträge aus diesem Betrieb heraus. Notabene ist das ein Auftrag aus dem Parlament, die monetäre Bewirtschaftung der Parkplätze umzusetzen. Dies wurde auch mehrfach kritisiert, wie lange das geht. Jetzt ist es umgesetzt. Und im ersten Jahr, in welchem die Umsetzung erfolgt ist und entsprechend der Ertrag und der Aufwand anfällt, sagt man jetzt, man will das so nicht mehr. Es ist wie gesagt formal nicht korrekt und sachlich ist es nicht richtig. Es wäre bei einer Kürzung im besten Fall Budgetkosmetik, weil ohne neuen Auftrag können wir weder den Auftrag generieren, noch werden wir den Ertrag zurückgeben, sondern wir machen so weiter, wie das im Moment beschlossen ist."

Thomas Maier (glp/GEU)

"Ich wollte mich eigentlich nicht äussern heute Abend. Aber jetzt muss ich etwas an Patrick (Walder) adressieren. Wir haben ein bisschen Mühe mit dem Antrag, den Ihr formuliert. Wir sind grundsätzlich bereit, über materielle und sachliche Sachen mit euch zu diskutieren. Aber wir tapen im Dunkeln, von was ihr überhaupt sprecht heute Abend. Wir haben eine Volksinitiative, die offenbar irgendwo eingereicht wird. Wir kennen den Inhalt nicht, wir wissen nicht, wo die Initiative steht. Ihr wisst offenbar mehr als der Rest des Gemeinderates. Ihr stellt hier Anträge und ich finde es ein bisschen schwierig. Du hast selber vorher formuliert wie schlecht die Finanzlage der Stadt Dübendorf offenbar ist. Wir unterstützen Kürzungsanträge mit. Und wenn ich dich richtig verstanden habe, kommt nachher nochmals ein Antrag, welcher zu Mindereinnahmen führt für die Stadt Dübendorf. Das heisst Fakt ist, wenn ich das spekulativ richtig interpretiere, wollt ihr Geschenke verteilen, dieses Mal an denjenigen, die Parkplätze benutzen. Und da habe ich schon Mühe mit den Voten welche du vorher gemacht hast. Auch das ist ein neuer Auftrag, den wir noch nicht kennen. Ich will beliebt machen, beim Budget des Stadtrates zu bleiben und nicht auf Spekulationen einzugehen, was, wann irgendwo materiell anderes beschlossen wird im nächsten Jahr."

Abstimmung über den Änderungsantrag der SVP



Zustimmung zum Antrag der SVP	14
Ablehnung des Antrages der SVP	23

Der Änderungsantrag der SVP wird mit 14 zu 23 abgelehnt.

Es werden keine weiteren Anträge zu Kapitel 2 Finanzen eingebracht. Es gilt somit als genehmigt.

Kapitel 3 Hochbau

Die GRPK hat in diesem Bereich einen Änderungsantrag gestellt.

1. ANTRAG

Konto 3010.313000 (Bauwesen inkl. allgemeine Dienstleistungen Stadtgenieur) Dienstleistungen
Dritter externe Aufträge (Reinigung, Handwerker, etc.)

Antrag Stadtrat	Fr. 190'000.00		
Antrag GRPK	Fr. 180'500.00	(Abweichung: - Fr. 9'500.00	S)

GRPK-Präsident Patrick Schärli (BDP/CVP/EVP)

"Dieser Antrag geht ins Kapitel der stetig ansteigenden Kosten für Dienstleistungen Dritter und ist Nummer 7 der 11 Anträge mit einem Gesamteffekt von Fr. 115'425.00 über die einzeln abgestimmt werden muss."

Stellungnahme Mitglieder GRPK

Keine

Stellungnahme Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU)

Keine

Allgemeine Diskussion

Keine

Abstimmung über den Änderungsantrag der GRPK

Zustimmung zum Antrag der GRPK	28
Ablehnung des Antrages der GRPK	10

Dem Änderungsantrag der GRPK wird mit 28 zu 10 zugestimmt.

Es werden keine weiteren Anträge zu Kapitel 3 Hochbau eingebracht. Es gilt somit als genehmigt.

Kapitel 4 Tiefbau

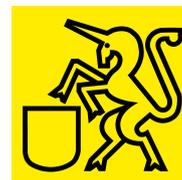
Die GRPK hat in diesem Bereich zwei Änderungsanträge gestellt, welche sich auf dasselbe Konto beziehen.

1. ANTRAG

Konto 4600.313000 (Unterhaltungsdienste) Dienstleistungen Dritter externe Aufträge (Reinigung, Handwerker, etc.)

Antrag Stadtrat	Fr. 190'000.00		
Antrag GRPK	Fr. 180'000.00	(Abweichung: - Fr. 10'000.00	S)

GRPK-Präsident Patrick Schärli (BDP/CVP/EVP)



"Die Mehrheit der GRPK beantragt, dass bestimmte Ausgaben für die geplanten Massnahmen der Anti-Littering-Kampagne im Umfang von Fr. 10'000.00 gestrichen werden. Konkret geht es um die Kleber auf Abfalleimern und Fahrzeugen. Diese Massnahme läuft ins Leere und löst das Litteringproblem nicht. Die GRPK ist absolut der Meinung, dass das Litteringproblem unbedingt angegangen werden muss. Eine entsprechende Sensibilisierungsmassnahme ist angezeigt. Jedoch sind Fr. 10'000.00 für die vom Stadtrat erwähnten Massnahmen ohne Wirkung und unverhältnismässig."

Stellungnahme Mitglieder GRPK

Keine

Stellungnahme Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU)

"Der Stadtrat wird diese Kürzung akzeptieren, allerdings nicht, weil er es als komplett nutzlos anschaut, sondern weil er der Meinung ist, dass es allenfalls kostengünstigere Massnahmen gibt, um so etwas umsetzen zu können. Ich hoffe dafür, dass der Gemeinderat beim nächsten Antrag zum selben Konto etwas milder ist, damit das Konto nicht zweimal gekürzt wird. Ich werde mich dazu jedoch nicht mehr äussern, da dasselbe gilt wie eingangs erwähnt."

Allgemeine Diskussion

Keine

Abstimmung über den Änderungsantrag der GRPK

Zustimmung zum Antrag der GRPK 26

Ablehnung des Antrages der GRPK 10

Dem Änderungsantrag der GRPK wird mit 26 zu 10 zugestimmt.

2. ANTRAG

Konto 4600.313000 (Unterhaltungsdienste) Dienstleistungen Dritter externe Aufträge (Reinigung, Handwerker, etc.)

Antrag Stadtrat Fr. 190'000.00

Antrag GRPK Fr. 180'500.00 (Abweichung: - Fr. 9'500.00 S)

GRPK-Präsident Patrick Schärli (BDP/CVP/EVP)

"Dieser Antrag geht ins Kapitel der stetig ansteigenden Kosten für Dienstleistungen Dritter und ist Nummer 8 der 11 Anträge. Das es dasselbe Konto betrifft wie beim Antrag vorher ist reiner Zufall, welcher aus der Mathematik entsteht, das die grössten Positionen von Dienstleistungen Dritter hier für die Reduktion herhalten müssen."

Stellungnahme Mitglieder GRPK

Keine

Stellungnahme Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU)

Keine

Allgemeine Diskussion

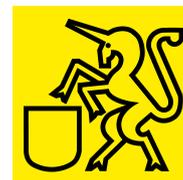
Keine

Abstimmung über den Änderungsantrag der GRPK

Zustimmung zum Antrag der GRPK 26

Ablehnung des Antrages der GRPK 11

Dem Änderungsantrag der GRPK wird mit 26 zu 11 zugestimmt.



Es werden keine weiteren Anträge zu Kapitel 4 Tiefbau eingebracht. Es gilt somit als genehmigt.

Kapitel 5 Sicherheit

Die GRPK hat in diesem Bereich einen Änderungsantrag gestellt.

1. ANTRAG

Konto 5000.3140000 (Abteilung Sicherheit) Baulicher Unterhalt Plakat- und Marktwesen (Ersatz Vereins- und Kulturplakatständer)

Antrag Stadtrat Fr. 51'000.00

Antrag GRPK Fr. 6'000.00 (Abweichung: - Fr. 45'000.00 S)

GRPK-Präsident Patrick Schärli (BDP/CVP/EVP)

"Der Stadtrat plant beim Stadthaus eine digitale, interaktive Publikations-Stele zu installieren, die jährliche Folgekosten von ca. Fr. 3'000.00 zur Folge hat. Die GRPK beantragt einstimmig die Streichung der Ausgaben für diese digitale Publikationsanzeige. Wir erachten diese Luxusanzeige als unnötig. Der Nutzen einer solchen Anzeige ist höchst fraglich. Zudem verbraucht diese Tafel unnötig Strom und ist ausserdem anfällig für Vandalen Akte. Wir hätten vom Stadtrat eher eine Massnahme für Anzeigen bei den Aussenwachten erwartet, da diese seit der Abschaffung des Weibeldienstes nicht mehr bedient werden."

Stellungnahme Mitglieder GRPK

Keine

Stellungnahme Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU)

"Vermutlich wäre das, was die GRPK bei den Aussenwachten wünscht, eher der teurere Spass als das, was der Stadtrat Ihnen beantragt. Spass beiseite. Der Stadtrat hält auch hier an seinem Antrag fest. Dies ist einer der Anträge, bei welchem wir ein wenig auf Innovation und Digitalisierung setzen. Eine interaktive Stele, welche man beim Stadthaus anstelle der bisherigen analogen Anzeige anbringen könnte, gehört heute eigentlich bei einer Stadt mit bald 30'000 Einwohner, welche sich noch Innovationsstandort nennen möchte, dazu. Jedes kleine Bauerndorf hat bereits so etwas. Darum sind wir der Meinung, dass dies nicht das schlechteste Bild machen würde, wenn wir so etwas hätten. Der Stadtrat möchte Ihnen deshalb beliebt machen, diesen Innovationsteil nicht auch noch herauszustreichen, sondern hier etwas Spielraum zu lassen, damit wir das umsetzen können. Ich glaube nicht, dass der Energieverbrauch ein Grund sein kann bei einer LED-Anzeige und die Vandale-Gefahr ist nicht von der Hand zu weisen. Die Frage ist dabei, ob diese zwingend ausserhalb stationiert werden muss oder ob man sie im Innenraum platzieren und von ausserhalb einsehen kann. Hier gibt es durchaus Möglichkeiten dem entgegenzuwirken. Diese Argumentation ist deshalb etwas dünn. Man kann sagen, dass wir so etwas nicht brauchen, da wir viel zu wenig Geld haben. Es würde der Stadt Dübendorf jedoch nicht schlecht tun."

Allgemeine Diskussion

GRPK-Präsident Patrick Schärli (BDP/CVP/EVP)

"Eine kurze Berichtigung zu dem was der Finanzvorstand gerade gesagt hat: Die GRPK macht keine Anträge zu dem, was in den Aussenwachten gemacht werden soll, es ist eher so, dass wir vom Stadtrat diesbezüglich etwas erwartet hätten. Es ist eher eine Äusserung von Erstaunen, dass bezüglich Anzeige beim Stadthaus etwas kommt und nicht bei den Aussenwachten. Es ist jedoch nicht so, dass wir dort etwas haben möchten."

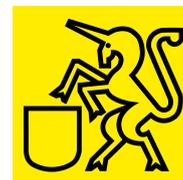
Abstimmung über den Änderungsantrag der GRPK

Zustimmung zum Antrag der GRPK

35

Ablehnung des Antrages der GRPK

0



Dem Änderungsantrag der GRPK wird mit 35 zu 0 zugestimmt.

Es werden keine weiteren Anträge zu Kapitel 5 Sicherheit eingebracht. Es gilt somit als genehmigt.

Kapitel 6 Soziales

Die GRPK hat in diesem Bereich neun Änderungsanträge gestellt.

1. ANTRAG

Konto 6030.363700 (Übrige soziale Wohlfahrt) Beiträge an private Haushalte (AHV-Beiträge für Minderbemittelte)

Antrag Stadtrat Fr. 70'000.00

Antrag GRPK Fr. 60'000.00 (Abweichung: - Fr. 10'000.00 S)

GRPK-Präsident Patrick Schärli (BDP/CVP/EVP)

"Die Mehrheit der GRPK beantragt eine Reduktion um Fr. 10'000.00 auf dieser Position. Der Stadtrat argumentiert, dass aufgrund der Kostenentwicklung eine Anpassung notwendig ist. Jedoch ist weder im Budget 2019, Rechnung 2018 noch Hochrechnung 2019 eine Erhöhung im Vergleich zu den Vorjahren ersichtlich. Wir folgen der Argumentation des Stadtrates diese Position nach den Erfahrungswerten zu budgetieren. Nur weisen diese Werte in den uns zur Verfügung gestellten Unterlagen nicht auf die Notwendigkeit hin, das Budget hier zu erhöhen. Darum beantragen wir den Betrag auf den Erfahrungswert von Fr. 60'000.00 zu reduzieren."

Stellungnahme Mitglieder GRPK

Keine

Stellungnahme Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU)

"Der Stadtrat hält an seinem Antrag fest. Diese Kürzung ist jedoch letztlich nur Budgetkosmetik. Wir werden Ende Jahr wissen wer Recht hatte. Die GRPK mit Fr. 60'000.00 oder der Stadtrat mit Fr. 70'000.00. Der Finanzvorstand wünscht sich natürlich, dass die GRPK Recht behält, weil man uns sonst den Vorwurf machen würde, dass wir zu wenig budgetiert haben."

Allgemeine Diskussion

Hanna Baumann (SP)

"Die Fraktionen SP und Grüne lehnen diese Kürzung ab, da die Sozialvorsteherin bei der mündlichen Befragung erklärte, wofür die zusätzlichen Fr. 10'000.00 benötigt würden. Es fallen vermehrt Unterstützungsbeiträge an anerkannte Flüchtlinge an, z.T. rückwirkend über fünf Jahre, damit keine Beitragslücken entstehen. Somit gehen wir davon aus, dass diese Budgetierung einfach realistisch und der Betrag aufgrund gesetzlicher Grundlagen nicht veränderbar ist. Im Vergleich zum Budget 2019 ist der Betrag übrigens bereits um Fr. 10'000.00 reduziert."

Abstimmung über den Änderungsantrag der GRPK

Zustimmung zum Antrag der GRPK

27

Ablehnung des Antrages der GRPK

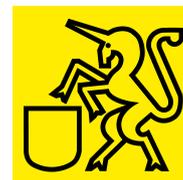
9

Dem Änderungsantrag der GRPK wird mit 27 zu 9 zugestimmt.

2. ANTRAG

Konto 6060.363500 (Asylkoordination) Beiträge an private Unternehmungen

Antrag Stadtrat Fr. 1'100'000.00



Antrag GRPK Fr. 800'000.00 (Abweichung: - Fr. 300'000.00 S)

GRPK-Präsident Patrick Schärli (BDP/CVP/EVP)

"Die Mehrheit der GRPK beantragt die Reduktion um Fr. 300'000.00 auf den Wert des Budgets von 2019. Wir folgen somit der Argumentation des Stadtrats, der aussagt, dass die Kostenentwicklung voraussichtlich stabil bleiben wird. Eine Erhöhung auf dieser Position ist somit nicht angezeigt. Wie schon bei anderen Positionen geht es nicht um eine eigentliche Streichung, sondern um die Abbildung der stadträtlichen Aussagen im Budget."

Stellungnahme Mitglieder GRPK

Keine

Stellungnahme Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU)

"Auch hier hält der Stadtrat an seinem an seinem Antrag fest. Hier jedoch mit mehr Sicherheit, dass wir auf der richtigen Seite liegen. Es ist eine Kostenentwicklung vorhanden, da wir vom Brutto- zum Nettoprinzip gewechselt haben. Bisher waren die Kosten in den abgeschlossenen Rechnungsjahren höher. Die aktuelle Hochrechnung ist näher bei Fr. 1.2 Mio. als bei Fr. 0.8 Mio. Wir gehen etwas zurück gegenüber der Hochrechnung und auch gegenüber der letzten abgeschlossenen Rechnung bei den Nettozahlen. Fr. 800'000.00 wird hier deutlich zu tief sein. Wir stützen uns nicht nur auf die aktuellen Erfahrungswerte, sondern auch auf die Hochrechnung, welche ein wesentlicher Massstab ist. Ich habe dies in der GRPK kurz versucht anzudeuten, habe dort aber die Zahlen nicht im Detail auflisten können. Diese Kürzung von Fr. 300'000.00 bringt gar nichts und ist reine Budgetkosmetik, da der Aufwand sowieso anfallen wird und Ende Jahr zwischen Fr. 1 und 1.2 Mio. liegen wird, egal was sie hier heute beschliessen. Auch hier würde ich eine Wette abschliessen und bin sicherer als bei der anderen Wette."

Allgemeine Diskussion

Hann Baumann (SP)

"Auch hier werde ich gerne die Meinung der Fraktionen SP und Grüne bekanntgeben. Neben dem, was Martin Bäumle bereits gesagt hat, ist es uns ein Anliegen, dass auch Integrationsmassnahmen stattfinden für Asylsuchende und dass diese Arbeit gut gemacht wird. Es wird ja auch neu ausgeschrieben. Unsere Fraktionen sind sich einig, dass sich die Integrationsmassnahmen lohnen und nachhaltig sind. Darum lehnen wir die Kürzung ab."

Abstimmung über den Änderungsantrag der GRPK

Zustimmung zum Antrag der GRPK 21

Ablehnung des Antrages der GRPK 12

Dem Änderungsantrag der GRPK wird mit 21 zu 12 zugestimmt.

3. ANTRAG

Konto 6700.301000 (Berufsbeistandschaft) Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals

Antrag Stadtrat Fr. 719'100.00

Antrag GRPK Fr. 661'800.00 (Abweichung: - Fr. 57'300.00 S)

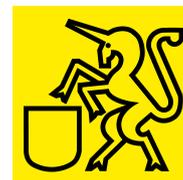
Konto 6700.305200 (Berufsbeistandschaft) AG-Beiträge an Pensionskassen

Antrag Stadtrat Fr. 94'000.00

Antrag GRPK Fr. 72'000.00 (Abweichung: - Fr. 22'000.00 S)

GRPK-Präsident Patrick Schärli (BDP/CVP/EVP)

"Das Budget sieht auf diesen Konten eine Steigerung der Kosten von Fr. 92'300.00 bzw. Fr. 27'000.00 vor, obwohl der dem Budget zugrundeliegende Stellenplan keine Erhöhung ausweist und



zum anderen bereits bei den Dienstleistungen Dritter Mehrkosten vorgesehen sind. Der Ablauf ist hier nicht korrekt. Zuerst muss eine Erhöhung des Stellenplans bewilligt werden, bevor eine Stelle ins Budget aufgenommen werden kann. Der Stadtrat wäre gemäss Besprechung mit der Streichung der Erhöhung einverstanden. Aus der GRPK internen Diskussion heraus, erachten wir es jedoch als sinnvoller, die Springerkosten zu streichen und stattdessen bei den Personalkosten eine anteilmässige Erhöhung erfolgen bzw. stehen zu lassen, was einer Erhöhung des Stellenplans entspricht. Wichtig ist es speziell bei der Berufsbeistandschaft, dass eine gewisse Kontinuität da ist, was mit Springern nicht erreicht werden kann. Da die Springerkosten gemäss Stadtrat im Schnitt 2.7 Mal teurer sind als bei einer ordentlichen Anstellung, sollen die Personalkosten um Fr. 40'000.00 im Vergleich zum Budget 2019 erhöht werden. Dies bedeutet eine Reduktion der Konti 6700.301000 um Fr. 57'300.00 und 6700.305200 um Fr. 22'000.00. Die GRPK stellt somit zwei Anträge. Ein Antrag für die Reduktion der Personalkosten und im Anschluss ein Antrag zur Streichung der Springerkosten."

Stellungnahme Mitglieder GRPK

Keine

Stellungnahme Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU)

"Wie der GRPK-Präsident gesagt hat, ist der Stadtrat mit dem Kürzungsteil einverstanden, weil eine Stelle, welche nicht bewilligt ist, nicht budgetiert werden kann. Diese Auskunft haben wir in der GRPK gegeben. Mit dieser Kürzung können wir leben. Zuerst müssen wir dann aber schauen, was effektiv besetzte Stellen sind und was bereits bewilligt ist. Dabei gibt es noch ein paar Unklarheiten, welche ich hier bereits antönen möchte. Diese Kürzung nehmen wir jedoch entgegen. Diese Springersache werde ich auch gleich hier begründen. Hier ist der Stadtrat der Meinung, diese Kürzung sei falsch. Dem Stadtrat hat man jahrelang vorgeworfen, die ganze Springerthematik nie in der Budgetierung abzubilden, weil wir jedes Jahr gesagt haben, wir brauchen vermutlich keine Springer. Man plant grundsätzlich ja auch keine Springerkosten. In den letzten Jahren, und das weiss die GRPK und der Gemeinderat, haben wir immer massive Abweichungen nach oben gehabt. Leider zeigt auch die aktuelle Hochrechnung im Bereich Springer massiv nach oben. Und dies deutlich über Fr. 100'000.00. Deshalb haben wir in der Budgetierung gesagt, dass es nicht ehrlich und budgettransparent sei, wenn wir einfach 0 einsetzen, da wir heute bereits wissen, dass, gestützt auf die Erfahrungswerte, Fr. 100'000.00 wahrscheinlich ein bescheidener Wert sind. Egal wie sich der Stellenplan entwickeln wird, auch wenn wir voll besetzt sind, werden bei Ausfällen Springerkosten anfallen. Denn es ist so, dass wenn jemand ausfällt, ein Springer mehr kostet. Die Aufgaben müssen dennoch gesetzlich zwingend umgesetzt werden. Und auch eine Streichung der Springerkosten wird nicht dazu führen, dass der Stadtrat keine Springer mehr einstellt, sofern dies für die Erfüllung der gesetzlichen Vorgaben zwingend nötig ist. Ich möchte dies hier erwähnen und bitte Sie aber eigentlich, diese bescheidenen Springerkosten nicht zu streichen. Gleichzeitig haben wir aber verstanden, die ganze Problematik Springerkosten, Anstellungen und Prozente genauer anzuschauen. Ich möchte hier der neuen Ressortvorsteherin auch die Chance zu geben. Sie ist noch nicht so lange dabei und konnte noch nicht so genau reinschauen, dass sie bereits bei der ersten Budgetierungen Korrekturen machen und alles im Griff haben kann. Sie musste faktisch fliegend übernehmen. Von dem her bitte ich hier die Streichung abzulehnen. Sie wäre auch hier wahrscheinlich letztlich nur Budgetkosmetik."

Allgemeine Diskussion

Keine

Abstimmung über den Änderungsantrag der GRPK

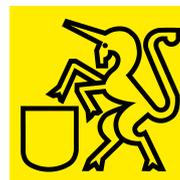
Zustimmung zum Antrag der GRPK

26

Ablehnung des Antrages der GRPK

7

Dem Änderungsantrag der GRPK wird mit 26 zu 7 zugestimmt.



Konto 6700.313020 (Berufsbeistandschaft) Dienstleistungen Dritter Springertätigkeiten
Antrag Stadtrat Fr. 100'000.00
Antrag GRPK Fr. 0.00 (Abweichung: - Fr. 100'000.00 S)

GRPK-Präsident Patrick Schärli (BDP/CVP/EVP)

"Dies ist der zweite Antrag zum vorher ausgeführten Sachverhalt, die Springerkosten zugunsten einer Erhöhung des Stellenplans zu streichen."

Stellungnahme Mitglieder GRPK

Keine

Stellungnahme Finanzvorstand Martin Bäumle (gjp/GEU)

Keine

Allgemeine Diskussion

Keine

Abstimmung über den Änderungsantrag der GRPK

Zustimmung zum Antrag der GRPK 25
Ablehnung des Antrages der GRPK 7

Dem Änderungsantrag der GRPK wird mit 25 zu 7 zugestimmt.

Andreas Sturzenegger beantragt die Ansetzung einer Verhandlungspause.

Abstimmung über den Antrag

Zustimmung zum Antrag 21
Ablehnung des Antrages 2

Dem Antrag wird mit 21 zu 2 zugestimmt.

Gemeinderatspräsident Reto Heeb (BDP/CVP/EVP) unterbricht die Sitzung für 5 Minuten

5. ANTRAG

Konto 6800.301000 (Sozialhilfe) Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals

Antrag Stadtrat Fr. 1'214'000.00
Antrag GRPK Fr. 1'180'600.00 (Abweichung: - Fr. 33'400.00 S)

Konto 6800.305000 (Sozialhilfe) AG-Beiträge AHV, IV, EO, ALV, Verwaltungskosten

Antrag Stadtrat Fr. 75'400.00
Antrag GRPK Fr. 73'400.00 (Abweichung: - Fr. 2'000.00 S)

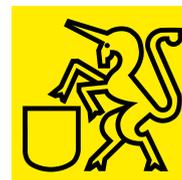
Konto 6800.305200 (Sozialhilfe) AG-Beiträge an Pensionskassen

Antrag Stadtrat Fr. 147'500.00
Antrag GRPK Fr. 141'400.00 (Abweichung: - Fr. 6'100.00 S)

Konto 6800.305300 (Sozialhilfe) AG-Beiträge an Unfallversicherungen

Antrag Stadtrat Fr. 7'700.00
Antrag GRPK Fr. 7'500.00 (Abweichung: - Fr. 200.00 S)

Konto 6800.305400 (Sozialhilfe) AG-Beiträge an Familienausgleichskasse



Antrag Stadtrat Fr. 14'600.00
Antrag GRPK Fr. 14'200.00 (Abweichung: - Fr. 400.00 S)

GRPK-Präsident Patrick Schärli (BDP/CVP/EVP)

"Die GRPK Mehrheit beantragt die Reduktion der Personalkosten und Personalnebenkosten um insgesamt Fr. 42'100.00, da der Stellenplan hier nicht erhöht wird, dennoch aber mehr Personalkosten budgetiert wurden. Es wird somit keine eigentliche Kürzung vorgenommen, sondern lediglich die vom Stadtrat zur Verfügung gestellten und dem Budget zugrundeliegenden Daten und Fakten abgebildet."

Stellungnahme Mitglieder GRPK

Keine

Stellungnahme Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU)

"Hier geht es effektiv nicht um eine Stellenplanerhöhung, sondern um die bestehenden Stellen. Es ist nun mal so, dass sich die Löhne entwickeln und dass einmal eine Anstellung zu mehr oder weniger Lohn führen kann. Bei einem ausgetrockneten Markt ist es oft so, dass eine neue Anstellung teurer wird. In diesem Sinne sind diese 3% auf den gesamten Betrag lediglich Budgetkosmetik. Wir gehen davon aus, dass die Lohnsumme, welche wir eingestellt haben, näher an der Realität 2020 sein wird, weder wenn man diese Kürzung umsetzt. Wie gesagt, auch hier handelt es sich um Budgetkosmetik und Ende Jahr werden wir sehen wer Recht behalten wird. "

Allgemeine Diskussion

Hanna Baumann (SP)

"Auch hier kann ich mich an der Argumentation von Martin Bäumle anschliessen. Die Fraktionen SP und Grüne können alle Bestrebungen, die Fachlichkeit im Team der Sozialhilfe zu heben und zu optimieren nur unterstützen. Aus diesen Gründen sind wir klar gegen die Kürzung der Lohnkosten bei der Sozialhilfe."

Abstimmung über den Änderungsantrag der GRPK

Zustimmung zum Antrag der GRPK 26
Ablehnung des Antrages der GRPK 10

Dem Änderungsantrag der GRPK wird mit 26 zu 10 zugestimmt.

6. ANTRAG

Konto 6900.313020 (Infrastruktur und Verwaltung Alterszentrum) Dienstleistungen Dritter Springertätigkeiten

Antrag Stadtrat Fr. 172'000.00
Antrag GRPK Fr. 163'400.00 (Abweichung: - Fr. 8'600.00 S)

GRPK-Präsident Patrick Schärli (BDP/CVP/EVP)

"Dieser Antrag geht ins Kapitel der stetig ansteigenden Kosten für Dienstleistungen Dritter und ist Nummer 9 der 11 Anträge."

Stellungnahme Mitglieder GRPK

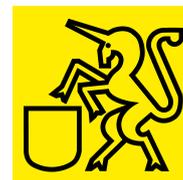
Keine

Stellungnahme Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU)

Keine

Allgemeine Diskussion

Keine



Abstimmung über den Änderungsantrag der GRPK

Zustimmung zum Antrag der GRPK 28

Ablehnung des Antrages der GRPK 9

Dem Änderungsantrag der GRPK wird mit 28 zu 9 zugestimmt.

7. ANTRAG

Konto 6910.301000 (Pflegeabteilung Alterszentrum) Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals

Antrag Stadtrat Fr. 8'570'500.00

Antrag GRPK Fr. 8'188'643.00 (Abweichung: - Fr. 381'857.00 S)

Konto 6910.305000 (Pflegeabteilung Alterszentrum) AG-Beiträge AHV, IV, EO, ALV, Verwaltungskosten

Antrag Stadtrat Fr. 504'200.00

Antrag GRPK Fr. 491'532.60 (Abweichung: - Fr. 12'667.40 S)

Konto 6910.305200 (Pflegeabteilung Alterszentrum) AG-Beiträge an Pensionskassen

Antrag Stadtrat Fr. 793'800.00

Antrag GRPK Fr. 759'771.00 (Abweichung: - Fr. 34'029.00 S)

Konto 6910.305300 (Pflegeabteilung Alterszentrum) AG-Beiträge an Unfallversicherungen

Antrag Stadtrat Fr. 54'500.00

Antrag GRPK Fr. 46'846.60 (Abweichung: - Fr. 7'653.40 S)

Konto 6910.305400 (Pflegeabteilung Alterszentrum) AG-Beiträge an Familienausgleichskasse

Antrag Stadtrat Fr. 103'000.00

Antrag GRPK Fr. 98'211.40 (Abweichung: - Fr. 4'788.60 S)

GRPK-Präsident Patrick Schärli (BDP/CVP/EVP)

"Die Mehrheit der GRPK beantragt eine Anpassung der Personalkosten und deren Nebenkosten, sowie im nächsten Antrag die Anpassung der Taxen und Kostgelder und auch der Entschädigungen von Gemeinden und Zweckverbänden. Beim ASZ wird insgesamt eine Veränderung von +18.9% prognostiziert, was genau der Anzahl der Erhöhung der Betten entspricht. Gemäss Aussagen und Antworten vom Stadtrat folgen sowohl Kosten wie auch Erträge linear dieser Aufstockung der Betten. Im Budget ist aber eine Kostensteigerung von 24% abgebildet. Auch in der Diskussion blieb der Stadtrat bei der Argumentation, die Kosten würden linear dem Anstieg der Bettenzahl von 18.9% folgen. Es wird somit keine eigentliche Kürzung beantragt, sondern lediglich die vom Stadtrat angeführten Argumente umgesetzt, dass die Kostenentwicklung linear der Erhöhung der Betten folgt. Wir nehmen den Stadtrat beim Wort und geben ihm das, was er uns versprochen hat."

Stellungnahme Mitglieder GRPK

Keine

Stellungnahme Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU)

"Zuerst möchte ich eine Vorbemerkung machen: Vor einem Jahr haben wir intensiv darüber diskutiert, wie weit der Businessplan des ASZ, welcher über Jahre eine Budgetvorgabe gewesen ist, weiterhin gilt. Damals hat der Gemeinderat klar beschlossen, dass der Businessplan im Moment nicht mehr eingehalten werden kann. Das Budget, so wie es das ASZ und die Sozialbehörde dem Gemeinderat vorgelegt hatte, sei der richtige Weg, bis der neue Businessplan vorliegt, welcher die Saldoneutralität wieder nachweisen soll. Dies war damals die Meinung des Parlaments. Gestützt darauf hat der Stadtrat im Rahmen der Budgetierung des ASZ keinen klaren Auftrag mehr, auf was er seine Referenzen



beziehen soll. Der Businessplan ist nicht mehr gültig und wird auch vom Parlament als nicht mehr richtig angesehen. Im Rahmen der Budgetierung mussten wir irgendwo zwischen dem Businessplan und dem, was das ASZ uns vorschlägt, eine Lösung finden.

Und nun zum konkreten Antrag: Etwas ist nicht ganz präzise. Das Lineare wird sehr wörtlich genommen. Selbstverständlich ist dies grundsätzlich so, dass die Löhne etwa linear ansteigen mit den zusätzlichen Pflegebetten. Bei einer Öffnung einer Station folgt die Einstellung von Personal zuerst und erst später kommen die Patienten dazu. Der Aufbau braucht somit eine gewisse Zeit. Und wir sind ja in einem Betriebsübergang, welcher in 2 Etappen erfolgt. Dass dabei das absolute mathematische Modell wahrscheinlich nicht ganz stimmt, muss man voraussetzen. Am Ende sollte es dann wieder stimmen, wenn der Vollbezug da ist. In der Übergangsphase ist es sehr schwierig dies genau abzuschätzen und die GRPK hat meiner Meinung nach eine zu einfache Rechnung gemacht. Wir gehen davon aus, dass das Budget, so wie es uns von der Sozialbehörde und dem ASZ vorgelegt wurde, näher an der Realität ist. Aber auch hier gilt, dass es immer Schätzungen sind und wie es dann am Ende mit dem Personal, welches ja zum Teil noch rekrutiert werden muss, aussieht, ist schwierig abzuschätzen. Diese Kosten kennen wir noch nicht. Der Markt ist eher trocken. Also gehen wir davon aus, dass wahrscheinlich die Schätzung des ASZ eher näher an der Realität ist, als wenn der Gemeinderat hier kürzt. Dies würde auch nicht dazu führen, dass Personal nicht eingestellt wird. Eine Streichung durch den Gemeinderat wird letztlich Budgetkosmetik bleiben. "

Allgemeine Diskussion

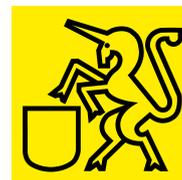
Tanja Bösch (BDP/CVP/EVP)

"Bei diesen Anträgen sprechen wir von einer Reduktion der Personalkosten im Pflegebereich von Fr. 440'995.40 und einer Erhöhung der Erträge von Fr. 289'228.00, die sich folgendermassen zusammensetzen: plus Fr. 538'905 bei den Steuern und Kostgeldern und eine Reduktion bei Entschädigungen von Gemeinden und Zweckverbänden von 249'677.00. Unter dem Konto Entschädigungen von Gemeinden und Zweckverbänden handelt es sich um Beiträge, die Dübendorf für Patientinnen und Patienten bekommt, die im ASZ Pflegeheim oder Pflegewohnungen sind, aber nicht ihren Wohnsitz in Dübendorf haben. Deshalb werden die Kosten von ihren Wohngemeinden getragen. Es macht kaum Sinn, hier eine Reduktion des Ertrages zu budgetieren.

Die Einnahmen Pflegeheim AZS setzen sich aus ganz verschiedenen Kategorien zusammen. Zum einen die Taxe für Bett und Hotellerie, private Ausgaben und die Pflegekosten, die zu 55% die Gemeinde übernehmen muss und die Kosten aus der Mittel- und Gegenständeliste, die seit dem Bundesgerichtsbeschluss von 2018 ebenfalls die Gemeinden tragen. Also wo genau, wollen wir eine Erhöhung der Erträge? Dass die Steuern für Bett und Logis richtig berechnet wurden, davon gehe ich mal aus. Also müssten diese zusätzlichen Erträge anderweitig generiert werden, was aber die zu Pflegenden oder die Gemeinde schlussendlich wieder vermehrt belasten würde.

Die Menschen kommen heute sehr viel später ins Pflegeheim und sind gesundheitlich oft schon schwer angeschlagen. Die Pflegestufe, nach der sie behandelt werden müssen, ist dementsprechend höher, wie Sie aus der Tabelle entnehmen können. Für die Gemeinde, die 55% der Kosten trägt, verursacht dies auch höhere Kosten. Beeinflussen lassen sich diese Pflegestufen nicht.

Zu den Personalkosten: Jeder weiss wie schwer es ist, gutes Pflegepersonal zu finden. Die Pflege ist ein wesentlicher Aspekt, der beeinflusst, wie gut sich die Patienten in einem Pflegeheim oder Spital fühlen. Gute Pflege kann Pflegekosten reduzieren. Schlechte Pflege und zu wenig motiviertes Pflegepersonal kann bedeuten, dass sich Angehörige oder die Patienten nicht für Dübendorf entscheiden, was leere Pflegeplätze zur Folge hätte. Auch das verursacht Kosten oder besser gesagt fehlende Erträge. Hat das ASZ einen guten Ruf, braucht es auch die Konkurrenz von privaten Pflegeheimen nicht zu fürchten. Mit der Einsparung bei Personalkosten wird das Pflegepersonal demotiviert, neue Stellen sind schwerer zu besetzen und Kosten für temporäre Arbeitskräfte gibt es schon genug auf den Konten Dienstleistungen Dritter bei der Sozialabteilung. Mit der Streichung von Personalkosten riskieren wir einfach wieder eine Überschreitung des Budgets bei den temporären Arbeitskräften.



Wieviel mehr das die Gemeinde kostet, hat Patrick Schärli bereits ausgeführt. Das sich Bettenbelegung und Personalkosten linear verhalten, entspricht deshalb nicht den Tatsachen. Ich möchte Sie deshalb im Interesse des Pflegepersonals und der Pflegeheimpatientinnen und -patienten bitten, die Anträge abzulehnen."

Gemeinderatspräsident Reto Heeb macht darauf aufmerksam, dass am Anfang der Budgetsitzung abgemacht wurde, dass die Voten möglichst kurz zu halten sind.

GRPK-Präsident Patrick Schärli (BDP/CVP/EVP)

"Eine kurze Replik zum Votum des Finanzvorstandes: Wir haben natürlich nach der Stafflung bei einer solchen Eröffnung der Stationen nachgefragt. Leider erhielten wir bei der Diskussion mit dem Stadtrat diesbezüglich keine Antwort, weshalb wir uns auf die vereinfachte Berechnung gestützt haben, welche ja auch in der Argumentation angewendet wurde."

Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU)

"Es war kein Vorwurf an die GRPK. Auch ich habe dies erst heute nochmals abgeklärt, wie man diese Linearität vergleichen muss und warum dies nicht linear ist. Ich habe versucht, dies heute zu erklären. Dies konnte die GRPK nicht wissen, da es eine neue Information für den Gemeinderat ist, welche ihn vielleicht dazu bewegen kann, doch dem Stadtrat zu folgen."

Abstimmung über den Änderungsantrag der GRPK

Zustimmung zum Antrag der GRPK 15

Ablehnung des Antrages der GRPK 16

Der Änderungsantrag der GRPK wird mit 16 zu 15 abgelehnt.

8. ANTRAG

Konto 6910.422000 (Pflegeabteilung Alterszentrum) Taxen und Kostgelder

Antrag Stadtrat Fr. 16'482'700.00

Antrag GRPK Fr. 17'021'605.00 (Abweichung: + Fr. 538'905.00 H)

Konto 6910.461200 (Pflegeabteilung Alterszentrum) Entschädigungen von Gemeinden und Zweckverbänden

Antrag Stadtrat Fr. 3'825'000.00

Antrag GRPK Fr. 3'575'323.00 (Abweichung: - Fr. 249'677.00 H)

GRPK-Präsident Patrick Schärli (BDP/CVP/EVP)

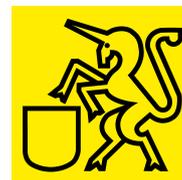
"Wie im vorherigen Antrag erwähnt, erklärt uns der Stadtrat, dass nicht nur die Kosten sich linear der Betten-Anzahl entwickeln, sondern auch die Erträge. Im Budget ist aber eine Zunahme von 15% bzw. 27% eingestellt. Daher beantragen wir auch bei den Erträgen der Argumentation des Stadtrats zu folgen und die Entwicklung auf die 18,9% der Bettenzahl anzupassen."

Stellungnahme Mitglieder GRPK

Keine

Stellungnahme Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU)

"Hier ist Tanja Bösch mit ihren Kenntnissen vermutlich näher an der Realität, da sie weiss wie es in der Pflege abläuft. Es ist tatsächlich so, dass Pflegetaxen nicht beliebig geändert werden können. Dies hat auf der anderen Seite eine Implikation beim Gemeindefizit. Dort ist alles reglementiert. Das was am Ende übrig bleibt, bezahlt die Gemeinde. Eine Anpassungsmöglichkeit besteht hingegen bei der Hotellerie. Bei der Hotellerie hat das ASZ, und dem wurde vom Gemeinderat auch nie widersprochen, klar gesagt, dass die Hotellerietaxen vor Abschluss des Umbaus nicht angepasst werden."



Eine Erhöhung auf diesem Posten könnte eigentlich nur möglich werden, indem man die Hotellietaxen erhöhen würde. Einen anderen Weg gibt es nicht. Und die Logik der Kürzung bei den anderen Anträgen der Erträge hat der Stadtrat auch nicht ganz verstanden. Sollte man nämlich die Hotellietaxen erhöhen, würde dies auch für die Auswertigen gelten. Dies würde dann eher zu einem Mehrertrag führen. Dies ist vermutlich auch in der Linearisierung entstanden und wir gehen davon aus, dass hier die Zahlen, welche das ASZ sorgfältig erarbeitet hat, stimmen und dies reine Budgetkosmetik ist, die Erträge und Aufwände zu reduzieren. Am Ende wird es anders sein. Ich gehe nicht davon aus, dass der Auftrag der GRPK und des Gemeinderats mit einer allfälligen Änderung der Beträge ist, eine Hotellierikostenerhöhung im Budget 2020 vorzunehmen. Dies habe ich von niemanden in der Argumentation gehört. Wir würden dies zur Kenntnis nehmen, dass dies erst erfolgt, wenn der Bau abgeschlossen ist.

Allgemeine Diskussion

Keine

Abstimmung über den Änderungsantrag der GRPK

Zustimmung zum Antrag der GRPK	12
Ablehnung des Antrages der GRPK	17

Der Änderungsantrag der GRPK wird mit 17 zu 12 abgelehnt.

9. ANTRAG

Konto 6950.313020 (Spitexzentrum Dübendorf) Dienstleistungen Dritter Springertätigkeiten

Antrag Stadtrat Fr. 192'000.00

Antrag GRPK Fr. 182'400.00 (Abweichung: - Fr. 9'600.00 S)

GRPK-Präsident Patrick Schärli (BDP/CVP/EVP)

"Dieser Antrag geht ins Kapitel der stetig ansteigenden Kosten für Dienstleistungen Dritter und ist Nummer 10 der 11 Anträge."

Stellungnahme Mitglieder GRPK

Keine

Stellungnahme Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU)

Keine

Allgemeine Diskussion

Keine

Abstimmung über den Änderungsantrag der GRPK

Zustimmung zum Antrag der GRPK	27
Ablehnung des Antrages der GRPK	10

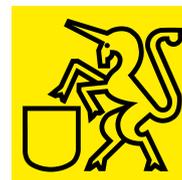
Dem Änderungsantrag der GRPK wird mit 27 zu 10 zugestimmt.

Es werden keine weiteren Anträge zu Kapitel 6 Soziales eingebracht. Es gilt somit als genehmigt.

Kapitel 7 Bildung

Die GRPK hat in diesem Bereich sechs Änderungsanträge gestellt.

1. ANTRAG



Konto 7000.301000 (Primarschulverwaltung) Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals			
Antrag Stadtrat	Fr. 1'020'000.00		
Antrag GRPK	Fr. 970'000.00	(Abweichung: - Fr. 50'000.00	S)
Konto 7000.305200 (Primarschulverwaltung) AG-Beiträge an Pensionskassen			
Antrag Stadtrat	Fr. 107'500.00		
Antrag GRPK	Fr. 99'750.00	(Abweichung: - Fr. 7'750.00	S)

GRPK-Präsident Patrick Schärli (BDP/CVP/EVP)

"Die GRPK beantragt einstimmig die Kürzung der Erhöhung der Personalkosten um 50% auf dieser Budgetposition. Der Stadtrat hat sich im Rahmen der Budgetbesprechung damit einverstanden erklärt, da die neue Stelle voraussichtlich erst per Mitte 2020 besetzt werden kann."

Stellungnahme Mitglieder GRPK

Keine

Stellungnahme Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU)

"Der Stadtrat möchte heute auch noch mitgewinnen. Der Stadtrat akzeptiert diese Kürzung, aber möchte darauf hinweisen, dass im Jahr 2021 von dieser Stelle dann die vollen Kosten kommen."

Allgemeine Diskussion

Keine

Abstimmung über den Änderungsantrag der GRPK

Zustimmung zum Antrag der GRPK	38
Ablehnung des Antrages der GRPK	0

Dem Änderungsantrag der GRPK wird mit 38 zu 0 zugestimmt.

2. ANTRAG

Konto 7200.309900 (Schulbetrieb) Übriger Personalaufwand			
Antrag Stadtrat	Fr. 135'000.00		
Antrag GRPK	Fr. 105'000.00	(Abweichung: - Fr. 30'000.00	S)

GRPK-Präsident Patrick Schärli (BDP/CVP/EVP)

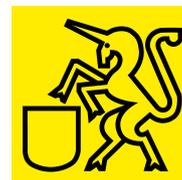
"Die Mehrheit der GRPK beantragt die Reduktion der Ausgaben im Bereich Gesundheit um Fr. 30'000.00, was einer Erhöhung um Fr. 65'000.00 gegenüber dem Wert des Budgets 2019 entspricht. Da auch die Stadtverwaltung in diesem Bereich mehr investieren möchte, sollen Schule und Stadtverwaltung vermehrt zusammenarbeiten. Mit diesem Antrag will die GRPK die beiden Behörden (Stadtrat und Primarschulpflege) animieren in Zukunft vermehrt zusammenarbeiten; schliesslich sind wir eine Einheitsgemeinde.

Wir verzichten aber auf den Antrag die Erhöhung gegenüber 2019 komplett zu streichen, da wir attestieren, dass bei der Primarschule auch andere Fachpersonen beigezogen werden müssen als bei einer Stadtverwaltung. Zudem erachten wir es sinnvoll in diesem Bereich zu investieren, solange die Leute noch gesund sind."

Stellungnahme Mitglieder GRPK

Keine

Stellungnahme Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU)



"Der letzte Satz des GRPK-Präsidenten kann ich vollumfänglich unterstützen. Wenn man da rechtzeitig investiert, kann man Folgekosten sparen. Der Stadtrat hält jedoch an seinem Antrag fest. Er geht davon aus, dass eine Koordination zwischen schulischem Personal und dem Stadtpersonal in diesem Bereich nicht möglich sein wird. Man muss ganz unterschiedliche Personen beiziehen. In diesem Sinne gehen wir leider davon aus, dass Synergiewirkungen an einem sehr kleinen Ort sind. Wenn der Gemeinderat dies kürzt, werden wir eine Zusammenarbeit sicher überprüfen. Aber wie bereits gesagt, wird eine Koordination in diesem Bereich sehr schwierig. "

Allgemeine Diskussion

Keine

Abstimmung über den Änderungsantrag der GRPK

Zustimmung zum Antrag der GRPK 22

Ablehnung des Antrages der GRPK 12

Dem Änderungsantrag der GRPK wird mit 22 zu 12 zugestimmt.

3. ANTRAG

Konto 7233.313200 (QUIMS Högler / Wil) Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten usw.

Antrag Stadtrat Fr. 7'000.00

Antrag GRPK Fr. 0.00 (Abweichung: - Fr. 7'000.00 S)

Konto 7233.317000 (QUIMS Högler / Wil) Reisekosten und Spesen

Antrag Stadtrat Fr. 0.00

Antrag GRPK Fr. 7'000.00 (Abweichung: + Fr. 7'000.00 S)

GRPK-Präsident Patrick Schärli (BDP/CVP/EVP)

"Die GRPK beantragt einstimmig, diese Kosten auf das Konto 7233.317000 zu verschieben, da diese auf dem falschen Kosten budgetiert wurden. Der Stadtrat hat dieser Kostenverschiebung in der Besprechung zugestimmt."

Stellungnahme Mitglieder GRPK

Keine

Stellungnahme Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU)

Keine

Allgemeine Diskussion

Keine

Abstimmung über den Änderungsantrag der GRPK

Zustimmung zum Antrag der GRPK 38

Ablehnung des Antrages der GRPK 0

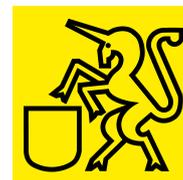
Dem Änderungsantrag der GRPK wird mit 38 zu 0 zugestimmt.

4. ANTRAG

Konto 7260.302075 (Kindergarten) Löhne DAZ

Antrag Stadtrat Fr. 823'800.00

Antrag GRPK Fr. 753'800.00 (Abweichung: - Fr. 70'000.00 S)



GRPK-Präsident Patrick Schärli (BDP/CVP/EVP)

"Die GRPK Mehrheit beantragt die Streichung der im Budget enthaltenen Reserve von Fr. 70'000.00, damit nur die effektiv zurzeit benötigten Kosten eingestellt sind. Für DAZ werden keine Submissionen durch den Kanton zur Verfügung gestellt. Der Kanton macht jedoch Vorschriften, in welcher Bandbreite DAZ eingesetzt werden muss. Die GRPK ist der Meinung, dass in Anbetracht des negativen Budgets kein Platz für Reserven im Budget vorhanden ist."

Stellungnahme Mitglieder GRPK

Keine

Stellungnahme Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU)

"Das Wort "Reserve" ist sicher unglücklich gewählt worden. Man weiss noch nicht, wie viele Kinder den Deutschkurs besuchen werden. Sicher ist, dass es nächstes Jahr mehr Kinder in Dübendorf geben wird und auch mehr Kinder, welche DAZ benötigen. Deshalb hat die Schulpflege im Sinne der Transparenz ausgewiesen, dass sie davon ausgehen, dass dies zusätzlich Fr. 70'000.00 Mehrkosten zur Folge haben wird. Es handelte sich um eine Budgetierung nach bestem Wissen und Gewissen. Eine Kürzung ist hier reine Budgetkosmetik. Wenn diese Kinder kommen, das kostet es einfach. Es handelt sich dabei um gebundene Ausgaben. Dem Stadtrat wurde auch schon Budgetkosmetik nach unten vorgeworfen, wenn so etwas nicht budgetiert wurde, aber er genau weiss, dass mehr Kinder kommen. Aber das Wort "Reserve" wurde sicher unglücklich gewählt."

Allgemeine Diskussion

Flavia Sutter (GP)

"Was Martin Bäumle sagt, macht sicher Sinn. Ich bin Primarlehrerin von Beruf, weshalb ich hier etwas sagen muss. Die aktuelle Pisa-Studie zeigt auf, dass jeder vierte Jugendliche in der Schweiz nicht in der Lage ist, beim Lesen den Inhalt eines Textes zu erfassen. In Dübendorf haben wir, ob es uns passt oder nicht, viele Kinder, deren Erstsprache nicht Deutsch ist. Wollen wir für diese Kinder die Chancen verbessern? Wollen wir, dass sie fähig sind zu unterscheiden zwischen einem Text, der eine Meinung ausdrückt und einem, der Fakten auflistet? Sollen sie dereinst mündige Bürgerinnen und Bürger werden, die sich mit Politik auseinandersetzen, die wählen gehen und sich am gesellschaftlichen Leben beteiligen? Wenn wir das wollen, dann dürfen wir beim DAZ-Unterricht ganz sicher nicht sparen, auch nicht bei den Reserve-Löhnen."

Charlotte Meyer (SVP)

"Eine kleine Anmerkung zu dem, was Flavia gesagt hat. Es steht ganz klar auch in der Presse, dass diese Pisa-Studie zwar ein negatives Resultat hervorgebracht hat und sich dieses verschlechtert hat. Die Aussage der Schüler ist jedoch so, dass sie sich nicht angestrengt hätten, weil es keine Benotung gebe. Deshalb finde ich, dass dies gestrichen werden soll. Man kann nicht die Faulheit der Kinder belohnen."

Abstimmung über den Änderungsantrag der GRPK

Zustimmung zum Antrag der GRPK	16
Ablehnung des Antrages der GRPK	15

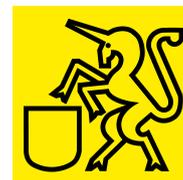
Dem Änderungsantrag der GRPK wird mit 16 zu 15 zugestimmt.

5. ANTRAG

Konto 7280.313070 (Sonderschulung) Dienstleistungen Dritter externe Aufträge (Reinigung, Handwerker, etc.)

Antrag Stadtrat Fr. 200'000.00

Antrag GRPK Fr. 190'000.00 (Abweichung: - Fr. 10'000.00 S)



GRPK-Präsident Patrick Schärli (BDP/CVP/EVP)

"Dieser Antrag geht ins Kapitel der stetig ansteigenden Kosten für Dienstleistungen Dritter und ist Nummer 11 der 11 Anträge."

Stellungnahme Mitglieder GRPK

Keine

Stellungnahme Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU)

Keine

Allgemeine Diskussion

Keine

Abstimmung über den Änderungsantrag der GRPK

Zustimmung zum Antrag der GRPK 24

Ablehnung des Antrages der GRPK 11

Dem Änderungsantrag der GRPK wird mit 24 zu 11 zugestimmt.

6. ANTRAG

Konto 7310.313200 (Schulgesundheitsdienst) Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten usw.

Antrag Stadtrat Fr. 50'000.00

Antrag GRPK Fr. 15'000.00 (Abweichung: - Fr. 35'000.00 S)

GRPK-Präsident Patrick Schärli (BDP/CVP/EVP)

"Die GRPK Mehrheit beantragt eine Reduktion um Fr. 35'000.00 auf Fr. 15'000.00 für die unterstützende Familienarbeit. Die GRPK sieht von der vollumfänglichen Streichung ab, da wir unterstützende Familienarbeit als sinnvoll erachten. Dennoch sehen wir das eigentliche Projekt als gescheitert an, da bisher nur 2 Familien vom Angebot Gebrauch gemacht haben. Der Stadtrat hat sich während der Budgetbesprechung mit dieser Reduktion auf Fr. 15'000.00 auf den Wert des Vorjahres einverstanden erklärt."

Stellungnahme Mitglieder GRPK

Keine

Stellungnahme Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU)

Keine

Allgemeine Diskussion

Keine

Abstimmung über den Änderungsantrag der GRPK

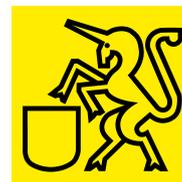
Zustimmung zum Antrag der GRPK 28

Ablehnung des Antrages der GRPK 9

Dem Änderungsantrag der GRPK wird mit 28 zu 9 zugestimmt.

Ratspräsident Reto Heeb fragt, ob es weitere Änderungsanträge zu Kapitel 7 gibt.

7. ANTRAG



Konto 7000.310200 (Primarschulverwaltung) Drucksachen, Publikationen
Antrag Stadtrat Fr. 26'000.00
Antrag SVP Fr. 10'000.00 (Abweichung: - Fr. 16'000.00 S)

SVP Fraktion: Patrick Walder

"Bei diesem Konto geht es um die neue Zeitschrift der Primarschulpflege. Mit dem budgetierten Betrag über Fr. 16'000.00 möchte die Primarschulpflege eine Zeitschrift für die Eltern wiederbeleben. In Zeiten, wo viel von Digitalisierung gesprochen wird, steht dieser Vorstoss der Primarschule etwas gar quer in der Landschaft. Dies insbesondere, da man sehr leicht an die Informationen der Primarschule gelangt. So habe ich selber auch den Newsletter abonniert, welcher mich laufend und CO2-neutral über die neusten Beschlüsse und die Aktualitäten der Primarschule auf dem Laufenden hält. Dieser Newsletter steht der ganzen Bevölkerung, also auch den Eltern zur Verfügung. In Zeiten der angeblichen Klimawahl, von welcher auch heute Abend gesprochen wurde, ist dieser Antrag noch spezieller. Es wäre ja nun ein Hohn, wenn dieser Rat einer neuen auf Papier gedruckten Zeitschrift zustimmen würde, wenn es heute schon eine digitale Alternative dazu gibt. Es würde ja nur jene Kreise bestärken, welche im Wahlkampf dargelegt haben, dass es den Grünen und Linken sowie einem Teil der Mitte beim Thema Klima eben gar nicht um den praktischen und praktizierenden Umweltschutz geht, sondern um reine Besteuerung und Umverteilung und dies unter dem Deckmantel Klima. Und sollten Sie nun trotz all den Widersprüchen dieser Kürzung nicht zustimmen, so bitte ich die Primarschule wenigstens darauf zu achten, dass diese unnötige Ausgabe durch eine Druckerei, welche ein Dübendorfer Steuerzahler ist, gedruckt wird. Ich hoffe auf ihr konsequentes Handeln und danke vorab für die Zustimmung zu unserem Antrag."

Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU)

"Dieser Antrag ist dem Stadtrat nicht vorgelegen. Der Stadtrat hält an seinem Antrag fest. Die Präsidentin der Primarschulpflege hat mir gerade in einem SMS mitgeteilt, dass der digitale Newsletter von lediglich 350 Personen abonniert wurde, was wenig ist. Der Schulpflege macht man seit Jahren den Vorwurf, dass sie zu wenig kommuniziert. Nun hat sie diese Zeitschrift lanciert, damit sie besser an ihre Kunden gelangt und deshalb ins Budget aufgenommen. Dies wurde in der GRPK auch begründet. Der Stadtrat und die Primarschulpflege halten an ihrem Antrag fest und ich denke, dass dies trotz Klimawahl nicht der richtige Ort für Papiereinsparungen ist. Und es kommt vielleicht auch nicht ganz von dieser Person, welche sonst beim Klima so aktiv ist, aber Spass beiseite. Der Stadtrat nimmt den Hinweis wegen einer lokalen Druckerei auf, sollte der Budgetposten stehen bleiben, was ich hoffe. Dies habe ich jedoch noch nicht mit der Primarschulpräsidentin abgesprochen, jedoch wird sie dies sicher auch so machen."

Allgemeine Diskussion

Stefanie Huber (glp/GEU)

"Ich habe es unterstützt, dass man in der GRPK der Primarschulpräsidentin die Frage zu diesem Budgetposten gestellt hat. Im Gegensatz zu anderen Anträgen, welche eine GRPK-Mehrheit gefunden haben, ist bei diesem Posten eine saubere Antwort gekommen, weshalb auch unsere Fraktion sich dem Kürzungsantrag nicht anschliessen wird. Der Sinn dieser Publikation wurde uns erläutert und weshalb man mit Mail in diesem Zusammenhang nichts erreicht. Von dem her werden wir diesem Antrag nicht zustimmen."

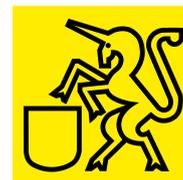
Julian Croci (GP)

"Ich glaube bei diesem Antrag in Zusammenhang mit Klimaschutz ist, wie wenn eine grosse Dürre herrscht und man nach wie vor selber seinen Vorgarten bewässert um den Rasen grün halten zu können und anschliessend den Leuten sagt, sie sollen kein Wasser mehr trinken. Dies sind etwa die Grössenverhältnisse beim Klima. Darum werden auch wir den Vorschlag ablehnen."

Abstimmung über den Änderungsantrag der SVP

Zustimmung zum Antrag der SVP

13



Ablehnung des Antrages der SVP 24
Der Änderungsantrag der SVP wird mit 24 zu 13 abgelehnt.

8. ANTRAG

Konto 7280.313077 (Sonderschulung) Dienstleistung Dritter Transport Bus
Antrag Stadtrat Fr. 170'000.00
Antrag GRPK Fr. 161'500.00 (Abweichung: - Fr. 8'500.00 S)

SVP Fraktion: Patrick Walder

"Bei diesem Antrag geht es wieder um das Prinzip der pauschalen 5%-Kürzung der GRPK, welcher aber an der GRPK Sitzung in Vergessenheit geraten ist. Deshalb bringen wir dies als Fraktionsantrag als Konsequenz zu der bereits erfolgten Argumentation des GRPK-Präsidenten."

Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU)

Keine

Allgemeine Diskussion

Keine

Abstimmung über den Änderungsantrag der SVP

Zustimmung zum Antrag der SVP 24
Ablehnung des Antrages der SVP 13

Dem Änderungsantrag der SVP wird mit 24 zu 13 zugestimmt.

Es werden keine weiteren Anträge zu Kapitel 7 Bildung eingebracht. Es gilt somit als genehmigt.

Gemeinderatspräsident Reto Heeb zählt aus Zeitgründen nur diejenigen Anträge der Detailberatung über die Erfolgsrechnung auf, welche abgelehnt wurden.

Zwischenabstimmung über die bereinigte Erfolgsrechnung

Zustimmung zur bereinigten Erfolgsrechnung: 37 Stimmen
Ablehnung der bereinigten Erfolgsrechnung: 0 Stimmen

Der Erfolgsrechnung inkl. den beschlossenen Änderungen wird mit 37 zu 0 Stimmen zugestimmt.

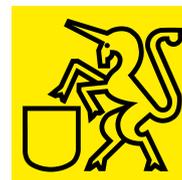
1b) Investitionsrechnung

Die GRPK hat in diesem Bereich fünf Änderungsanträge gestellt.

1. ANTRAG

Konto 4700.503000.IR01052 (Friedhof und Bestattungswesen; Übrige Tiefbauten) Friedhof, neue Signaletik und elektronische Besucherführung
Antrag Stadtrat Fr. 130'000.00
Antrag GRPK Fr. 100'000.00 (Abweichung: - Fr. 30'000.00 S)

GRPK-Präsident Patrick Schärli (BDP/CVP/EVP)



"Die GRPK beantragt einstimmig die Streichung der elektronischen Besucherführung und somit die Streichung um Fr. 30'000.00 aus der Investitionsrechnung. Diese Ausgabe ist unserer Ansicht nach unnötig. Die im Budget vorgesehene analoge Signaletik reicht aus."

Stellungnahme Mitglieder GRPK

Keine

Stellungnahme Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU)

"Der Stadtrat hat mich aufgrund von getätigten Abstimmungen ermächtigt, diese Kürzung zu akzeptieren."

Allgemeine Diskussion

Keine

Abstimmung über den Änderungsantrag der GRPK

Zustimmung zum Antrag der GRPK 38

Ablehnung des Antrages der GRPK 0

Dem Änderungsantrag der GRPK wird mit 38 zu 0 zugestimmt.

2. ANTRAG

Konto 5000.501000.IR00103 (Abteilung Sicherheit; Strassen/Verkehrswege) Verkehrssicherheit Quartier Sonnenberg

Antrag Stadtrat Fr. 100'000.00

Antrag GRPK Fr. 0.00 (Abweichung: - Fr. 100'000.00 S)

GRPK-Präsident Patrick Schärli (BDP/CVP/EVP)

"Die GRPK Mehrheit beantragt, dass die Kosten für die Umsetzung von Tempo 30 im Quartier Sonnenberg gestrichen werden sollen. Die letzten Messwerte, welche der GRPK zur Verfügung gestellt wurden, belegen, dass keine Massnahmen nötig sind."

Stellungnahme Mitglieder GRPK

Keine

Stellungnahme Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU)

"Es geht hier nicht um Tempo 30 Zone, sondern um das provisorisch eingeführte Verkehrsregime. Das Ganze wurde immer wieder kritisiert. Bei diesem Kredit geht es darum, dies zu optimieren und allenfalls in eine definitive Lösung zu überführen. Wenn der Kredit von Fr. 100'000.00 gestrichen wird, bleibt einfach alles so wie es heute ist. Trotz einigen Reklamationen könnten wir dann nicht mehr weiterarbeiten. Es geht jedoch nicht um eine Tempo 30 Zone."

Allgemeine Diskussion

Keine

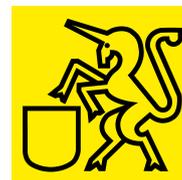
Abstimmung über den Änderungsantrag der GRPK

Zustimmung zum Antrag der GRPK 20

Ablehnung des Antrages der GRPK 17

Dem Änderungsantrag der GRPK wird mit 20 zu 17 zugestimmt.

3. ANTRAG



Konto 5200.506000.IR00028 (Stadtpolizei; Mobilien) Stadtpolizei, Patrouillenfahrzeug DW 4
Antrag Stadtrat Fr. 94'000.00
Antrag GRPK Fr. 0.00 (Abweichung: - Fr. 94'000.00 S)

GRPK-Präsident Patrick Schärli (BDP/CVP/EVP)

"Die GRPK Mehrheit beantragt die Streichung der Ausgaben für die Ersatzbeschaffung des Patrouillenfahrzeugs aus dem Budget 2020, da dieses erst 5 Jahre alt ist und erst 85'000 Kilometer zurückgelegt hat. Die Lebensdauer von lediglich 5 Jahren ist nach unserer Meinung zu kurz, um bereits eine Neuanschaffung zu tätigen. Da es sich hierbei um eine Ersatzbeschaffung handelt, ist dieser Antrag nicht eine eigentliche Streichung der Position, sondern eine Verschiebung auf ein anderes Budget."

Stellungnahme Mitglieder GRPK

Keine

Stellungnahme Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU)

"Der Stadtrat hält auch hier an seinem Antrag fest. In der Stadt Dübendorf hat es sich seit Jahren bewährt, einen Zyklus von 5 Jahren bei diesen Fahrzeugen zu machen. Diese Fahrzeuge werden relativ stark belastet und während dieser Zeit ist eine Garantie für den grössten Teil gegeben. Anschliessend steigen die Unterhaltskosten ziemlich exorbitant. Wir haben solche Fälle bereits gehabt, dass bereits vor der Garantie solche Fälle aufgetreten sind. Hier würde man riskieren, dass ein Schaden bei einem Fahrzeug Mehrkosten verursacht. Deshalb bleibt der Stadtrat bei seinem Antrag im Wissen, dass es heute sehr schwierig ist gegen die GRPK zu gewinnen."

Allgemeine Diskussion

Keine

Abstimmung über den Änderungsantrag der GRPK

Zustimmung zum Antrag der GRPK 26
Ablehnung des Antrages der GRPK 11

Dem Änderungsantrag der GRPK wird mit 26 zu 11 zugestimmt.

4. ANTRAG

Konto 7000.504000.IR01023 (Primarschulverwaltung; Hochbauten) Primarschule, Schulsekretariat, Usterstrasse 16, Raumoptimierung
Antrag Stadtrat Fr. 75'000.00
Antrag GRPK Fr. 0.00 (Abweichung: - Fr. 75'000.00 S)

GRPK-Präsident Patrick Schärli (BDP/CVP/EVP)

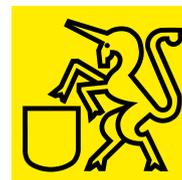
"Die Mehrheit der GRPK beantragt, dass die Ausgaben für die Raumoptimierung beim Schulsekretariat gestrichen werden sollen. Anhand der Antworten des Stadtrates ist uns nicht klargeworden, wofür die Raumtrennung eigentlich genau benötigt wird. Zudem geht der Trend immer mehr in Richtung Grossraumbüro. Auch wenn man den Nutzen einer solchen Raumtrennung noch anerkennen würde, sind die Kosten dafür jedoch eindeutig zu hoch. Deshalb soll eine andere Lösung gesucht werden"

Stellungnahme Mitglieder GRPK

Keine

Stellungnahme Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU)

"Der Stadtrat möchte mitgewinnen und ist bereit diese Kürzung anzunehmen. Wahrscheinlich wären die hohen Kosten angefallen, falls man eine Klebarmierung machen müsste. Die Primarschule möchte nun nach einer anderen, kostengünstigeren Lösung suchen."



Allgemeine Diskussion

Keine

Abstimmung über den Änderungsantrag der GRPK

Zustimmung zum Antrag der GRPK	34
Ablehnung des Antrages der GRPK	3

Dem Änderungsantrag der GRPK wird mit 34 zu 3 zugestimmt.

5. ANTRAG

Konto 7100.504000.IR01022 (Schulliegenschaften und -Anlagen; Hochbauten) Primarschule, Parkplatzbewirtschaftung, bauliche Massnahmen

Antrag Stadtrat	Fr. 150'000.00		
Antrag GRPK	Fr. 50'000.00	(Abweichung: - Fr. 100'000.00	S)

GRPK-Präsident Patrick Schärli (BDP/CVP/EVP)

"Die GRPK beantragt mehrheitlich die Kürzung von Fr. 100'000.00 für die weiteren Massnahmen im Zusammenhang mit der Parkplatzbewirtschaftung. Wie schon bei der Gesundheitsförderung soll auch hier die Zusammenarbeit mit der Stadt gesucht und verbessert werden. Dadurch kann eine einfachere und kostengünstigere Umsetzung erreicht werden"

Stellungnahme Mitglieder GRPK

Keine

Stellungnahme Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU)

"Hier handelt es sich um einen Auftrag aus dem Gemeinderat, alle Mitarbeitende gleich zu behandeln bei der Bewirtschaftung der Parkplätze. Jetzt geht es noch um die Parkplätze bei den Schulhäusern von den Lehrern. Selbstverständlich wird sich der Stadtrat bemühen, sollte diese Kürzung durchkommen, diese Massnahme kostengünstiger abzuwickeln. Wir gehen davon aus, dass Fr. 50'000.00 zu knapp ist, um dies umzusetzen. Mit Fr. 100'000.00 hätte ich jetzt vermutlich gesagt, dass wir durchkommen. Fr. 150'000.00 ist vielleicht auch mit Reserven. Falls die Kürzung durchkommt, nehmen wir dies natürlich entgegen und versuchen dies kostengünstiger umzusetzen, ich kann aber keine Versprechungen machen. "

Allgemeine Diskussion

Keine

Abstimmung über den Änderungsantrag der GRPK

Zustimmung zum Antrag der GRPK	30
Ablehnung des Antrages der GRPK	0

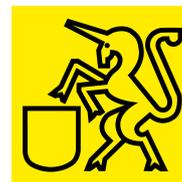
Dem Änderungsantrag der GRPK wird mit 30 zu 0 zugestimmt.

Ratspräsident Reto Heeb fragt, ob es weitere Änderungsanträge zur Investitionsrechnung gibt.

6. ANTRAG

Konto 4600.501000.IR00144 (Strassen/Verkehrswege) Obere Zelglistrasse, Höglerstrasse bis Wilstrasse

Antrag Stadtrat	Fr. 400'000.00		
Antrag SVP	Fr. 0.00	(Abweichung: - Fr. 400'000.00	S)



SVP Fraktion: Patrick Walder

"Wir werden auch zur Investitionsrechnung noch einige Änderungsanträge stellen und werden versuchen, möglichst viel zusammen zu begründen. So werde ich auch die beiden Anträge Obere Zelglistrasse und im Langacker gemeinsam begründen. Die Dübendorfer Bevölkerung hat zweimal über die flächendeckende Einführung von Tempo 30 abgestimmt und letztmals am 22.09.2013 mit deutlichen 64.88% Nein dazu gesagt. Der Stadtrat nimmt diesen Volksentscheid in mehreren Belangen nicht ernst und führt laufend neue Tempo 30 Zonen ein. Mit dem Stadtratsbeschluss 19.386 (Stägenbuck) und 19.387 (Stadtzentrum) hat er nun so den Bogen überspannt, dass die SVP Dübendorf und eine Privatperson gezwungen waren, Rekurs beim Bezirksrat einzureichen. Im Rekurs wird unter anderem beantragt, dass dem Stadtrat jegliche Einrichtung/Einführung von 30er Zonen untersagt wird, bis die Rechtslage geklärt ist, respektive die zuständigen Organe (in diesem Fall das Stimmvolk) die notwendigen Beschlüsse gefasst haben. Gemäss §25 Abs. 1 des Verwaltungsrechtspflegegesetzes kommen mindestens den rekurierten Beschlüssen aufschiebende Wirkung zu. Da es die SVP Dübendorf als nicht sinnvoll erachtet, dass gegen jeden einzelnen Beschluss Rekurs erhoben werden muss, bevor die Rechtslage geklärt ist, beantragen wir die Streichung und somit Sistierung dieser Projekte. Sollten diese Streichungen keine Mehrheit finden, sieht sich die SVP Dübendorf bis zur Klärung der Rechtslage verpflichtet, gegen jeden diesbezüglichen Entscheid Rekurs einzureichen. Dem Stadtrat sollte der Rekurs gegen die beiden Beschlüsse bekannt sein, nicht, dass wieder die Behauptung kommt, er wisse nichts davon."

Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU)

"Der Stadtrat hält an seinen Anträgen fest. Auch hier möchte ich sagen, dass eine Rekurseinreichung den Stadtrat noch nicht dazu bringt, Massnahmen, welche er auch aus dem Parlament entgegengenommen hat, nicht mehr umzusetzen. Wenn ein Gericht etwas anderes entscheidet, wird sich der Stadtrat selbstverständlich daran halten. Aber nur wegen einem Rekurs werden wir nicht alles stoppen. Es würde die Politik ja einfach machen, wenn jeder, dem etwas nicht passt, Rekurs einreichen kann und dadurch nichts mehr unternommen wird. Ich möchte auch betonen, dass alle Abstimmungen zu Tempo 30 auch mit der Begründung abgelehnt wurden, dass man punktuelle Massnahmen befürwortet, unter anderem wenn es um die Schulwegsicherung geht. Der Stadtrat macht nicht mehr und nicht weniger als das. Wenn er mehr macht, wird er mit einem entsprechenden Antrag, einer Motion, womit übrigens dieses Parlament auch einen Auftrag erteilt hat, wieder in den Gemeinderat gelangen, um diese Diskussion zu führen. Aber hier geht es um punktuelle Sachen, bei welchen dem Volk nie etwas anderes versprochen wurde. In diesem Sinne bittet sie der Stadtrat diese Kredite nicht zu streichen."

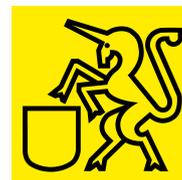
Allgemeine Diskussion

Alexandra Freuler (SP)

"Ich habe selber einmal im Langacker gewohnt und weiss deshalb, dass es dort einen schönen Kindergarten hat. Auch das Will- und Högler-Schulhaus sind in der Nähe. Das Gebiet ist somit sehr stark frequentiert mit Kleinkindern und Primarschülern. Von dem her bitte ich Sie diesem Streichungsantrag ja nicht zuzustimmen."

Tiefbauvorstand Jürgen Besmer (FDP)

"Ich möchte noch ein paar Sachen ergänzen. Tempo 30 ist ein Thema. Wir haben dort aber vor allem noch ein Problem mit den Werkleitungen. Vor allem mit dem Wasser. Die Wasserwerke haben diese Leitungen 1960 gelegt und diese sind kaputt. Das Problem ist, dass die Wasserleitungen in der Mitte eines Grabens liegen. Am tiefsten Punkt liegen die Kanalisationsleitungen und über der Wasserleitung liegt noch die Gasleitung. Demzufolge müsste man darum herumbauen. Die Wasserversorgung hat einen grossen Bedarf, dass dies gemacht wird. Weiter haben wir daneben den Spielplatz Zelgli, welcher bereits erwähnt worden ist. Dort möchten wir auch einige Sachen anpassen und diesen sicherer machen für unsere Kinder."



Abstimmung über den Änderungsantrag der SVP

Zustimmung zum Antrag der SVP	12
Ablehnung des Antrages der SVP	26

Der Änderungsantrag der SVP wird mit 26 zu 12 abgelehnt.

7. ANTRAG

Konto 4600.501000.IR00379 (Strassen/Verkehrswege) Im Langacker, Obere Zelglistrasse bis Kehrlplatz

Antrag Stadtrat	Fr.	50'000.00		
Antrag SVP	Fr.	0.00	(Abweichung: - Fr. 50'000.00	S)

Gemeinderatspräsident Reto Heeb informiert, dass es sich beim nächsten Antrag um dasselbe Thema handelt und deshalb direkt zur Abstimmung gelangt.

Abstimmung über den Änderungsantrag der SVP

Zustimmung zum Antrag der SVP	12
Ablehnung des Antrages der SVP	26

Der Änderungsantrag der SVP wird mit 12 zu 26 abgelehnt.

8. ANTRAG

Konto 5000.501000.IR00118 (Strassen/Verkehrswege) Umsetzung Langsamverkehrskonzept: Teil Verkehrssicherheit

Antrag Stadtrat	Fr.	200'000.00		
Antrag SVP	Fr.	0.00	(Abweichung: - Fr. 200'000.00	S)

SVP Fraktion: Patrick Walder

"Ich verweise erneut auf die beiden Volksabstimmungen gegen die flächenmässige Einführung von Tempo 30. Neben all anderen Argumenten zeige ich Ihnen nun aber noch das zu diesem Konto zugehörige Konzeptblatt aus dem Gesamtverkehrskonzept. Überall wo Kreise sind, sieht der Stadtrat eine Temporeduktion vor. Ich bin klar der Überzeugung, dass man hierbei mit guten Gewissen von «flächendeckend» sprechen kann. Der Stadtrat missachtet ganz klar die Volksentscheide, was es seitens Parlament zu stoppen gilt. Ich bitte Sie um Zustimmung."

Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU)

"Hier gelten genau dieselben Aussagen wie vorher. Ich bitte Sie diesen Antrag abzulehnen."

Allgemeine Diskussion

Keine

Abstimmung über den Änderungsantrag der SVP

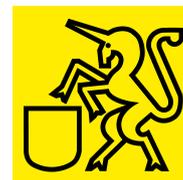
Zustimmung zum Antrag der SVP	12
Ablehnung des Antrages der SVP	26

Der Änderungsantrag der SVP wird mit 26 zu 12 abgelehnt.

9. ANTRAG

Konto 5200.506000.IR00027 (Stadtpolizei; Mobilien) Stadtpolizei; Ersatzanschaffung Semi-Radar

Antrag Stadtrat	Fr.	168'000.00		
-----------------	-----	------------	--	--



Antrag SVP Fr. 0.00 (Abweichung: - Fr. 168'000.00 S)

SVP Fraktion: Lukas Schanz

"Der Semi-Radar, wir kennen ihn auch als Blitzkasten, wurde sicher bereits von jedem Autofahrer von Dübendorf einmal gesehen. Der Semi-Radar ist im Einsatz und funktioniert einwandfrei. Er hat zwar ein stattliches Alter von 10 Jahren, aber die Technik und die Qualität entsprechen nach wie vor den Vorgaben, welche es benötigt, um allfällige Strafverfahren Stand halten zu können. Darum sehen wir hier eine Investition auf Vorrat. Es ist ausserdem anzunehmen, dass der jetzige Radar auch dann immer noch eingesetzt wird, wenn man ein neues Gerät anschafft. Deshalb ist abzuwarten, bis das Gerät nicht mehr funktionstüchtig ist resp. bis dieses nicht mehr den gesetzlichen Vorgaben genügt. Das Argument, dass die Erfüllung des Leistungsauftrages nicht mehr gewährleistet wäre, ist ganz klar zu entgegnen, dass man mit einer Kooperation, allenfalls mit der Stadt Zürich, für eine gewisse Zeit ein Gerät mieten könnte. Ich bin mir sicher, dass wir vom Stadtrat hören werden, dass der Blitzkasten beinahe nicht mehr den gesetzlichen Vorgaben entspricht. Aber ich bin jetzt schon gespannt, ob dann allenfalls nicht doch 2 Geräte in Dübendorf sein werden und wie dann die Argumente des Stadtrates sind."

Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU)

"Dieser Antrag ist dem Stadtrat nicht vorgelegen, aber der Stadtrat bittet sie, diesen abzulehnen. Wir haben in der GRPK ausführlich begründet, dass ein Ausfall möglich ist. Das Gerät hat ein Alter erreicht, bei dem eine Ersatzbeschaffung rechtzeitig zu erfolgen hat. Der grösste Schildbürgerstreich wäre, wenn das Gerät ausfällt und aufgrund der langen Lieferfristen jeder Dübendorfer und jede Dübendorferin weiss, dass man kein Gerät hat und vielleicht auch nicht gleich anmieten kann. Sollte in einem solchen Fall etwas passieren, zum Beispiel, weil man diesen nicht mehr vor ein Schulhaus stellen kann, dann würden dieselben Gemeinderäte sagen, weshalb wir nicht vorsorglich ein solches Ding beschafft haben. Ich bitte Sie dieses Gerät zu beschaffen. Dies ist vom Alter her gerechtfertigt und ich kann nicht ausschliessen, dass es in einer kurzen Übergangszeit 2 Geräte im Einsatz sind bis sicher ist, dass das neue Gerät funktioniert. Anschliessend wird das alte Geräte garantiert ausser Betrieb gesetzt. Rein wegen den Unterhaltungskosten, aufgrund derer es keinen Sinn macht, 2 Geräte parallel zu betreiben."

Allgemeine Diskussion

Keine

Abstimmung über den Änderungsantrag der SVP

Zustimmung zum Antrag der SVP	15
Ablehnung des Antrages der SVP	22

Der Änderungsantrag der SVP wird mit 22 zu 15 abgelehnt.

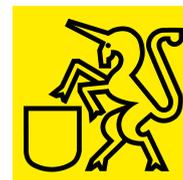
10. ANTRAG

Konto 7100.506000.IR01024 (Schulliegenschaften und –Anlagen; Mobilien) Primarschule, Schulinformatik, Hausinstallation, Netzwerk WLAN-Verbindung

Antrag Stadtrat Fr. 150'000.00
Antrag SVP Fr. 0.00 (Abweichung: - Fr. 150'000.00 S)

SVP Fraktion: Sarah Steiner

"Passend zur Weihnachtszeit darf ich Ihnen auch ein Päckchen an Streichungsanträgen vorstellen. Es handelt sich dabei um die Konten IR01024, IR00068 und IR01063. Bei allen 3 ist der Betrag genau Fr. 150'000.00, was vermutlich nicht per Zufall der Eigenkompetenz der Primarschule entspricht. Bei den geplanten Investitionen handelt es sich um das flächendeckende Einführen von WLAN in den Schulhäusern, das Ersetzen von alten Computern und das Installieren von interaktiven Wandtafeln."



Alles sind Massnahmen, welche in Zukunft aufgrund des Lehrplans 21 sicherlich benötigt werden. Allerdings arbeitet die Primarschule einmal mehr völlig ohne Konzept. Es wird da und dort einmal ein Plästerchen angebracht anstatt das man sich hinsetzt und einen Plan ausarbeitet und die notwendigen Investitionen mit einem roten Faden tätigt. Meine Fraktion und ich sind uns sicher, dass die Digitalisierung viele Vorteile bringen kann. Allerdings liegt die Betonung ganz klar auf "kann". Dies wird nur der Fall sein, wenn man nicht einfach so drauflos investiert, sondern einen klaren Plan verfolgt und Investitionen aufeinander abstimmen kann. Einen wirklichen Zeitdruck sehen wir nicht. Dübendorf hat den Anschluss sowieso einmal mehr verpasst. Die umliegenden Gemeinden haben bereits sehr viel eingeführt. Sei dies personalisierte iPads für Schüler oder individuelle Lehrpläne. Ich habe diese Entwicklung selber bei zwei von meinen Nachhilfeschülern mitverfolgen dürfen. Allerdings sind diese Investitionen in den umliegenden Gemeinden immer mit einem für alle nachvollziehbaren Konzept entstanden. Anstatt jetzt in Panik zu verfallen und zu versuchen die verpasste Zeit aufzuholen, nehmen wir uns lieber einen Moment Zeit und setzen uns zusammen und erarbeiten wir einen Plan um nachhaltig und korrekt zu investieren. Darum möchte ich bei euch die Streichung der geplanten Investitionen beliebt machen und der Primarschule dafür den klaren Auftrag erteilen, ein Konzept mit allen notwendigen Investitionen und Kosten auszuarbeiten."

Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU)

"Wenn ich Pech habe, wird mich die Primarschulpräsidentin noch korrigieren. Beim WLAN-Thema wurde immer transparent kommuniziert, dass man die Schulhäuser damit ausrüsten möchte. Wenn dies nun aus dem Budget gestrichen wird, würde man dies wieder aufheben, was der Stadtrat eigentlich bereits im Grundsatz entschieden hat. Wir haben bereits in der GRPK gesagt, dass, sollte der Kredit für die interaktiven Wandtafeln gestrichen werden, muss man halt ein Jahr darauf verzichten. Diese Wandtafeln werden über mehrere Jahre gestaffelt angeschafft und installiert. Dann würde es in einem anderen Jahr einfach mehr geben. Jedoch empfehlen wir hier nicht, eine zufällige Streichung vorzunehmen, da es sich um eine bereits seit einigen Jahren laufende, sinnvolle Entwicklung handelt. Dasselbe gilt für den Ersatz der Computer. Generell gibt es bei der Informatik alle paar Jahre eine Gesamtüberprüfung. Wie bereits gesagt, handelt es sich dabei um Elemente, welche in dieser Strategie längstens im Grundsatz entschieden sind und eine Kürzung nicht dem entspricht, wo die Schule mit der Informatik hin will."

Allgemeine Diskussion

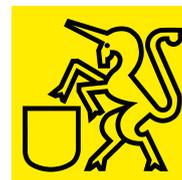
Bildungsvorständin Susanne Hänni (glp/GEU)

"Ich kann nicht einfach sitzen bleiben, wenn einem Konzeptlosigkeit vorgeworfen wird. Dies ist selbstverständlich nicht der Fall. Ein Konzept ist vorhanden. Dieses ist unterwegs zu Stadtrat und Gemeinderat. Unsere Computer sind aus dem Jahr 2012 weshalb dort eine Ersatzbeschaffung notwendig ist. Dies wird ein Volksentscheid benötigen. Was sie hier sehen sind WLAN-Installationen, welche man vorgängig machen möchte, da wir grosse Problemen haben, um mit Laptops zu arbeiten. Das WLAN ist mühsam. Man muss zuerst das WLAN starten und dann warten bis alles hochgefahren ist. Erst danach darf man die Computer starten. Wenn dies zu früh gemacht wird, kann die Verbindung nicht hergestellt werden. Momentan ist es ziemlich mühsam. Deshalb ziehen wir diese Installation vor. Die Wandtafeln haben wir in Tranchen angeschafft. Es fehlen noch 4 Mittelstufenklassen und danach sind die Mittelstufen, welche mit dem Lehrplan 21 Unterricht Medien und Informatik haben, auch ausgerüstet. Wir sind diesbezüglich nicht im Rückstand. Alle Schulen im Bezirk sind gemäss einer aktuellen Umfrage von mir mit denselben Themen und in den nächsten Jahren mit diversen Anschaffungen beschäftigt. Alle Schulen müssen umrüsten und sich dem Lehrplan 21 anpassen."

Abstimmung über den Änderungsantrag der SVP

Zustimmung zum Antrag der SVP	12
Ablehnung des Antrages der SVP	26

Der Änderungsantrag der SVP wird mit 26 zu 12 abgelehnt.



11. ANTRAG

Konto 7102.506000.IR00068 (Schulliegenschaften und -Anlagen Flugfeld; Mobilien) Schulinformatik, Ersatzbeschaffung

Antrag Stadtrat Fr. 150'000.00
Antrag SVP Fr. 0.00 (Abweichung: - Fr. 150'000.00 S)

Gemeinderatspräsident Reto Heeb informiert, dass die beiden nächsten Anträge bereits behandelt wurden und diese deshalb direkt zur Abstimmung gelangen.

Abstimmung über den Änderungsantrag der SVP

Zustimmung zum Antrag der SVP 12
Ablehnung des Antrages der SVP 26

Der Änderungsantrag der SVP wird mit 26 zu 12 abgelehnt.

12. ANTRAG

Konto 7200.506000.IR01063 (Schulbetrieb; Mobilien) Unterrichtsgeräte: Ersatzbeschaffung Wandtafelsysteme mit interaktiven Geräten

Antrag Stadtrat Fr. 150'000.00
Antrag SVP Fr. 0.00 (Abweichung: - Fr. 150'000.00 S)

Abstimmung über den Änderungsantrag der SVP

Zustimmung zum Antrag der SVP 12
Ablehnung des Antrages der SVP 25

Der Änderungsantrag der SVP wird mit 25 zu 12 abgelehnt.

Gemeinderatspräsident Reto Heeb fasst zusammen, dass alle Änderungsanträge der GRPK zur Investitionsrechnung angenommen und alle zusätzlichen Anträge der SVP-Fraktion abgelehnt wurden.

Zwischenabstimmung über die Investitionsrechnung

Zustimmung zur Investitionsrechnung: 38 Stimmen
Ablehnung der Investitionsrechnung: 0 Stimmen

Der Investitionsrechnung wird mit 38 zu 0 Stimmen zugestimmt.

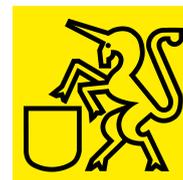
2) Steuern

GRPK-Präsident Patrick Schärli (BDP/CVP/EVP)

"Der Stadtrat beantragt einen unveränderten Steuerfuss von 81%. Allerdings weist er im Bericht zum Budget darauf hin, dass der Steuerfuss bei gleichbleibendem Aufwandwachstum und Investitionsvolumen und ohne erneute substanzielle Zusatz-Erträge ab ca. 2022/23 wieder ansteigen könnten. Dies war schon die Prämisse bei der letzten Steuerfuss-Senkung als Voraussetzung für die temporäre Senkung und somit kein überraschendes Statement. Die mögliche kommende Steuererhöhung darf aber nicht von den notwendigen Investitionen ablenken, ist jedoch eine zusätzliche Aufforderung an den Stadtrat eine Leistungsüberprüfung vorzunehmen. Die GRPK spricht sich einstimmig für die vom Stadtrat beantragte Beibehaltung des Steuerfusses bei 81% aus."

Stellungnahme Mitglieder GRPK

Keine



Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU)

"Der GRPK-Präsident hat das Wesentliche gesagt. Ich bin froh, dass die GRPK und der Gemeinderat gehört hat, dass zumindest 3% von den insgesamt 5% eine temporäre Steuersenkung gewesen ist. Es braucht noch einige Anstrengungen, falls man dies allenfalls beibehalten möchte. Dies wird jedoch wahrscheinlich nur unter schwierigen Bedingungen möglich sein. Ich möchte noch 2 bis 3 Sachen zum Eingangsvotum sagen: Wegen den ausserordentlichen Einnahmen und dem schlechten Resultat wurde dem Stadtrat vorgeworfen, er habe die Verantwortung nicht wahrgenommen. Ich möchte festhalten, dass der Finanzausgleich im Kanton Zürich zum rechtlich verbindlichen Einnahmen- und Ausgabenprofil gehört. Eine Gemeinde wie leider auch wir, welche deutlich unter dem kantonalen Mittel liegt, hat Anspruch auf diese Gelder. Mir ist es lieber, wir bekommen dies nicht und haben dafür bessere Steuererträge. Für das Jahr 2020 können wir das einbuchen, was wir im Jahr 2018 nicht eingenommen haben an Steuererträgen. Nämlich die Fr. 5.1 Mio. Dies ist nicht etwas, was uns nicht zusteht, sondern es handelt sich um eine Rechtsgrundlage. Zum zweiten Punkt wegen dem Baurechtszins: Ich möchte nochmals betonen, dass von den Fr. 2.3 Mio. rund Fr. 1.6 Mio. in die wahrscheinlich nachhaltige Steuersenkung geflossen sind, sodass eigentlich nur noch Fr. 0.8 Mio. von diesen nicht zweckgebunden sind. Und letztlich zum ZKB-Ertrag: Es freut uns natürlich, dass wir einmalig diese Fr. 0.8 Mio. erhalten. Dies wird sich nächstes Jahr nicht wiederholen. Dies ist dem Stadtrat voll bewusst. Darum hat auch der Stadtrat von sich aus, was ich heute mehr als einmal gesagt habe, gesagt, dass diese Leistungsüberprüfung angegangen wird. Natürlich sind wir auch nicht böse, wenn uns der Gemeinderat, wie in der GRPK mitgeteilt, einen entsprechenden Auftrag erteilt, damit klar ist, dass sowohl Stadtrat als auch Gemeinderat dies möchten. Nicht, dass der Gemeinderat in 1 oder 2 Jahren dann bei Anträgen des Stadtrates sagt, dass man dies nicht so gemeint habe. Eine Leistungsüberprüfung hat möglicherweise auch einen Leistungsverzicht oder eine Leistungsoptimierung zur Folge. Ich freue mich sehr auf diese anspruchsvollen Diskussionen. Wenn uns nun der Gemeinderat einen Auftrag erteilt, sind wir umso offener für diese Thematik."

Allgemeine Diskussion

Keine

Abstimmung zur Festlegung des Steuerfusses

Zustimmung Antrag Stadtrat und GRPK, Steuerfuss 81%:	38	Stimmen
Zustimmung Antrag Stadtrat und GRPK, Steuerfuss 81%:	0	Stimmen

Der Gemeinderat hat für die Politische Gemeinde einen Steuerfuss von 81 Prozent festgelegt.

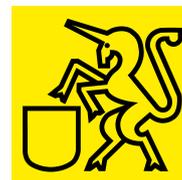
Schlussabstimmung Budget 2020

Zustimmung zum Budget 2020 (inkl. Änderungen in der Erfolgsrechnung und Investitionsrechnung) und einem Steuerfuss von 81%	38	Stimmen
--	----	---------

Ablehnung Budget 2020 (inkl. Änderungen in der Erfolgsrechnung und Investitionsrechnung) und einem Steuerfuss von 81%	0	Stimmen
---	---	---------

Der Gemeinderat stimmt dem bereinigten Budget 2020 mit einem Steuerfuss von 81 Prozent mit 38 zu 0 Stimmen zu.

Beschluss:



Der Gemeinderat **beschliesst:**

1. Das Budget des Politischen Gemeindegutes für das Jahr 2020 wird mit folgenden Änderungen in der Erfolgsrechnung genehmigt;

Konto 1020.313200 (Exekutive) Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten usw.

Antrag Stadtrat	Fr. 122'000.00		
Antrag GRPK	Fr. 77'000.00	(Abweichung: - Fr. 45'000.00	S)

Konto 1030.313010 (Behördendienste) Transaktionen (Porto, Transporte, Telekommunikation, Betreuungskosten)

Antrag Stadtrat	Fr. 290'600.00		
Antrag GRPK	Fr. 276'070.00	(Abweichung: - Fr. 14'530.00	S)

Konto 1030.313200 (Behördendienste) Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten usw.

Antrag Stadtrat	Fr. 36'000.00		
Antrag GRPK	Fr. 1'000.00	(Abweichung: - Fr. 35'000.00	S)

Konto 1055.363600 (Tourismus / Kommunale Werbung) Beiträge an private Organisationen ohne Erwerbszweck

Antrag Stadtrat	Fr. 148'400.00		
Antrag GRPK	Fr. 128'400.00	(Abweichung: - Fr. 20'000.00	S)

Konto 1110.301001 (Personaldienste) Stellenplananpassungen

Antrag Stadtrat	Fr. 260'000.00		
Antrag GRPK	Fr. 0.00	(Abweichung: - Fr. 260'000.00	S)

Konto 1400.313010 (Betreibungskreis Dübendorf (Dübendorf und Wangen-Brüttisellen), Transaktionen (Porto, Transporte, Telekommunikation, Betreuungskosten)

Antrag Stadtrat	Fr. 160'000.00		
Antrag GRPK	Fr. 152'000.00	(Abweichung: - Fr. 8'000.00	S)

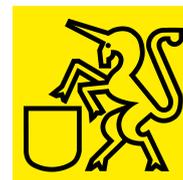
Konto 1510.313000 (Friedhof- und Bestattungswesen) Dienstleistungen Dritter externe Aufträge (Reinigung, Handwerker, etc.)

Antrag Stadtrat	Fr. 244'800.00		
Antrag GRPK	Fr. 232'560.00	(Abweichung: - Fr. 12'240.00	S)

Konto 1601.313010 (SBB Tageskarten) Übriger Betriebsaufwand

Antrag Stadtrat	Fr. 182'000.00		
Antrag GRPK	Fr. 172'900.00	(Abweichung: - Fr. 9'100.00	S)

Konto 1750.313200 (Umwelt) Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten usw.



Antrag Stadtrat	Fr.	0.00		
Antrag GRPK	Fr.	100'000.00	(Abweichung: + Fr. 100'000.00	S)

Konto 1760.313000 (Naturschutz) Dienstleistungen Dritter externe Aufträge (Reinigung, Handwerker, etc.)

Antrag Stadtrat	Fr.	173'100.00		
Antrag GRPK	Fr.	164'445.00	(Abweichung: - Fr. 8'655.00	S)

Konto 2300.313000 (Übrige Verwaltungsgebäude) Dienstleistungen Dritter externe Aufträge (Reinigung, Handwerker, etc.)

Antrag Stadtrat	Fr.	300'000.00		
Antrag GRPK	Fr.	285'000.00	(Abweichung: - Fr. 15'000.00	S)

Konto 2800.313010 (Abteilung Steuern) Transaktionen (Porto, Transporte, Telekommunikation, Betreuungskosten)

Antrag Stadtrat	Fr.	174'000.00		
Antrag GRPK	Fr.	165'300.00	(Abweichung: - Fr. 8'700.00	S)

Konto 3010.313000 (Bauwesen inkl. allgemeine Dienstleistungen Stadttingenieur) Dienstleistungen Dritter externe Aufträge (Reinigung, Handwerker, etc.)

Antrag Stadtrat	Fr.	190'000.00		
Antrag GRPK	Fr.	180'500.00	(Abweichung: - Fr. 9'500.00	S)

Konto 4600.313000 (Unterhaltungsdienste) Dienstleistungen Dritter externe Aufträge (Reinigung, Handwerker, etc.)

Antrag Stadtrat	Fr.	190'000.00		
Antrag GRPK	Fr.	170'500.00	(Abweichung: - Fr. 19'500.00	S)

Konto 5000.3140000 (Abteilung Sicherheit) Baulicher Unterhalt Plakat- und Marktwesen (Ersatz Vereins- und Kulturplakatständer)

Antrag Stadtrat	Fr.	51'000.00		
Antrag GRPK	Fr.	6'000.00	(Abweichung: - Fr. 45'000.00	S)

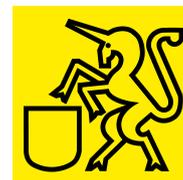
Konto 6030.363700 (Übrige soziale Wohlfahrt) Beiträge an private Haushalte (AHV-Beiträge für Minderbemittelte)

Antrag Stadtrat	Fr.	70'000.00		
Antrag GRPK	Fr.	60'000.00	(Abweichung: - Fr. 10'000.00	S)

Konto 6060.363500 (Asylkoordination) Beiträge an private Unternehmungen

Antrag Stadtrat	Fr.	1'100'000.00		
Antrag GRPK	Fr.	800'000.00	(Abweichung: - Fr. 300'000.00	S)

Konto 6700.301000 (Berufsbeistandschaft) Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals



Antrag Stadtrat	Fr. 719'100.00		
Antrag GRPK	Fr. 661'800.00	(Abweichung: - Fr. 57'300.00	S)

Konto 6700.305200 (Berufsbeistandschaft) AG-Beiträge an Pensionskassen

Antrag Stadtrat	Fr. 94'000.00		
Antrag GRPK	Fr. 72'000.00	(Abweichung: - Fr. 22'000.00	S)

Konto 6700.313020 (Berufsbeistandschaft) Dienstleistungen Dritter Springertätigkeiten

Antrag Stadtrat	Fr. 100'000.00		
Antrag GRPK	Fr. 0.00	(Abweichung: - Fr. 100'000.00	S)

Konto 6800.301000 (Sozialhilfe) Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals

Antrag Stadtrat	Fr. 1'214'000.00		
Antrag GRPK	Fr. 1'180'600.00	(Abweichung: - Fr. 33'400.00	S)

Konto 6800.305000 (Sozialhilfe) AG-Beiträge AHV, IV, EO, ALV, Verwaltungskosten

Antrag Stadtrat	Fr. 75'400.00		
Antrag GRPK	Fr. 73'400.00	(Abweichung: - Fr. 2'000.00	S)

Konto 6800.305200 (Sozialhilfe) AG-Beiträge an Pensionskassen

Antrag Stadtrat	Fr. 147'500.00		
Antrag GRPK	Fr. 141'400.00	(Abweichung: - Fr. 6'100.00	S)

Konto 6800.305300 (Sozialhilfe) AG-Beiträge an Unfallversicherungen

Antrag Stadtrat	Fr. 7'700.00		
Antrag GRPK	Fr. 7'500.00	(Abweichung: - Fr. 200.00	S)

Konto 6800.305400 (Sozialhilfe) AG-Beiträge an Familienausgleichskasse

Antrag Stadtrat	Fr. 14'600.00		
Antrag GRPK	Fr. 14'200.00	(Abweichung: - Fr. 400.00	S)

Konto 6900.313020 (Infrastruktur und Verwaltung Alterszentrum) Dienstleistungen Dritter Springertätigkeiten

Antrag Stadtrat	Fr. 172'000.00		
Antrag GRPK	Fr. 163'400.00	(Abweichung: - Fr. 8'600.00	S)

Konto 6950.313020 (Spitexzentrum Dübendorf) Dienstleistungen Dritter Springertätigkeiten

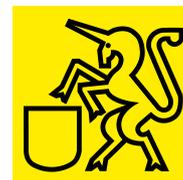
Antrag Stadtrat	Fr. 192'000.00		
Antrag GRPK	Fr. 182'400.00	(Abweichung: - Fr. 9'600.00	S)

Konto 7000.301000 (Primarschulverwaltung) Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals

Antrag Stadtrat	Fr. 1'020'000.00		
Antrag GRPK	Fr. 970'000.00	(Abweichung: - Fr. 50'000.00	S)

Konto 7000.305200 (Primarschulverwaltung) AG-Beiträge an Pensionskassen

Antrag Stadtrat	Fr. 107'500.00		
-----------------	----------------	--	--



Antrag GRPK Fr. 99'750.00 (Abweichung: - Fr. 7'750.00 S)

Konto 7200.309900 (Schulbetrieb) Übriger Personalaufwand

Antrag Stadtrat Fr. 135'000.00
Antrag GRPK Fr. 105'000.00 (Abweichung: - Fr. 30'000.00 S)

Konto 7233.313200 (QUIMS Högler / Wil) Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten usw.

Antrag Stadtrat Fr. 7'000.00
Antrag GRPK Fr. 0.00 (Abweichung: - Fr. 7'000.00 S)

Konto 7233.317000 (QUIMS Högler / Wil) Reisekosten und Spesen

Antrag Stadtrat Fr. 0.00
Antrag GRPK Fr. 7'000.00 (Abweichung: + Fr. 7'000.00 S)

Konto 7260.302075 (Kindergarten) Löhne DAZ

Antrag Stadtrat Fr. 823'800.00
Antrag GRPK Fr. 753'800.00 (Abweichung: - Fr. 70'000.00 S)

Konto 7280.313070 (Sonderschulung) Dienstleistungen Dritter externe Aufträge (Reinigung, Handwerker, etc.)

Antrag Stadtrat Fr. 200'000.00
Antrag GRPK Fr. 190'000.00 (Abweichung: - Fr. 10'000.00 S)

Konto 7280.313077 (Sonderschulung) Dienstleistung Dritter Transport Bus

Antrag Stadtrat Fr. 170'000.00
Antrag GRPK Fr. 161'500.00 (Abweichung: - Fr. 8'500.00 S)

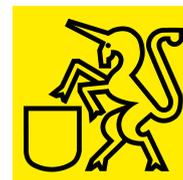
Konto 7310.313200 (Schulgesundheitsdienst) Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten usw.

Antrag Stadtrat Fr. 50'000.00
Antrag GRPK Fr. 15'000.00 (Abweichung: - Fr. 35'000.00 S)

2. Den budgetierten Investitionen im Verwaltungs- und Finanzvermögen wird mit folgenden Änderungen zugestimmt;

Konto 4700.503000.IR01052 (Friedhof und Bestattungswesen; Übrige Tiefbauten) Friedhof, neue Signaletik und elektronische Besucherführung

Antrag Stadtrat Fr. 130'000.00
Antrag GRPK Fr. 100'000.00 (Abweichung: - Fr. 30'000.00 S)



Konto 5000.501000.IR00103 (Abteilung Sicherheit; Strassen/Verkehrswege) Verkehrssicherheit Quartier Sonnenberg

Antrag Stadtrat	Fr. 100'000.00		
Antrag GRPK	Fr. 0.00	(Abweichung: - Fr. 100'000.00	S)

Konto 5200.506000.IR00028 (Stadtpolizei; Mobilien) Stadtpolizei, Patrouillenfahrzeug DW 4

Antrag Stadtrat	Fr. 94'000.00		
Antrag GRPK	Fr. 0.00	(Abweichung: - Fr. 94'000.00	S)

Konto 7000.504000.IR01023 (Primarschulverwaltung; Hochbauten) Primarschule, Schulsekretariat, Usterstrasse 16, Raumoptimierung

Antrag Stadtrat	Fr. 75'000.00		
Antrag GRPK	Fr. 0.00	(Abweichung: - Fr. 75'000.00	S)

Konto 7100.504000.IR01022 (Schulliegenschaften und -Anlagen; Hochbauten) Primarschule, Parkplatzbewirtschaftung, bauliche Massnahmen

Antrag Stadtrat	Fr. 150'000.00		
Antrag GRPK	Fr. 50'000.00	(Abweichung: - Fr. 100'000.00	S)

3. Eine Steuer für die Politische Gemeinde von 81.0% zu erheben, berechnet auf der Grundlage eines mutmasslichen Nettosteuerertrages zu 100.0% von Fr. 68.5 Mio.;
4. Den Stadtrat zu ermächtigen, zur Realisierung von Projekten, für die entsprechende Beschlüsse vorliegen, die notwendigen Darlehen aufzunehmen.

4. Bürgerrechtsgesuche

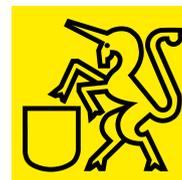
4.1. Gandolphe Mathis Julien, französischer Staatsangehöriger, Gockhausen / Genehmigung GR Geschäft Nr. 89/2019

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 38 zu 0 Stimmen zu.

Beschluss

1. Gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von Fr. 725.00 wird in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen:

Name	Gandolphe
Vorname	Mathis Julien
Geburtsjahr	2002
Staatsangehörigkeit	Frankreich



2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug.

**4.2. Trajkovic Slavisa sowie die Kinder Maksim und David, serbische Staatsangehörige, Dübendorf / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 93/2019**

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 38 zu 0 Stimmen zu.

Beschluss

1. Gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von Fr. 1'450.00 wird in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen:

Name	Trajkovic
Vorname	Slavisa
Geburtsjahr	1981
Staatsangehörigkeit	Serbien und Montenegro

sowie die Kinder

Name	Trajkovic
Vorname	Maksim
Geburtsjahr	2015
Staatsangehörigkeit	Serbien

und

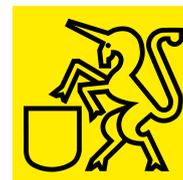
Name	Trajkovic
Vorname	David
Geburtsjahr	2018
Staatsangehörigkeit	Serbien

2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug.

**4.3. Groh Max (deutscher Staatsangehöriger) und Groh Ksenia (russische Staatsangehörige) sowie die Kinder Kai und Agafia (deutsche Staatsangehörige), Dübendorf / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 100/2019**

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 25 zu 10 Stimmen zu.

Beschluss



1. Gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von Fr. 2'900.00 wird in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen:

Name Groh
Vorname Max
Geburtsjahr 1977
Staatsangehörigkeit Deutschland

sowie

Name Groh
Vorname Ksenia
Geburtsjahr 1981
Staatsangehörigkeit Russland

sowie die Kinder

Name Groh
Vorname Kai
Geburtsjahr 2008
Staatsangehörigkeit Deutschland

und

Name Groh
Vorname Agafia
Geburtsjahr 2015
Staatsangehörigkeit Deutschland

2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug.

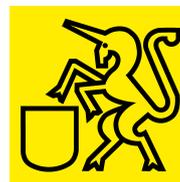
**4.4. Loan Andrew und Dominique sowie die Kinder Alexander und Cameron James, britische Staatsangehörige, Dübendorf / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 101/2019**

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 38 zu 0 Stimmen zu.

Beschluss

1. Gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von Fr. 2'900.00 wird in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen:

Name Loan
Vorname Andrew
Geburtsjahr 1976
Staatsangehörigkeit Vereinigtes Königreich



sowie

Name	Loan
Vorname	Dominique Ruth
Geburtsjahr	1978
Staatsangehörigkeit	Vereinigtes Königreich

sowie die Kinder

Name	Loan
Vorname	Alexander Lewis
Geburtsjahr	2012
Staatsangehörigkeit	Vereinigtes Königreich

und

Name	Loan
Vorname	Cameron James
Geburtsjahr	2014
Staatsangehörigkeit	Vereinigtes Königreich

2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug.

5. Ersatzwahlen

5.1. Ersatzwahl eines Mitglieds der Sozialbehörde für den Rest der Amtsdauer 2018 - 2022 GR Geschäft Nr. 124/2019

Antrag Interfraktionelle Konferenz

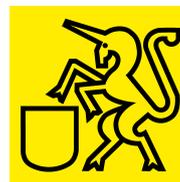
Theo Johner (BDP/CVP/EVP)

„Die Interfraktionelle Konferenz schlägt David Siems zum Nachfolger von Evelyne Bucherer Romero zur Wahl als Mitglied Sozialbehörde für den Rest der Amtsdauer 2018-2022 vor.“

Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

Wahl

Davis Siems wird mit 37 zu 0 Stimmen gewählt. Gemeinderatspräsident Reto Heeb (BDP/CVP/EVP) erklärt David Siems als Mitglied der Sozialbehörde für den Rest der Amtsdauer 2018-2022 als gewählt.



5.2. Ersatzwahl Gemeinderatssekretärin ad interim GR Geschäft Nr. 143/2019

Antrag Interfraktionelle Konferenz

Theo Johner (BDP/CVP/EVP)

„Als Ersatz für die Gemeinderatssekretärin Edith Bohli wird dem Gemeinderat Diana Glauser zur Wahl als interimistische Gemeinderatssekretärin per 1. Januar 2020 vorgeschlagen. Diese interimistische Lösung gilt bis zum Zeitpunkt der vollständigen Rückkehr der Gemeinderatssekretärin Edith Bohli aus dem Mutterschaftsurlaub.“

Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

Wahl

Diana Glauser wird mit 38 zu 0 Stimmen gewählt. Gemeinderatspräsident Reto Heeb (BDP/CVP/EVP) erklärt Diana Glauser als interimistische Gemeinderatssekretärin ab Januar 2020 als gewählt.

Einwände gegen die Verhandlungsführung

Gegen die Verhandlungsführung werden auf Anfrage des Gemeinderatspräsidenten keine Einwände eingebracht.

Gemeinderatspräsident Reto Heeb (BDP/CVP/EVP) macht abschliessend darauf aufmerksam, dass gegen die Beschlüsse wegen Verletzung von Vorschriften über die politischen Rechte und ihre Ausübung innert 5 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, schriftlich Rekurs in Stimmrechtssachen beim Bezirksrat Uster, 8610 Uster, erhoben werden kann.

Im Übrigen kann wegen Rechtsverletzungen, unrichtiger oder ungenügender Feststellung des Sachverhaltes sowie Unangemessenheit der angefochtenen Anordnung oder Verletzung von übergeordnetem Recht, gestützt auf das Verwaltungsrechtspflegegesetz, innert 30 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, schriftlich Rekurs beim Bezirksrat Uster erhoben werden.

Schlussbemerkungen

Verabschiedung zweier Gemeinderatsmitglieder

Gemeinderatspräsident Reto Heeb (BDP/CVP/EVP) verabschiedet die beiden Gemeinderatsmitglieder Charlotte Meyer (SVP) und Rolf Biggel (FDP), die beide auf Ende 2019 ihren Rücktritt aus dem Gemeinderat eingereicht haben. Er dankt beiden für den langjährigen Einsatz im Gemeinderat und wünscht Ihnen alles Gute.

Schluss der Sitzung: 22.59 Uhr

Für die Richtigkeit des Protokolls



Mathias Vogt
Gemeinderatssekretärin-Stv.

Eingesehen und für richtig befunden

GEMEINDERAT DÜBENDORF

Reto Heeb
Gemeinderatspräsident

Angelika Murer Mikolasek
Stimmzählerin

Cornelia Schwarz
Stimmzählerin

Andreas Sturzenegger
Stimmzähler